Reaktionäre

derrechterand

Das Antifaschistische Magazin

Ausgabe 195 März / April 2022 33. Jahrgang 3,50 Euro

Es gab jüdischen Widerstand gegen die Nationalsozialisten. Ab Mitte April 1943 fand der Aufstand im jüdischen Ghetto Warschau unter der Leitung der »Jüdischen Kampforganisation«, dem »Jüdischen Militärverband« und anderen Organisationen statt. Juden und Jüdinnen wehrten sich gegen die Deportation in Konzentrationslager. Der Aufstand wurde Mitte Mai von den Deutschen niedergeschlagen.

Intro

Liebe Leser*innen,

mit unserem Schwerpunkt zu »Reaktionären« wollen wir diesen in der politischen Debatte wieder aufgetauchten Begriff genauer bestimmen. Wer und was ist mit »Reaktionär« gemeint? Handelt es sich eher um eine politische Haltung als um eine eng abgegrenzte Ideologie? Eine Haltung gegen Fortschritt, gegen Emanzipation und gegen demokratische Prozesse – einhergehend vor allem mit dem Bewahren von Altem, tatsächlichem und fantasiertem: Männer- und Frauenrollen, Sexualität, Religion, gesellschaftliche Ordnung, Rassismus … Während es einerseits klar zu verortende Theoretiker – eigentlich immer nur Männer – der »Reaktion« gibt, finden sich reaktionäre Haltung nicht ausschließlich im organisierten Konservatismus oder unter Rechtsradikalen, sie strahlen auch in die Gesellschaft aus.

Ende Februar wurden wir, genau wie die große Mehrheit der Welt, von einem russischen Autokraten überrascht, der einen Angriffskrieg gegen ein benachbartes Land führt. Wladimir Putin und seine Armee überfielen am 24. Februar 2022 die Ukraine. Neben Erklärungen, die von geopolitischen Interessen getragen sind, wird seitens Russlands auch eine angeblich erforderliche »Entnazifizierung« der Ukraine und ein sich anbahnender »Genozid« an der russischen Bevölkerung in dem Land zur Begründung ins Feld geführt. Zu Redaktionsschluss drängt sich aber der Verdacht auf, dass im Osten der Ukraine eine ethnische Vertreibung von über 2,5 Millionen Ukrainer*innen vonstatten geht. Als kriegsführender Antidemokrat ist Putin schon lange bekannt. Tschetschenien und Syrien sind hier wohl die brutalsten Beispiele, wo die russische Armee Zivilist*innen bombardierte.

Trotzdem denken wir nicht als erstes an Putin, wenn wir bisher über reaktionäre Führer und Antidemokraten nachdachten. Warum nicht? Warum denken wir an Donald Trump, Victor Orban, Recep Tayyip Erdogan, Jair Bolsonaro, Ali Chamenei und die vielen anderen – aber nicht an den Kreml-Chef mit imperialistischen und chauvinistischen Machtphantasien, der die Bevölkerung schon lange auf einen Kampf gegen den »dekadenten« Westen einschwört?

Mit Dekadenz ist nicht der zur Schau getragene Reichtum und Einfluss der Oligarchen gemeint und auch nicht, dass diese über Gesetz und Moral stehen. Nein, sinnbildlich für diese Dekadenz stehen die Rechte und die Sichtbarkeit derjenigen, die in der »guten alten Zeit« als »Randgruppen« wahrgenommen und diskriminiert wurden. Konkret geht es unter anderem gegen Feminismus, gegen LGBTQ, gegen demokratische Selbstbestimmung, gegen eine moderne Linke und gegen geflüchtete Menschen – kurzum gegen die Moderne und gesellschaftlichen Liberalismus mit seinen Widersprüchen. Hinzu kommt: vom Aushebeln demokratischer Kontrolle und Entscheidungen profitieren der Machthaber und »seine« Elite.

Die aktuelle Situation der Rechten in Deutschland – auch in Bezug auf den Krieg – beschreibt Volker Weiß in seinem Text. Wir werfen aus aktuellem Anlass auch einen Blick auf die Ideologie hinter Putins Verhalten und analysieren die Parteinahme der deutschen und europäischen Rechten in dem Konflikt. Wolfgang Laskowski beschreibt in seinem Text »Das Leitbild« zudem, wie Reaktionäre sich auf Altes berufen und es zu etwas vermeintlich Unumstößlichen erklären wollen. Das betrifft die Fans von Bismarck ebenso wie die Verteidiger*innen der Hohenzollern und ihrer Ansprüche auf altes Eigentum.

Eine treibende Kraft von reaktionärer und revanchistischer Politik waren bis in die 1990er Jahre die Verbände der »Vertriebenen« mit Millionen Mitgliedern. Auch wenn sie heute nicht mehr diese Rolle spielen, wirken ihr Handeln und ihre Forderungen doch noch immer in Politik und Gesellschaft nach. Ihr Bild auf die Geschichte wird heute – zumeist staatlich subventioniert – in neuen Museen in Beton gegossen und so auf Dauer konserviert. Reaktionäre Politik und reaktionäre Vorstellungen bleiben also aktuell.

16
Das Leitbild
Für die extreme Rechte in Deutschland ist Preußen seit jeher eine sinnstiftende ideengeschichtliche Chiffre. Ein historischer Überblick.
von Wolfgang Laskowski

20
Rekonstruktion mit Scharnierfunktion
2013 begann der Wiederaufbau des Berliner Stadt Schloss. Seit der Fertigstellung 2020 sitzt dort das Humboldt Forum. Philipp Oswalt, Architekt, Publizist und Professor für Architekturtheorie und Entwerfen an der Universität Kassel, begleitet die Rekonstruktion des Berliner Stadtschlosses seit Jahren kritisch.
Mit ihm sprach Nina Rink.

40
Seit jeher ein Teil der Macht im Land
Schon kurz nach der Gründung des liberal geprägten Bundesstaats 1848 begann in der Schweiz ein reaktionärer Machtapparat zu wirken– angeführt von Teilen der religiösen und wirtschaftlichen Elite.
von Jan Jirát

Inhalt

6 Gegen Aufklärung und Gleichheit #Herrschen
von Ernst Kovahl

8 Im Schatten von Corona #Bestandsaufnahme
von Volker Weiß

10 Reaktionär, autoritär, nationalistisch #Putin
von Wolfgang Laskowski

11 Wer an wessen Seite? #Ideologie
von Klaus Niebuhr

12 Formierung der extremen Rechten in Europa #International
von Ulrich Schneider

18 Familie Nimmersatt und ihre rechten Freunde #Hohenzollern
von Philipp Vergin

23 Braunes Denkmal #Potsdam
von Carsten Linke und Lutz Boede

24 Männermagazin der reaktionären Avantgarde #Cato
von Andreas Speit

26 Revisionistische Rentner*innen #Scharnier
von Felix Krebs

28 Reservoir rechter Politik #Vertriebene
von Charles Paresse

29 »Wild, Wald und Pferde« #Ostpreussen
von Ernst Kovahl

30 »… contra 1789« #Kirche
von Ernst Kovahl

32 Moderner Opferkult der »Vertriebenen« #München
von Lara Schultz

33 Ein Mann der Mitte #CDU
von Kai Budler

34 Ideen über Veränderung #Literatur
von Rolf Schneider

36 Alte Herren mit Werten von vorgestern #Verbindungen
von Lucius Teidelbaum

37 Ambivalentes Verhältnis – Neoliberalismus und extreme Rechte #Konkurrenz
von Gerd Wiegel

38 Follow the Money #ReicheRechte
von Lisa Krug

42 Reaktionäres in der Mitte der Gesellschaft #Österreich
von Frieda Schilling

44 Ein Blumenstrauß an Möglichkeiten #Frankreich
von Bernard Schmid

46 Reaktionäre unterm Radar #EuropaParlament
von Jan Rettig

47 kurz & bündig

50 Rezensionen

#Herrschen

Gegen Aufklärung und Gleichheit

Was ist reaktionäre Politik und welche Bedeutung hat diese Denk-Tradition heute in der deutschen Rechten?

von Ernst Kovahl

Schlips, Sakko mit Karos, brauner V-Kragen-Pullover und Einstecktuch: Der Schauspieler der Reihe »Klassiker des Herrenwitzes« in der »Harald Schmidt Show« war für seine Rolle passend eingekleidet worden. Das Image des bürgerlichen Spießers mit gehobenem Einkommen und reaktionärem Weltbild. Der »gepflegte Herrenwitz« oder das Verhöhnen und Lächerlichmachen von prominenten Frauen in der Politik oder Wirtschaft anhand von körperlichen Merkmalen, scheinbaren Kompetenzmängeln oder vermeintlich unangebrachter Kleidung ist heute wahrscheinlich eine der verbreitetsten Formen, wie sich reaktionäre Vorstellungen artikulieren – und das gleich in doppelter Hinsicht: Zum einen haben in diesem Weltbild Frauen höchstens in Ausnahmefällen als eigenständige und einflussreiche Personen etwas in der gehobenen Gesellschaft und in führenden Positionen verloren, genau so wenig übrigens wie Arbeiter*innen oder Nicht-Akademiker*innen. Das Recht zum Herrschen und Führen hat nur eine Elite. Demokratie – also die Herrschaft der Masse – ist für Reaktionäre nur der Ausnahmezustand von einer naturgegeben Ordnung. Zum anderen wird die Abwertung des gesellschaftlich Unerwünschten durch vermeintliche Witze selbst als eine Form des Widerstands gegen die heutige Gesellschaft verstanden – also als eine Reaktion auf Modernisierung.

Oben und unten

Reaktionäre Politik, das ist – erst einmal begrifflich eng gedacht – die Ablehnung von Modernisierung und progressiven Veränderungen der Gesellschaft. Leitend für diese Vorstellung ist, dass vermeintlich immerwährende Werte die Welt leiten.

Für Reaktionäre ist die heutige Welt unverständlich und auf absehbare Zeit sowie auf demokratischem Weg nicht zu verändern. Ihr Unverständnis auf den Punkt gebracht: Es könne doch nicht gesellschaftliche Realität sein, was die Natur, die Tradition oder der Glaube nicht vorgesehen haben. »Das Konservative, das Rechte, das Reaktionäre, das Unzeitgemäße, das Widerständige, das Immergültige muß gestärkt werden – in der AfD genauso wie gesamtgesellschaftlich«, schrieb Götz Kubitschek 2014 auf dem Blog seiner Zeitschrift »Sezession«. Den Begriff des »Reaktionären« reihte er wie selbstverständlich ein zwischen dem Konservatismus und der Rechten. Jahrzehntelang stellte er für die radikale Rechte keinen Bezugspunkt dar. Vielmehr nutzten ihn »Nationalrevolutionäre« in den 1970er Jahren sogar als Abgrenzung gegenüber der NPD, der eine reaktionäre Politik vorgeworfen wurde; gemeint waren rechtes Spießbürgertum und biedere Formen der Politik. Seit einigen Jahren ist der Begriff in der »Neuen Rechten« dagegen wieder en vogue. Es sei der Widerstand gegen das Moderne und der in der heutigen Gesellschaft zurückgezogen gelebte Widerstand gegen die Errungenschaften, die sich aus den Ideen der französischen Revolution ergeben haben: Die Idee der Aufklärung, der Solidarität, Freiheit und Gleichheit. Heino Bosselmann, ein Dauerautor der »Sezession«, brachte diese Haltung 2014 auf den Punkt: »Es ist das Vorrecht des Reaktionärs, sich innerlich widerwärtigen Zeitläufen zu verweigern, auch wenn er in dieser Haltung immer skurriler und absurder wirkt.« Reaktionäre Haltung heute, das sei die Sezession von der modernen Welt.

Im Kern richtet sich reaktionäre Politik gegen die Errungenschaften und Ziele der Französischen Revolution von 1789. Es ist die Gegen-

Revolution gegen »Liberté, Égalité, Fraternité« (Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit). Hier wurzelt der Begriff, unter dem später Adel, Kleriker und bürgerliche Monarchisten zusammengefasst wurden, die sich gegen die radikalen Vertreter der Revolution, die Jakobiner, stellten und ein Zurück zur alten Herrschaft wollten. Das deutsche Bürgertum stand schon damals der Durchsetzung der Ziele der Revolution ablehnend gegenüber. Während bürgerliche Rechte und eine Emanzipation gegenüber Klerus und Fürsten aufgegriffen wurden, wurde die Ausweitung auf breitere Schichten bekämpft. Später, zum Scheitern der deutschen Revolution 1848/49, schrieb der Dichter Heinrich Heine, sie sei auf »Dummheit, Feigheit und politische Mittelmäßigkeit ihrer intellektuellen Wortführer« zurückzuführen. Es sei nicht gelungen, die politischen Forderungen mit den »sozialen Anliegen der Massen des Kleinbürgertums, der Bauern, Handwerker und Arbeiter zu verknüpfen«, wie es in Frankreich den Jakobinern gelungen sei. Das Bürgertum – zumindest Teile davon – war also in Deutschland in einer reaktionären Rolle, die eine tatsächliche Entwicklung im Sinne der französischen Revolution verhinderte.

Internationaler Zirkel

Die radikale Rechte – gerade auch im Umfeld der Vordenker des Faschismus – griff den Begriff der Reaktion spätestens in den 1930er Jahren wieder positiv auf. So schrieb der in der radikalen Rechten einflussreiche italienische Philosoph Julius Evola damals: »Nach unserer Überzeugung ist eine wahre Reaktion gegen den liberalistischen Verfall nur auf der Grundlage der traditionellen Grundsätze von Hierarchie, Aristokratie und Königtum möglich.« Und dennoch fand der Begriff später nicht zentral Eingang in beispielsweise das Kompendium »Die Konservative Revolution in Deutschland 1918 – 1932«, das rückwirkend aus den antidemokratischen Denkern der Zwischenkriegszeit im Umfeld des erstarkenden Faschismus eine scheinbar kohärente Denkschule konstruierte. Auch in zentralen Werken von beispielsweise Karlheinz Weißmann (»Alles was recht(s) ist. Ideen, Köpfe und Perspektiven der politischen Rechten«, 2000) oder in Caspar von Schrenk-Notzings in der Rechten verbreiteten »Lexikon des Konservatismus« (1996) findet der Begriff keine herausgehobene Verwendung.

Über den kolumbianischen Philosophen und in Abgeschiedenheit wirkenden Privatgelehrten Nicolás Gomez Dávilla (1913–1994) fand eine explizit reaktionäre Denkschule wieder stärker Eingang in die radikale Rechte in Deutschland, vor allem die »Neue Rechte«. Sein Begriff des Reaktionären unterschied sich vom Konservatismus oder Faschismus, es zielte auf das Ewige: »Der Reaktionär ist nicht der nostalgische Träumer abgeschaffter Vergangenheiten, sondern der Jäger heiliger Schatten auf den ewigen Hügeln.« Über den österreichischen »Karolinger Verlag« kamen seine Schriften schließlich in deutscher Übersetzung Anfang der 1990er Jahre verstärkt in die Debatten der Rechten hierzulande. Eine Revolte gegen die Moderne war Kern seines reaktionären Denkens und die Ablehnung von Aufklärung. Der rationalen Wissenschaft stellte er das scheinbar auf Dauer Gegebene und die vermeintlich ewigen Werte gegenüber. Dávilla wurde durch weitere Arbeiten, unter anderem von dem rechten Literaturwissenschaftler Till Kinzel, in der Rechten bekannt. Sein Buch »Nicolás Gómez Dávila. Parteigänger verlorener Sachen« erschien 2003 bei »Antaios«, dem Verlag von Götz Kubitschek, und 2015 in einer Neuauflage beim katholischen »Lepanto Verlag«.

Reaktionäre Ideologie grenzt sich zum Faschismus mindestens dadurch ab, dass für die Legitimation der Herrschaft die Massen nicht nur nicht benötigt, sondern vielmehr gar nicht erwünscht sind. Und Herrschaft könne auch nicht an Emporkömmlinge delegiert werden, sondern bedürfe »natürlicher« – ewiger – Legitimation. Gegenüber dem Konservatismus besteht eine Differenz in der harschen Ablehnung von Kompromissen und der Verständigung mit anderen Teilen der Gesellschaft in einem formal-demokratischen Verfahren und der Negation ihrer Prinzipien. Eine aus Sicht von Reaktionären legitime Herrschaft kann und darf nicht durch demokratische Wahlen beendet werden – sie ist mit allen Mitteln zu verteidigen. Konservative akzeptieren die Abwahl – sowohl in der Praxis als auch im Grundsatz, selbst wenn es andere Beispiele gibt. Reaktionär, das ist der unbeschränkte Wille zur Herrschaft, sobald sie durch ewige Werte legitimiert wäre.

Reaktionäre Politik versteht sich aber grundsätzlich in einer Position der Defensive. Gegen die Gleichheit, gegen die Aufklärung, gegen die Emanzipation. Gegen eine Entwicklung der Welt, die sich scheinbar kontinuierlich – wenn auch mit Rückschlägen – in Richtung Moderne und fortschrittlicher Werte entwickelt. Dem Reaktionär bleibt nur der Rückzug. Damit entfaltet reaktionäres Denken natürlich Wirkmächtigkeit als eine Kraft, das Rad der Geschichte hin und wieder ein klein wenig zurückzudrehen oder progressive Entwicklungen auszubremsen. Reaktionäres Denken kann sich – in Konsequenz gedacht – weder im Konservatismus, der sich im bürgerlich-demokratischen Staat an der Mitgestaltung beteiligt, ansiedeln, noch kann es an dem vermeintlich an den Massen orientierten und sich selbst als revolutionär verstehenden Faschismus andocken. Reaktionäres Denken ist elitär und solitär und bleibt im Defensiven verhaftet – damit ist in der heutigen Bundesrepublik kaum Attraktivität über einen engen Kreis von Intellektuellen der radikalen Rechten zu gewinnen.

*Die neue Kampagne der AfD scheint nicht gut anzulaufen – Zur Kundgebung mit dem Motto »Gesund ohne Zwang« erschienen am 5. März 2022 in Hannover 120 Teilnehmer*innen.*

#Bestandsaufnahme

Im Schatten von Corona

von Volker Weiß

Die äußerste Rechte hat sich erfolgreich an die Spitze der Corona-Proteste gesetzt und dadurch viel Aufmerksamkeit bekommen. Diese Positionierung war mit der Hoffnung verbunden, von einer ähnlichen Dynamik wie im Winter 2014/15 zu profitieren, als angesichts der Fluchtbewegungen Phänomene wie PEGIDA aufkamen und die »Alternative für Deutschland« (AfD) stetigen Zulauf erhielt. Daher wurde Corona zu Beginn der Pandemie als »Proxy-Thema« identifiziert, mit dem sich die traditionellen Anliegen der äußersten Rechten transportieren ließen. Tatsächlich konnte durch das Schlagwort »Great Reset« das vorherige Kampagnenthema eines »Großen Austauschs« in das Protestnarrativ integriert werden. Das Ergebnis war die Duldung der extremen Rechten durch zahlreiche Demonstrant*innen anderer Milieus und die sichtliche Radikalisierung der Proteste. Vor allem die AfD wollte diesen Trend ausnutzen, jüngsten Pressemeldungen zufolge hat die Partei gerade erst 350.000 Euro in eine Kampagne gegen eine Impfpflicht investiert. Trotz solcher Aufwendungen blieb der quantitative Erfolg dieser rechten Selbstinszenierung als letzte Bastion gegen die angebliche »Corona-Diktatur« einer »globalistischen Elite« jedoch unter den Erwartungen wie schon die Bundestagswahlen 2020 gezeigt hatten. Schließlich wirkten Akteur*innen aus esoterischen und anderen Alternativmilieus nicht allein als Verbündete, sondern auch als Konkurrent*innen.

IB verschwindet

Die erhoffte Dynamik blieb auch für die »Identitäre Bewegung« (IB) aus. Nachdem eine erste Strategie der Selbstverharmlosung durch Nachweis ihres tatsächlichen Charakters einer extrem rechten Kaderorganisation gescheitert war, trafen sie der Entzug der publizistischen Plattformen und steigender behördlicher Verfolgungsdruck bis hin zum Verbot ihrer Symbole in Österreich. Zwar vermochte sie es noch einmal, sich vor allem in Wien bei Corona-Protesten medienwirksam in Szene zu setzen, insgesamt ist ihre Bedeutung jedoch stark gesunken. Gründerfigur Martin Sellner baut nun auf eine neue Generation, die den Staffelstab übernehmen und für erneuten Auftrieb sorgen könnte. Seine zu Beginn der Pandemie vollmundig verkündete Hoffnung, »nach Corona« werde die »Remigration« kommen, hat sich jedenfalls nicht bewahrheitet.

Durch die allgemeine Aufmerksamkeit für die Ereignisse rund um COVID-19 drohten andere Themenfelder und Aktivitäten der äußersten Rechten aus dem Blick zu geraten. Mit der Nominierung von Max Otte zum Kandidaten der AfD für die Bundespräsidentschaftswahl unterstrich die Partei wieder Elemente aus ihrer Gründungsphase wie die Opposition gegen die europäische Währungspolitik, die Vorliebe für Goldanlagen und die mittelständische Wirtschaft. Otte war als »Krisen-Ökonom« zu Bekanntheit und Geld gekommen, eigentlich als Mitglied der »Werte-Union« aktiv und bis zu seinem Ausscheiden 2021 bereits Kuratoriumsmitglied der AfD-nahen »Desiderius-Erasmus-Stiftung« gewesen. Die Nominierung war von vornherein aussichtslos, ihr Zweck war alleine, die Partei jenseits der Pandemie-Politik ins Gespräch zu bringen. Der schädlichen Wirkung des parallel erfolgten Austritts des AfD-Vorsitzenden Jörg Meuthen, der lange als wirtschaftspolitisches Aushängeschild der AfD fungierte, vermochte Ottes Kandidatur jedoch wenig entgegenzusetzen.

Wie Otte sorgte auch Erika Steinbach für Klarheit. Die ehemalige CDU-Politikerin war bereits 2018 Vorsitzende der Stiftung geworden, nach Meuthens Austritt hat sie ihren Eintritt in die AfD angekündigt, deren Positionen sie ohnehin längst teilte. Die Personalie der langjährigen Präsidentin des »Bundes der Vertriebenen« passt gut in eine Partei, die längst auch dieses Feld bespielt. Fern der öffentlichen Wahrnehmung wird hier intensiv die Volkstumspolitik der Vergangenheit gepflegt. Auf Facebook-Seiten wie »Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten in der AfD« reicht »Deutschland« noch von Südtirol bis Schlesien und Ostpreußen. Hier präsentieren sich »Auslandsdeutsche« von Ungarn bis Südamerika und sind Bildergalerien aus Königsberg, Danzig oder dem Elsass, also dem ehemaligen Reichsgebiet, zu sehen. In diesen Kreisen zeichnen sich auch die Bruchlinien innerhalb der europäischen Nationalismen deutlicher ab, die sonst von der gemeinsamen antieuropäischen Haltung übertüncht werden. So wird derzeit die wegen ihrer antieuropäischen und traditionalistischen Politik sehr geschätzte polnische Regierung für ihre Politik gegenüber der deutschsprachigen Minderheit scharf angegangen.

Ähnlich äußert sich »Freies Sachsen« – die im Februar 2021 neu gegründete Struktur versteht sich als sächsische Dachorganisation der extremen Rechten. Zur Verdeutlichung des Vernetzungsgedankens steht dem Vorsitzenden Martin Kohlmann (Pro-Chemnitz, früher DSU und REP) mit Stefan Hartung ein NPD-Politiker als Stellvertreter zur Seite, wie auch das NPD-Format »Deutsche Stimme TV« genutzt wird. Anlass zur Gründung von »Freies Sachsen« gaben die Corona-Proteste, ihre Hauptaktivität ist eine Kampagne gegen die Impfpflicht. Doch auch die Interessen der Gruppe gehen über die Pandemie hinaus, wie ihr Programm verdeutlicht: »Wir Sachsen sind Deutsche – ebenso wie Nordschleswiger, Kärntener, Südtiroler und Elsässer Deutsche sind.«

Dieses Faible für Volksstämme treibt in Hinblick auf den Krieg in der Ukraine aufseiten der Rechten bemerkenswerte Blüten. Obgleich es auch in der Ukraine Nationalisten mit dem »Asow-Bataillon« und damit eine neofaschistische Struktur gibt, neigt das Gros der europäischen Rechten zu Russland. Erst Ende 2021 hat der russische Präsident Wladimir Putin sein Land zur Schutzmacht des Konser-

vatismus erklärt und gesellschaftliche Emanzipationsbestrebungen mit dem sowjetischen Bolschewismus verglichen. Sein Bekenntnis zu den Werten von Tradition, Religion und Familie entsprach ebenso wie die Angriffe auf die westlichen Gender-Debatten genau den Bedürfnissen europäischer Rechter, die sich von einem allgegenwärtigen Kulturmarxismus umgeben sehen. Längst ist auch der russische Sender »Russia Today« zum Hausmedium von AfD, »Wutbürgern« und »Querdenkern« geworden. AfD-Politiker wie Markus Frohnmeier leisten routinierte Lobbyarbeit für die russische Seite, schon 2014 warb Alexander Gauland (AfD) um Verständnis für Putin mit den Worten, dieser wolle nur »russische Erde« einsammeln. All das lässt die Erklärung der russischen Regierung grotesk erscheinen, die Ukraine mit ihrem Angriff »denazifizieren zu wollen«.

Putins Politik des »starken Mannes« wird bewundert. Zusätzlich zur Begeisterung für dessen neoimperialen Kurs erkennt man die Konturen einer klassischen Volksgruppenpolitik, die derzeit in Osteuropa vorgeführt wird. Mit der geforderten Angleichung von Staatsgrenzen an ethnische Besiedelung bahnt sich ein gefährlicher Abschied vom Leitprinzip der Staatsbürgernationen an. An seine Stelle soll nun ein historisch-organisches Verständnis der Nation treten. Jedoch gibt es durch die umfangreichen Verschiebungen von Staatsgrenzen in Osteuropa unzählige Territorien, auf die sich von verschiedenen Seiten historisch und bevölkerungspolitisch begründete Ansprüche erheben ließen. In Ungarn gehört der Hinweis auf 1920 mit dem Vertrag von Trianon verlorenes Gebiet mitsamt seiner Auslandsungar*innen zur Standardagitation sämtlicher Nationalist*innen. Auch das Deutsche Reich hat seit 1918 signifikant Staatsfläche verloren, auf die hiesige Rechte traditionell Anspruch erheben. Derartige Begehrlichkeiten werden durch die jetzigen Ereignisse natürlich geschürt.

Kein Wunder also, dass die pro-russische Orientierung derzeit innerhalb der äußersten Rechten dominiert. Lediglich die Nazi-Kleinstpartei »Der III. Weg« positioniert sich – nebst anderen europäischen Neonazis – aufseiten der Ukraine. Sie zelebriert mit Delegationsreisen ihre Verbundenheit zu ukrainischen Kämpfern der Waffen-SS, steht im Austausch mit ukrainischen Neonazis und agitiert gegen den jüdischen Präsidenten des Landes, Wolodymyr Selenskyj. Ihre Verlautbarungen hoffen auf die weitere Eskalation, die sich im Sinne der eigenen Sache auswirken solle. Aus den Trümmern eines dekadenten Europas sollen dann endlich wieder wahre Nationen erwachen. Da sie sich damit im Widerspruch zu den meisten Kräften der extremen Rechten, aber auch zum eigenen Anti-Amerikanismus befindet, lautet eine Losung der Kleinstpartei: »Für die Nation, nicht für die Nato.« In diesem Punkt wie auch in der Ablehnung der USA sind sich alle Fraktionen bis zur NPD einig. Es ist nicht auszuschließen, dass in den irregulären Einheiten beider Seiten schließlich Freiwillige der extremen Rechten aufeinander schießen.

#Putin

Reaktionär, autoritär, nationalistisch

Der medialen Pathologisierung Putins als einen irren Herrscher im Kreml steht die Tatsache gegenüber, dass seine gegenwärtige Politik nur die Fortsetzung einer seit langem betriebenen autoritären, großrussischen Agenda darstellt. Sein offenkundiges Ziel, die Wiederherstellung eines russischen Imperiums, geht bis auf das Zarenreich zurück und speist sich ideengeschichtlich aus diversen reaktionären Quellen.

von Wolfgang Laskowski

Nahezu perfekt passen Wandlung und Gedankenwelt des schillernden Ideologen Alexander Dugin und die aktuelle russische Außenpolitik zusammen – Dugin, der sich nach dem Ende der Sowjetunion vom rechten Nationalbolschewisten zum großrussischen Ideologen wandelte und in der extremen Rechten Westeuropas als großer geopolitischer Denker im Anschluss an Carl Schmitt gefeiert wird. Intensiv rezipierte Dugin die Autor*innen der »Konservativen Revolution« und wandte deren Theorien auf Russland an. Dugin propagiert eine eurasische Geopolitik, in der einem russischen Reich die Rolle einer Führungsmacht zukäme. Sein Hass auf die westliche, liberale Moderne dringt aus jeder seiner Zeilen. Er redet der Re-Sakralisierung der russischen Politik das Wort: »Es ist Zeit, zum Mythos zurückzukehren. Und das meint eine Rückkehr zu dem magischen, heiligen (…) Ort, dem leuchtenden Rus.« Solch sprachlicher Kitsch kann nicht verdecken, dass es Dugin um eine knallharte, »raumorientierte« Machtpolitik und autoritäre Formierung geht. Dugin ist einer der Stichwortgeber einer imperialen Ideologie Russlands.

Doch Dugin selbst stützt sich auch auf russische Autor*innen, die nachweisbar Putin direkt beeinflusst haben. Zu nennen wäre dabei zunächst der esoterische Geschichtsphilosoph Lev Gumilev, der auch in der europäischen »Neuen Rechten« populär ist. Er spricht von einem »ewigen Konflikt« zwischen Russland und dem Westen. In einer Rede zum tausendjährigen Bestehen von Kazan bezog sich Putin direkt auf Gumilev und erklärte, die Eroberungen der Goldenen Horde im 16. Jahrhundert hätten Russland zur Großmacht geformt. Bei dieser Gelegenheit wurde in Kazan ein Denkmal für Gumilev eingeweiht.

Erwähnt werden sollte weiterhin der Schriftsteller Alexander Prochanow, der wegen seiner apologetischen Romane über den russischen Afghanistan-Krieg als »Nachtigall des Generalstabs« bezeichnet wird. Seine Position: »Es ist an der Zeit, die kläffenden, beißenden Nachbarn loszuwerden, sich aus ihrem knurrenden Rudel zu befreien und allein zu bleiben. Das ständige Bändigenmüssen des russischen Nationalgefühls, die russische Angst, das empfindliche Selbstwertgefühl anderer Völker treffen, verletzen und verwunden zu können, ist unerträglich.« Er leistete auch einen wichtigen Beitrag dazu, die russische KP in die nationalistische Front einzubinden.

Wer Putins Reden liest, findet auch immer wieder Anklänge an den russischen Philosophen Iwan Iljin, einen konservativen Monarchisten. Sein Plädoyer für eine erzieherische Diktatur ist an die antiwestliche, anti-emanzipatorische Tradition des Stalinismus ebenso anschlussfähig wie an die großrussische, antiwestliche und nationalistische Rhetorik unserer Tage. Ebenfalls anschlussfähig ist die Ideologie des Nationalbolschewismus. Zwar hat dessen ideologischer Einfluss gegenüber den 1990er Jahren abgenommen, doch im Amalgam extrem rechter Strömungen ist er Teil der Ideen- und Organisationsgeschichte.

Zweifellos gehört zu den Quellen, aus denen die antiwestlichen Affekte der Rhetorik des russischen Nationalismus schöpfen, die sowjetische Geschichte. Der Kampf gegen angebliche »Spione«, »Diversanten«, »Westler«, »Saboteure« und »Kosmopoliten« und »Trotzkisten«, die im Auftrag der Nazis agierten oder selbst Nazis seien; all das war Teil der Propaganda der Rechtfertigung der Repressalien gegen die Bevölkerung unter Stalin. Kritiker*innen der sowjetischen Politik wurden umstandslos als »Nazis« diffamiert und in ein Arbeitslager (GULag) gesteckt. Putins Rhetorik von der »Entnazifizierung« der Ukraine lässt sich vor diesem Hintergrund als ideologische Finte entlarven. Putin ist kein Antifaschist. Den Antifaschismus nimmt er dann in den Dienst seiner politischen Agenda, wenn es der Legitimation seiner Politik dient. Dies war bei den nationalistisch aufgeladenen Feiern zum »Tag des Sieges« am 9. Mai in Moskau unübersehbar. Vor allem macht sich der Vorwurf der westlichen Dekadenz an der sexuellen Liberalisierung fest, und auch an den Repressionen gegen Feminist*innen, wie zum Beispiel die Band »Pussy Riot«, oder an Verboten und Verfolgung von Pride-Paraden – zum Schutze der traditionellen Familien.

Ein Blick in die Geschichte der Ukraine zeigt, dass auch dort nationalistische Ideologien Teil der politischen Tradition sind. Im zweiten Weltkrieg agierte der Milizenführer Stephan Bandera an der Seite der deutschen Besatzer. Banderas Miliz OUN-B war maßgeblich für die Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung Galiziens verantwortlich. Bis heute gilt er nationalistischen Ukrainer*innen als Held. Das »Asow-Regiment«, welches sich bei europäischen Neonazis und extremen Rechten großer Beliebtheit erfreut, ist eine Truppe gewaltbereiter, antisemitischer Kämpfer, die gleichwohl Teil der ukrainischen Armee sind. Es steht zu erwarten, dass deutsche und europäische Neonazis versuchen, dem Aufruf des ukrainischen Präsidenten zu folgen, und sich den Freiwilligenverbänden anzuschließen.

Wer sich im gegenwärtigen Konflikt der Nationalismen politisch orientieren will, sollte auf die Stimmen russischer und ukrainischer Anarchist*innen, Liberaler und antimilitaristischer Aktivist*innen hören, deren Standpunkte nicht an die nationalistischen Narrative ihrer Länder gebunden sind, sondern an die Idee der Humanität.

#Ideologie

Wer an wessen Seite?

Die Mehrheit der extremen Rechten in Deutschland steht im gegenwärtigen Krieg auf Seiten Russlands. Doch die ideologischen Ambivalenzen und Motive sind divers.

von Klaus Niebuhr

Anfang März berichtete die rechte Wochenzeitung »Junge Freiheit« über Zoff in der Bundestagsfraktion der »Alternative für Deutschland« (AfD). Der aus Sachsen stammende AfD-Partei- und Fraktionschef, Tino Chrupalla, hatte in der Sondersitzung des Bundestages seine Redezeit darauf verwandt, Russland für dessen Rolle bei der Wiedervereinigung zu danken, Deutschland als neutralen Vermittler im gegenwärtigen Konflikt ins Spiel zu bringen und die Verbundenheit mit Russland zu betonen. Chrupalla dürfte dabei seine ostdeutschen, mehr noch die russlanddeutschen Wähler*innen der AfD im Auge gehabt haben. Diese Wähler*innengruppe mit ihrem national-konservativen Verständnis von Gesellschaft hat die Partei in den zurückliegenden Jahren besonders stark umworben. Ihr und der Putin-Anhänger*innenschaft der Partei im sächsischen PEGIDA-Belt gilt Chruppallas Aufmerksamkeit. Dass die Stellungnahmen aus den ostdeutschen AfD-Landverbänden von einem Verständnis für die russische Position geprägt sind, spiegelt die politische Orientierung in der Wähler*innenschaft der Partei. Dies kollidiert freilich mit der Position der, zumeist westdeutschen, »Atlantiker« in der AfD-Bundestagsfraktion.

Chrupalla, an dessen Besuche in Moskau in der Presse wieder erinnert wird, hat seit Anfang März einen neuen persönlichen Referenten. Es handelt sich um Dimitrios Kisoudis. Der 40-jährige gilt als Verfechter der eurasischen Idee und ist Markus Frohnmaier eng verbunden, der in seiner Zeit als Aktivist der »Jungen Alternative« in Russland Kontakte knüpfte.

Auf beiden Seiten der Front

Die Affinität der extremen Rechten zu Russland und Wladimir Putin speist sich aus der dort ideengeschichtlich seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts tradierten Sichtweise, in Russland einen Antipoden zum Westen, zum als dekadent wahrgenommenen Liberalismus, zur Moderne zu sehen. Russland erscheint als der Gegen–Westen. Dies nimmt Anschluss an Putins politische Agenda von einer starken, christlich-orthodoxen Nation. Die Konfliktlinien und Ambivalenzen des extrem rechten Lagers zeigen, dass die Kohärenz rechter ideologischer Grundannahmen wie Volk, Nation und überzeitliche Schicksalsherrschaft an der Komplexität der wirkenden Interessenwidersprüche des Krieges brüchig wird. Geopolitische Positionen und eingeübte Loyalitäten zu diversen extrem rechten Akteur*innen in Osteuropa stehen einander gegenüber.

Traditionell steht die Geopolitik in der Rechten hoch im Kurs. Deutungen der gegenwärtigen Lage in der Auseinandersetzung zwischen der Ukraine und Russland folgen dem Spin, Russland trete mit seinem Krieg der geopolitischen und ideologischen US-Hegemonie entgegen, die zu den Motoren von »Genderismus« und »Multikulturalismus« zähle. Russland hingegen verteidige europäische und identitäre Positionen. Geopolitisch steht die extreme Rechte dem antiwestlichen Konzept von Eurasien nahe. Die Verfechter*innen eines Eurofaschismus im Umfeld des »Jungeuropa Verlags« von Phillip Stein optieren dementsprechend für eine extrem rechte Idee von Europa als Bollwerk gegen den Islam und westliche Dekadenz, die in der extremen Rechten seit längerem unter dem Begriff »Globalismus« firmiert. Die Friktionen innerhalb des rechten Lagers ergeben sich daraus, dass dort Verbindungen zu Faschist*innen sowohl in der Ukraine als auch in Russland bestehen. So fällt es schwer, sich zwischen der Zustimmung zu Putins antiwestlichem Krieg und der Heroisierung des ukrainischen Widerstands zu entscheiden. Die Spannung zwischen einer Parteinahme für den russischen Nationalismus, der als Neo-Imperialismus agiert, oder für den ukrainischen Ultranationalismus, wie ihn die Partei des »Rechten Sektor« und das »Asow-Bataillon« vertreten, ist ideologisch nicht auflösbar.

Hierzulande steht die neonazistische Kleinstpartei »Der III. Weg« für »ein unabhängiges und freies Europa, welches sich vom Einfluß russischer und amerikanischer Machtinteressen zu befreien hat« fest an der Seite ukrainischer Faschist*innen.

Beachtenswert sind zudem Statements, die sich gegen den Charakter des Krieges als »Bruderkrieg« wenden. »No more Brotherwar« ist im Telegram-Kanal des RechtsRock-Labels »PC-Records« zu lesen. »Ein schwarzer Tag für Europa. Die beiden größten Hoffnungsträger für unsere Art, stehen sich im Krieg gegenüber. Der lachende Dritte ist bekannt.« Der Antisemitismus wird unausgesprochen mitgeliefert. Bei Martin Sellner, dem Gründer der »Identitären Bewegung« in Deutschland und Österreich geht die Befürchtung um, der Krieg in der Ukraine könne das rechte Lager gleich mehrfach spalten. Gründe für diese Annahme gibt es genug.

Haltung zu Geflüchteten

In der Frage des Umgangs mit Geflüchteten aus der Ukraine zeichnet sich eine weitere Bruchlinie innerhalb der AfD ab. Während etwa Erika Steinbach, Neu-Mitglied der AfD seit März 2022, zu Spenden für aus der Ukraine Flüchtende aufruft, schreibt der stellvertretende »Junge Alternative«-Vorsitzende NRW, Nils Hartwig: »Die deutsche Rechte wäre gut beraten, nicht plötzlich in einen falsch verstandenen Humanismus zu verfallen und die Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge zu fordern.« Andere Stimmen in der extremen Rechten verweisen darauf, dass es sich bei den ukrainischen Geflüchteten um Weiße und Christen handle, die Solidarität verdient hätten. Das extrem rechte »Konflikt-Magazin« vertritt die Auffassung: »Jeder Ukrainer in Deutschland ist einer zu viel, diese Leute gehören bestenfalls in der Westukraine gesammelt oder in den angrenzenden Ländern.«

#International

Formierung der extremen Rechten in Europa

Seit Anfang 2021 vollzieht sich ein Prozess der Kooperation zwischen Parteien der extremen Rechten in Europa. Nachdem rechtspopulistische und extrem rechte Parteien bei den letzten Wahlen zum Europäischen Parlament gestärkt in dieses eingezogen sind, soll nun offenkundig die gemeinsame Schlagkraft erhöht werden.

von Ulrich Schneider

Anfangs waren die Parteien der extremen Rechten, wenn sie einer Fraktion im Europaparlament angehörten, in drei Gruppen vertreten: in der Fraktion »Identität und Demokratie« (ID), bei den »Europäischen Konservativen und Reformern« (EKR) und in der »Europäischen Volkspartei« (EVP). Nachdem die ungarische Fidesz im März 2021 auf Druck anderer christdemokratischer Parteien die Fraktion der EVP verlassen hatte, suchte sie neue Bündnisse innerhalb und außerhalb des Parlaments: Im Frühjahr 2021 lud Ungarns Regierungschef und Fidesz-Vorsitzender Viktor Orbán andere europäische Rechtsparteien zu Sondierungstreffen ein. Ein erstes Zusammenkommen fand in Budapest mit Matteo Salvini von der italienischen »Lega« und dem polnischen Regierungschef Mateusz Morawiecki von der Partei »Recht und Gerechtigkeit« (PiS) statt. Auch Marine Le Pen vom französischen »Rassemblement National« (RN) wurde kontaktiert, wobei diese aufgrund des Präsidentschaftswahlkampfs in Frankreich internationale Kontakte zurückstellte. In diese Lücke sprangen kurzfristig der extrem rechte französische Kandidat Éric Zemmour und die spanische Rechtspartei »Vox«.

Eine Erklärung für ein rechtes Europa

Ergebnis dieser Zusammenkünfte ist eine Anfang Juli 2021 veröffentlichte Erklärung für eine extrem rechte Orientierung in Europa. Diese wurde von Parteien aus 16 EU-Ländern unterzeichnet, neben Viktor Orbán von dem Vorsitzenden der polnischen PiS Jaroslaw Kaczynski, Italiens »Lega«-Chef Matteo Salvini, der französischen RN-Präsidentin Marine Le Pen, Spaniens »Vox«-Vorsitzendem Santiago Abascal Conde und der »Fratelli d'Italia«-Chefin Giorgia Meloni. Weitere Unterstützerinnen waren die FPÖ (Österreich), JA21 (Niederlande), EL (Griechenland), PNT-CD (Rumänien), LLRA (Litauen), VMRO (Bulgarien), »Vlaams Belang« (Belgien), »Dansk Folkeparti« (Dänemark), EKRE (Estland) und PS (Finnland) – allesamt Parteien, die für ihren extremen Nationalismus und Rassismus bekannt sind. Die Zusammenarbeit der europäischen Nationen müsse auf Tradition, dem Respekt vor der Kultur und der Geschichte der europäischen Staaten, dem Respekt vor dem jüdisch-christlichen Erbe Europas und den gemeinsamen Werten, die diese Nationen vereinen, beruhen – und nicht auf deren Zerstörung, hieß es vollmundig und in blumiger Sprache in diesem Papier. Gemeint sind de facto Nationalismus, rechtskonservative Vorstellungen von Familie, die Diskriminierung von Menschen, die nicht der hetereosexuellen Norm entsprechen, und insbesondere die Ablehnung jeglicher Unterstützung für Geflüchtete in Europa.

Auffällig war das Fehlen der »Alternative für Deutschland«, die sich mit ihrer Forderung nach einem EU-Austritt im Programm zur Bundestagswahl selbst in dieser Runde isoliert hatte.

Der »Warschauer Gipfel«

Später als geplant fand Anfang Dezember 2021 ein »Warschauer Gipfel« statt. Er litt darunter, dass neben den polnischen Gastgebern an Prominenz nur Viktor Orbán und Marine Le Pen vertreten waren. Andere Parteien waren mit der »zweiten Garde« anwesend, Matteo Salvini von der »Lega« schickte eine Grußbotschaft. Die Presseberichterstattung zeigte, dass dieses Treffen vor allem PR-Charakter hatte. Es ging dabei auch um die anstehenden Wahlkämpfe in den jeweiligen Ländern. Fidesz und PiS bestätigten sich gegenseitig, dass sie trotz der angekündigten EU-Sanktionen nicht alleine seien. Und Marine Le Pen zeigte mit den Fotos ihres Treffens mit dem polnischen Premierminister Mateusz Morawiecki, dass sie staatsmännisch die »Nummer 1« der extremen Rechten in Frankreich sei und nicht Éric Zemmour.

Polens Ministerpräsident Morawiecki verkündete, Aufgabe dieser Zusammenarbeit sei es, »der Usurpation, die die Macht in den Händen der europäischen Eliten konzentriert, einen Riegel vorzuschieben« und für ein Europa »souveräner EU-Mitgliedsstaaten« einzutreten. Doch die einzige Gemeinsamkeit auf dem »Warschauer Gipfel« blieb die Ablehnung der Aufnahme von nichteuropäischen Geflüchteten, die in der Kälte an der Grenze zwischen Belarus und Polen unter menschenunwürdigen Verhältnissen ausharren mussten.

Auch andere Parteien erkannten den propagandistischen Wert solcher Begegnungen. So lud Spaniens Rechtspartei »Vox« Ende Januar 2022 unter dem wohlklingenden Titel »Europa verteidigen« die Parteien des »Warschauer Gipfels« nach Madrid ein. Aber auch diesmal wurden lediglich Absichtserklärungen formuliert. Der Schritt zu einer gemeinsamen Fraktion im Europaparlament oder für weitere politische Signale ist weiterhin völlig offen.

Haltung zu Russland als Konflikt

Ein Streitpunkt ist neben den jeweiligen Nationalismen die Haltung zum Konflikt Russland-Ukraine. Während Viktor Orbán sich eindeutig auf die Seite Russlands stellt und die ukrainische Regierung wegen »Verletzung der Rechte der ungarischen Minderheit« kritisiert, ist die polnische Regierung – trotz Auseinandersetzungen um die geschichtsrevisionistische Bandera-Verherrlichung – an der Seite der USA ein starker Unterstützer der Ukraine. Auch Marine Le Pen gehört zu den Unterstützer*innen der russischen Position. »Vox« und »Fratelli d'Italia« stehen vor dem Dilemma, dass ihre inhaltliche Unterstützung der ukrainischen Haltung in diesem Konflikt sie an die Seite der jeweiligen Regierungsparteien bringen würde, was sie tunlichst vermeiden wollen.

Im Zusammenhang mit dem russischen Angriff auf die Ukraine wurden die »Karten jedoch noch einmal neu gemischt«. Orbán und Morawiecki beteiligten sich – als Teil der Regierungen der Europäischen Union – an den Sanktionsmaßnahmen der EU. Orbán versuchte zwar noch eine eigenständige Rolle als »neutraler Vermittler« zwischen den Kriegsparteien zu spielen. Das wurde aber von der Ukraine mit Hinweis auf die ungarischen Interessen zurückgewiesen.

In Italien unterstützen Matteo Salvini und Giorgia Meloni die italienische Regierung in ihrer Politik gegenüber Russland. Parallel dazu warnte Salvini vor zu scharfen Sanktionen, weil möglicherweise dann Italien ohne Gas dastehen werde. Meloni ging noch einen Schritt weiter und kündigte einen Antrag zur »Verteidigung der italienischen nationalen Interessen« an, bei dem es um die Beendigung der Aggression Russlands gegen Kiew gehe – die Einrichtung eines zeitlich befristeten Fonds im EU-Rat zur Entschädigung der europäischen Länder, die durch die Sanktionen gegen Russland am meisten benachteiligt werden, und die Gewährung des Flüchtlingsstatus für ukrainische Bürger*innen.

Auch die französische Rechte hat Sorge, dass das russische Vorgehen ihren politischen Chancen im Präsidentschaftswahlkampf schaden könne. So erklärte Le Pen Russlands Vorgehen als ungerechtfertigt und forderte, es müsse »ohne jede Zweideutigkeit« verurteilt werden. Zemmour hob hervor, dass Russland von der Ukraine weder angegriffen noch direkt bedroht worden sei. Anders als Salvini, Meloni oder Le Pen kritisierte er gleichzeitig die NATO-Osterweiterung.

Ob unter den gegenwärtigen Bedingungen das geplante Treffen im März 2022 in Budapest stattfinden wird, ist ungewiss. Viktor Orbán möchte im Rahmen des Präsidentschaftswahlkampfes zeigen, dass er mit seiner Partei trotz der Kritik der Europäischen Union international anerkannt ist. Mit einer »Conservative Political Action Conference« (CPAC) in Budapest will er dies unter Beweis stellen. Möglicherweise kommt dann auch die portugiesische Rechtspartei »Chega!« (dt.: Es reicht!), deren Chef Andre Ventura mit seiner Hetze gegen »Zigeuner, Abtreibung, Einwanderung und Subventionen« vollständig in dieses ideologische Konzept passt. Presseberichten zufolge soll sogar der brasilianische Staatspräsident Jair Bolsonaro aus diesem Anlass anreisen. Es würde nicht überraschen, auch Steve Bannon dort zu treffen, der immer noch nicht aufgegeben hat, sich als Stichwortgeber der europäischen Rechtsparteien zu profilieren.

Gegen Putin und gegen den Krieg demonstrieren Tausende in Deutschland und weltweit.

PUTIN
P-WAR

#Preussen

Das Leitbild

Für die extreme Rechte in Deutschland ist Preußen seit jeher eine sinnstiftende ideengeschichtliche Chiffre. Ein historischer Überblick.

von Wolfgang Laskowski

Bekanntlich handelte es sich bei der Reichsgründung von 1871 um ein autoritäres Projekt des preußischen Adels unter der Führung von Otto von Bismarck – Preußen setzte sich als dominierende politische Kraft in Deutschland durch. Es folgte die wilhelminische Epoche, die den Aufstieg des deutschen Reiches zur europäischen Großmacht vollzog. Im politischen Leben des frühen Kaiserreichs bis zur Jahrhundertwende standen die »Deutsch-Konservative Partei«, die »Kreuzzeitung« und die von dem Antisemiten Adolf Stoecker geführte »Christlich-Soziale Partei« auf der äußersten rechten Seite des Reiches. Ihr Wirken diente dem Kampf gegen die aufstrebende revolutionäre Sozialdemokratie und den politischen Liberalismus.

»Alldeutsche« Radikalisierung

Mit der Jahrhundertwende gewann dann die entstehende völkische Bewegung an Einfluss auf die ideologische Ausrichtung der Rechten, namentlich der »Alldeutsche Verband« und die diversen, aus dem preußischen Militär und dem Großbürgertum getragenen nationalistisch-militaristischen Flottenvereine. Sie drängten auf eine aggressivere Aufrüstung und ein Primat des Militärs in der Außenpolitik. Die »Alldeutschen« radikalisierten sich unter ihrem Vorsitzenden Heinrich Claß zusehends und forderten am Vorabend der Entfesselung des Ersten Weltkrieges von Kaiser Wilhelm II. einen offenen Imperialismus mit dem Ziel kolonialer Eroberungen. Dabei propagierten sie einen rassistischen Sozialdarwinismus samt Lebensraum-Ideologie. Während des Ersten Weltkrieges warben die ultranationalistischen Verbände in Bevölkerung und Wirtschaft für Kriegsanleihen zur Finanzierung dieser historischen Materialschlacht. Nach 1917 wollten sie die Fortsetzung des Krieges selbst dann noch, als die Kämpfe einen zuvor nicht dagewesenen Blutzoll gefordert hatten.

Die im Jahr darauf begonnene Novemberrevolution und die Abdankung des Kaisers empfanden die gesamte wilhelminische Elite und das nationalistisch eingestimmte Bürgertum als Schmach. Im Zuge der Rhetorik vom Dolchstoß, welchen die Front durch die Revolution erlitten habe, mehrten sich antisemitische Motive in der rechten Publizistik. Darin wurde den Jüdinnen und Juden die Schuld für den verlorenen Krieg und den Systemwechsel zugewiesen.

»Fesseln« von Versailles

Das Ende des Kaiserreiches ist für die Rechte in Deutschland eine Niederlage der alten, von ihr als natürlich angesehenen Ordnung. Doch nicht die Restauration der Monarchie hat die sich nach 1918 formierende neue extreme Rechte in der Weimarer Republik im Sinn, sondern je nach politischer Selbstverortung den Aufbau eines autoritären, hierarchischen Ständestaates, eine Diktatur des Militärs oder eines Präsidialkabinetts. Gemeinsam ist allen Strömungen der Weimarer extremen Rechten das Ziel, die »Fesseln« des Versailler Vertrages abzuschütteln, die Wiederaufrüstung Deutschlands voranzutreiben und eine Revanche gegen Frankreich und England vorzubereiten.

Die von geschichtlichem Bruch beklagte Einführung der parlamentarischen Demokratie und die Unterzeichnung des Vertrages von Versailles lasteten die Nationalisten der neuen Regierung an, die als »Novemberverbrecher« denunziert wird. Vor diesem Hintergrund ereigneten sich die rechtsterroristischen Morde an Finanzminister Matthias Erzberger und Außenminister Walter Rathenau. An diesen Taten war auch der Romanschriftsteller Ernst von Salomon beteiligt, seinerseits Protagonist der heute von Neurechten oftmals rezipierten »Konservativen Revolution«. Es folgten die Einsätze präfaschistischer Freikorps gegen die Arbeiter*innenbewegung und 1920 der gescheiterte Kapp-Putsch, mit dem die Republik gestürzt werden sollte.

»Preußischer Sozialismus«

Zeitgenössische Autoren wie Arthur Moeller van den Bruck und Oswald Spengler griffen in den frühen 1920er Jahren den Preußenmythos in ihren Schriften auf. Dabei ging es nicht um eine faktisch-historische Betrachtung, vielmehr wurde Preußen für die extreme Rechte der Weimarer Republik zur politischen Chiffre jenes antimodernen und antidemokratischen Wertekanons, mit dessen Hilfe es gelingen sollte, die verhasste Demokratie und die Versailler Ordnung in Europa abzuschütteln. Die Besinnung auf preußisch tradierte Werte wie Gemeinschaft, Tugend und Disziplin wurde gegen die Republik und den Individualismus in Stellung gebracht.

Im Jahr 1919 erschien Spenglers programmatische Schrift »Preußentum und Sozialismus«. Darin setzte er dem marxistischen Kon-

Bismarck-Fans bei einer AfD-Kundgebung mit Björn Höcke 2018 in Eisenach.

zept des Sozialismus das eines »preußischen Sozialismus« entgegen. Dieser müsse vor dem Hintergrund der preußischen Geschichte und dessen, was Spengler für die Deutschen für wesensgemäß hielt, illiberal und autoritär verfasst sein. Preußen war für ihn die Summe von Realismus, Disziplin und Korpsgeist, Bildung und Schwärmerei.
Die Nationalrevolutionären führten das Preußentum und die Praxis der bolschewistischen Massenmobilisierung in der Sowjetunion in der Zeit des Bürgerkrieges ideologisch zusammen. In der Gestalt des Arbeiters beziehungsweise des Soldaten sahen sie den politischen Akteur einer neu formierten Gesellschaft, die sich auf das preußische Ethos gründen sollte.
Die antirepublikanischen Parteien betrieben in der Weimarer Republik zudem einen folkloristischen Kult um Reichskanzler Otto von Bismarck und Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg. Dazu gehörten öffentliche Sedan- und Tannenbergfeiern, mit denen die Schlachten des preußischen Heeres glorifiziert wurden. Die Jugend- und Wehrverbände der Antirepublikaner ergingen sich in einer nationalistischen und völkischen Rhetorik. Dabei beförderte der Bezug zum Preußentum die Mobilisierung antifranzösischer Ressentiments, etwa nach der Ruhrbesetzung durch alliierte Truppen 1923.

Vom König zum Soldatentum

Mit dem »Tag von Potsdam« am 21. März 1933 in der Potsdamer Garnisonkirche suchte Hitler in einer Zeremonie den symbolischen Schulterschluss mit dem Adel und der Tradition Preußens. Ein Bild aus der Zeit um dieses Ereignis zeigt den Despoten in einer Reihe mit Friedrich dem Großen, Bismarck und Hindenburg. Dazu findet sich die Aussage: »Was der König eroberte, der Fürst formte, der Feldmarschall verteidigte, rettete und einigte der Soldat.«

Dass die NSDAP auf dem Weg zur Macht vom Adel und auch von den landbesitzenden Junkern östlich der Elbe unterstützt wurde, ist hinreichend historisch nachgewiesen. Die Nazis nahmen auf die preußische Tradition Bezug, da sie deren Militarismus teilten und zugleich um Unterstützung im protestantisch national-konservativen Bürgertum warben. Dieses stand der NS-Bewegung aus Gründen eines elitären Dünkels habituell skeptisch gegenüber, teilte jedoch den militanten Anti-Marxismus und Anti-Liberalismus der Nazis. Im Adel und im Bürgertum überwog die Erleichterung darüber, dass Hitler die ihnen verhasste Demokratie beseitigt und die Arbeiter*innenbewegung samt marxistischen Parteien zerschlagen hatte.
Im Januar 1933 wurde Hermann Göring, später unter anderem Oberbefehlshaber der Wehrmacht, preußischer Reichskommissar und drei Monate später formell Ministerpräsident. Bereits zuvor war die als republikanisch gesinnt geltende Polizei Preußens unter die Kontrolle Franz von Papens gestellt und als demokratischer Faktor ausgeschaltet worden. Die Gleichschaltung der Länder durch die Nazis ließ Preußen zur leeren Hülle werden.

Neue europäische Mittelmacht

Nach dem Ende des Nationalsozialismus erklärten die Alliierten den Staat Preußen 1947 in einem Kontrollratsgesetz für aufgelöst. Dieser hochgradig symbolische Beschluss trug dem Umstand Rechnung, dass Preußen als der Inbegriff deutschen Militarismus und imperialistischen Expansionsstrebens galt.
Doch seit der Nachkriegszeit ist »Preußen bleibt Preußen« für Konservative, die extreme Rechte und Vertriebenenverbände ein konstanter Bezugspunkt. So bringt die »Landsmannschaft Ostpreußen« bis heute die »Preußische Allgemeine Zeitung« heraus – ursprünglich 1950 als »Ostpreußenblatt« gegründet (s. drr Nr. 172).
Nach 1990 gewann Preußen neue Strahlkraft. In den rechten Periodika setzte eine Debatte um die Rückkehr Preußens als politischer Faktor ein. Ganz in diesem Geiste verlegte die Zeitung »Junge Freiheit« (JF) ihren Redaktionssitz Anfang der 1990er Jahr kurzzeitig in die frühere Garnisonsstadt Potsdam. Doch die Hoffnungen in der »Neuen Rechten«, vermittels der Wiedervereinigung die Westanbindung zu entsorgen, und wie das historische Preußen beziehungsweise das Deutsche Reich als europäische Mittelmacht agieren zu können, erfüllten sich bekannterweise nicht.

Bezugspunkt bis heute

»Hurra, wir haben Geburtstag« titelte die JF (3/21) pünktlich zum Jubiläum der Reichsgründung im Januar vergangenen Jahres. Diese Überschrift darf zweifellos als politische Standortbestimmung zugunsten des Mythos‘ vom Deutschen Reich gelesen werden. In seinem Leitartikel führte Chefredakteur Dieter Stein darüber Klage, dass die Reichsgründung weder für das kollektive Gedächtnis der Deutschen noch in der Politik eine konstitutive Rolle spiele. In Götz Kubitscheks »Sezession« (Nr. 100) bilanzierte Autor Dag Krienen im Februar 2021, dass »kein Obrigkeit- und Fürstenstaat, sondern der Staat der gesamten Nation, eine sowohl nationale als auch demokratische Errungenschaft ersten Ranges« gewesen sei. Kein Zweifel: Die preußische Geschichte ist für die extreme Rechte nach wie vor zentraler identitärer und geschichtlicher Bezugspunkt.

#Hohenzollern

Familie Nimmersatt und ihre rechten Freunde

von Philipp Vergin

Screenshot einer 3sat-Sendung mit dem Historiker und Theologen Benjamin Hasselhorn.

Hitler und der ehemalige Kronprinz Wilhelm von Preußen am 21. März 1933, dem Tag von Potsdam, vor der Garnisonkirche.

Als die Öffentlichkeit im Sommer 2019 erfuhr, dass die Bundesregierung sowie die Länder Berlin und Brandenburg seit Februar 2014 Geheimverhandlungen mit der Erbengemeinschaft der Hohenzollern über die Rückgabe mehrerer tausend Kunstgegenstände und die Nutzung von Immobilien wie zum Beispiel Schloss Cecilienhof in Potsdam führen, war die Empörung und Verwunderung groß. Wieso sollten ausgerechnet die Nachfahren von Wilhelm II., dem letzten deutschen Kaiser und König von Preußen, irgendwelche Entschädigungen, noch dazu in einem Gesamtwert im dreistelligen Millionenbereich, erhalten? Hatte doch die Novemberrevolution 1918 das Zeitalter der Monarchie, die für die zahllosen Kolonialverbrechen und die Millionen Toten des Ersten Weltkriegs verantwortlich war, in Deutschland beendet. Laut Bundesregierung hatten »die Gespräche der öffentlichen Hand mit dem Haus Hohenzollern (…) das Ziel, eine dauerhafte Gesamtlösung für verschiedene Kunst- und Sammlungsgegenstände herbeizuführen (…). In den Verhandlungen geht es um rechtliche Unklarheiten in den damaligen Regelungen, aber auch um Rechtspositionen, die sich durch die nachfolgenden historischen Ereignisse, insbesondere durch Maßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht und der Regierung der DDR verändert haben« (Bundestags-Drucksache 19/12369). Wie konnte es dazu kommen?

Während 1918 in Österreich nach dem Sturz der Donaumonarchie die Revolutionäre das Vermögen der Habsburger größtenteils zugunsten der Kriegsopfer enteigneten, wurde der Adel in Deutschland mit Samthandschuhen angefasst. Die fürstlichen Besitztümer waren in der Revolution 1918/19 zwar beschlagnahmt, jedoch nicht enteignet worden. Da die Weimarer Verfassung in Artikel 153 das Privateigentum garantierte, forderten die Fürsten bald hohe finanzielle Entschädigungen für entgangene Gewinne und die freie Verfügungsgewalt über ihren Besitz. In Preußen kam am 15. Oktober 1926 ein Ausgleich zwischen dem Land und dem Haus Hohenzollern zustande. Damit war die ökonomische Basis des Adels allgemein und der Hohenzollern im Besonderen bis auf weiteres gesichert.

Adel im Nationalsozialismus

Finanzielle Entschädigung allein reichte der Adelskaste nicht. Die Schmach der Niederlage musste getilgt und die verhasste Republik mit dem Ziel einer Restauration der Hohenzollern-Monarchie so schnell es geht beseitigt werden. Doch die Monarchie war bis weit ins konservative und nationalistische Lager diskreditiert. Um die nötige Massenbasis für die Konterrevolution zu bekommen, war der Adel zu Bündnissen mit faschistischen Organisationen gezwungen. Die völkisch bis rassistisch geprägte »Deutsche Adelsgenossenschaft«, die bereits 1918 den »Ariernachweis« eingeführt hatte, spielte dabei als größte Vereinigung Adeliger im Deutschen Reich eine wichtige Rolle. Allerdings repräsentierte sie nicht den gesamten Adel. Vor allem in den katholischen Regionen standen etliche Adelige aufgrund ihrer überwiegend religiösen und politisch konservativen Grundhaltung dem Nationalsozialismus skeptisch gegenüber.

Fälle von Adeligen, die schon früh in der NS-Bewegung Karriere machten, gibt es ebenfalls in Hülle und Fülle. Als Beispiel sei Franz Pfeffer von Salomon genannt, der von 1926 bis 1930 »Oberster SA-Führer« war und von 1932 bis 1941 als NSDAP-Reichstagsabgeordneter und Mitglied im »Verbindungsstab des Führers« in der Reichskanzlei fungierte. Obwohl die SA vielen Adeligen zu proletarisch und ob ihrer pseudo-sozialistischen Rhetorik suspekt war, besetzten sie doch zahlreiche Führungspositionen: Von den 178 höchsten SA-Führern waren 21 Adelige – 12 Prozent. Damit lag der Adelsanteil zwar unter den 21 Prozent im Offizierskorps der Reichswehr, aber dennoch deutlich über ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung von etwa 0,15 Prozent. Schon eher den Elitevorstellungen des Adels entsprach hingegen die SS, die denn auch den »Neuen Adel« des NS-Staates begründen sollte. 1938 waren fast 19 Prozent aller SS-Obergruppenführer adelig.

Die Entschädigungsdebatte

Nach der Niederlage Nazideutschlands am 8. Mai 1945 wurden die Karten neu gemischt. Eine Vielzahl von Objekten, die mit dem Vertrag von 1926 Wilhelm II. und seiner Familie vom Staat überlassen worden waren, befand sich nun auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone beziehungsweise späteren DDR. Im Rahmen der Bodenreform wurde ein Teil der Vermögensgegenstände von der sowjetischen Militäradministration enteignet. Nach der Wiedervereinigung wurde dann entschieden, die Bodenreform der sowjetischen Besatzungsmacht – anders als die späteren Enteignungen in der DDR – nicht rückgängig zu machen. Allerdings wurde im Jahr 1994 für die seinerzeit Enteigneten beziehungsweise deren Erben ein Anspruch auf finanzielle Entschädigung beschlossen, es sei denn, diese haben »dem nationalsozialistischen (…) System (…) erheblichen Vorschub geleistet«. Louis Ferdinand Prinz von Preußen, zweitältester Sohn und Erbe des ehemaligen Kronprinzen Wilhelm Prinz von Preußen, machte in den 1990er Jahren seine Ansprüche geltend und nach seinem Tod verfolgt nun Georg Friedrich Prinz von Preußen als Erbe diese im Namen der Familie bis heute weiter. Im Rahmen der Verhandlungen beauftragten die Hohenzollern und das Land Brandenburg nach und nach jeweils zwei Gutachter damit, die Frage zu klären, ob der preußische Kronprinz Wilhelm von Preußen in den 1930er Jahren dem Nationalsozialismus erheblichen Vorschub geleistet hat. Der von den Hohenzollern beauftragte Historiker Christopher Clark von

der Universität Cambridge führte zwar etliche Argumente dafür an, dass Wilhelm den Nationalsozialisten nicht nur nahestand, sondern auch bei zahlreichen Gelegenheiten seine Sympathie und Unterstützung für Hitler und die Nationalsozialisten zum Ausdruck gebracht hat. Allerdings sei Wilhelm als Person wie als Politiker zu unbedeutend gewesen, als dass er den Nationalsozialisten »erheblichen Vorschub« hätte leisten können. Nachdem der Preußen-Spezialist Peter Brandt und insbesondere der in Edinburgh lehrende Stephan Malinowski in ihren Gutachten eine Vielzahl von weiteren belastenden Fakten herausgearbeitet hatten, ruderte Clark zurück und schloss sich dieser Einschätzung an. Entscheidend für die Frage, ob Wilhelm dem NS-Regime Vorschub geleistet habe, sei, dass der »Kronprinz« angesichts der nach wie vor starken Anhänger*innenschaft der Monarchie in Deutschland mit seiner positiven Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus eine erhebliche Breitenwirkung besessen habe. Er habe auf diese Weise »stetig und in erheblichem Maß zum Übergang der Macht an die NSDAP und zu deren Festigung beigetragen«. Der daraufhin von den Hohenzollern mit einem weiteren Gutachten beauftragte Hindenburg-Biograf Wolfgang Pyta erklärte, dass all die Handlungen und Haltungen des Kronprinzen in Wirklichkeit aber auf fantasievolle und raffinierte Weise dazu gedient hätten, die Machtübernahme oder zumindest eine Alleinherrschaft Hitlers zu verhindern.

Als am 29. Januar 2020 im Kulturausschuss des Bundestages eine öffentliche Anhörung zum Thema stattfand, fiel das Urteil der Historiker übereinstimmend deutlich aus: Kronprinz Wilhelm von Preußen hat vor und nach 1933 dem Nationalsozialismus erheblichen Vorschub geleistet. Direkt nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler im Jahr 1933 hatte Wilhelm denn auch gejubelt, nun habe sich erfüllt, wofür er ein Jahr gekämpft habe. Nur der von der Union benannte Sachverständige Benjamin Hasselhorn (Julius-Maximilians-Universität Würzburg) verstieg sich zu der Ansicht, ein abschließendes Urteil sei kaum zu fällen. Alle bislang vertretenen Positionen seien »wissenschaftlich begründbar«, allein es fehle noch an »Quellenforschung«. Außerdem stünde die Frage im Raum, ob nicht die SPD im Vergleich sogar dem Nationalsozialismus mehr Vorschub als die Konservativen und Monarchisten geleistet habe, »weil sie seit 1930 keine Reichsregierung mehr unterstützte und in Schleicher einen gefährlicheren Gegner sah als in Hitler«. Er forderte deshalb ein Ende vom Hohenzollern-Bashing – insbesondere in Bezug auf Wilhelm II. – und beklagte eine allgemeine Anti-Preußen-Stimmung in der Bundesrepublik.

Verschiebung des Geschichtsbilds

Das Ganze erinnerte frappierend an die Klimaleugner*innendebatte. Trotz klaren wissenschaftlichen Befunds wollten CDU und CSU weiter nach entlastenden Dokumenten für die Hohenzollern suchen lassen. Elisabeth Motschmann (CDU) behauptete gar, dass sich bisher niemand die Mühe gemacht habe, im Hohenzollernarchiv zu forschen und dort ganz sicher entlastendes Material zu finden sei. Offensichtlich hofft die ehemalige Baroness auf geheime Unterlagen über eine Widerstandsgruppe im preußischen Adelshaus. Ebenfalls bemerkenswert war der Auftritt der »Alternative für Deutschland« (AfD): Deren Ausschussmitglied Marc Jongen legte sich mächtig ins Zeug für die Interessen der »Kleinen Leute« aus der Erbengemeinschaft der Hohenzollern.

Ein paar Monate später, im März 2020, brachte eine Recherche des Historikers Niklas Weber in der Süddeutschen Zeitung zutage, dass Hasselhorn einem neurechten Netzwerk in den Geisteswissenschaften angehört. Demnach hat er nicht nur in »Cato«, »Cicero« und der neurechten »Blauen Narzisse« publiziert und mehrfach für die evangelikale Nachrichtenseite »idea« geschrieben, sondern ist durch zahlreiche persönliche Kontakte, unter anderem zum »Institut für Staatspolitik« (IfS) von Götz Kubitschek, tief ins neurechte Milieu eingebunden. »Der alte Revisionismus kehrt durch die Hintertür zurück«, resümierte Weber, »im Gewand der unschuldigen Frage. Das neurechte Interesse am Hohenzollernstreit besteht dabei nicht in der unrealistischen Hoffnung auf eine Restauration der Monarchie, sondern in einer behutsamen Verschiebung des Geschichtsbilds.«

Während es den Hohenzollern in der Auseinandersetzung vor allem um ihr Vermögen und Ansehen geht und sie den Raum für eine öffentliche und kritische Diskussion über die Rolle ihrer Familie im Nationalsozialismus durch massenhafte Klagen und Abmahnungen zu minimieren suchen, will die »Neue Rechte« einen Geländegewinn in der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung erlangen. Die Zerstörung der Weimarer Republik durch die konservativen Eliten soll in Verkehrung der historischen Tatsachen als edelmütiger Versuch erscheinen, den Nationalsozialismus zu verhindern. Die Rechte möchte ihren Weg zu einem neuen, schuldbefreiten Nationalmythos weiter beschreiten, der im NS nur noch ein tragisches Zwischenspiel in tausend Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte und in der Konservativen Revolution eine leider verpasste Chance erblickt. Dafür müssen nicht nur die historischen Anhänger*innen einer »Konservativen Revolution«, sondern auch ihre selbsternannten Erb*innen – die »Neue Rechte« – vom üblen Nazi-Ruch befreit werden.

Rekonstruktion mit Scharnierfunktion

Das barocke Berliner Schloss auf der Spreeinsel im Bezirk Mitte brannte 1945 teilweise aus und wurde 1950 gesprengt. Auf einem Teil der Fläche wurde 1976 der Palast der Republik fertiggestellt, der wiederum 2008 abgerissen wurde. 2013 begann der Wiederaufbau des Schlosses. Seit der Fertigstellung 2020 sitzt dort das Humboldt Forum. Philipp Oswalt, Architekt, Publizist und Professor für Architekturtheorie und Entwerfen an der Universität Kassel, begleitet die Rekonstruktion des Berliner Stadtschlosses seit Jahren kritisch und hat die Spender*innen aus dem rechten Spektrum recherchiert. Darüber sprach Nina Rink mit ihm für »der rechte rand«.

Wie sind Sie dazu gekommen, sich kritisch mit dem Bauvorhaben »Berliner Stadtschloss« auseinanderzusetzen?
Ich habe mich Anfang der 2000er Jahre in die Debatte um die Rekonstruktion des Berliner Schlosses eingemischt, weil ich das Geschichtsverständnis hinter dem Projekt schwierig finde. Ich war selbst involviert in die Zwischennutzungskonzeption am Platz der Republik, habe mich aber auch immer wieder kritisch mit Facetten dieser Schlossdebatte befasst, was die Architektur und das Nutzungsprogramm betrifft, aber auch mit den Finanzierungsstrukturen oder der Rolle des Fördervereins. Ich muss aber gestehen, dass ich nicht gedacht hätte, dass das rechtsradikale Dimensionen hat. Ich meine, das Projekt wurde ja aus der Mitte der Gesellschaft, fast einstimmig im Bundestag beschlossen.

Was hat sie aufhorchen lassen?
Durch Zufall bin ich 2016 in die Debatte um den Wiederaufbau der Garnisonkirche in Potsdam geraten – die ich ideologisch für viel problematischer halte als das Projekt Berliner Schloss. Als ich letzten Herbst im Humboldt-Forum war, sah ich am Eosanderportal die Widmung für Herrn Bödecker, der mir aus dem Potsdamer Kontext bekannt war und dachte: »Ups, da gibts ja ein Problem.« Das war der Beginn meiner Recherche.

Wer ist Herr Bödecker?
Erhard Bödecker, ehemaliger Banker aus Berlin, der sehr viel zu Preußen geschrieben hat, verkörpert letztendlich rechtsradikales Gedankengut. Das ist vielleicht nicht so offensichtlich. Texte von ihm bestehen zu 98 Prozent aus einer naiv wirkenden Preußentümelei – da denkt man, okay, der Typ ist ein bisschen verknallt in Preußen, aber so what? Aber dann brechen immer wieder so Punkte durch: Man liest, das Kaiserreich sei die beste Zeit Deutschlands gewesen. Und was solle das mit den Parteien und den Medien – das mache alles nur Ärger, koste Geld und müsse eingehegt werden durch eine kraftvolle Regierung. Und es sei auch verständlich, dass die Juden nicht gleichberechtigt waren. So kommt eins zum anderen und setzt sich insgesamt zu einem rechtsradikalen, antidemokratischen Geschichtsbild zusammen. Und für so jemanden ist es super, wenn so ein Schloss rekonstruiert wird, das diese Zeit feiert.

Was für ein Geschichtsverständnis steht hinter dem Wiederaufbau?
Es geht im Wesentlichen darum, eine positive deutsche Identität mit Rückgriff auf die Zeit vor 1919 zu formulieren. Also basierend auf dem vordemokratischen Erbe: Eine lange deutsche Geschichte mit der Erinnerung an Preußen als positiv und maßgeblich für unsere heutige Gesellschaft. Dieses »Stolz, ein Deutscher zu sein« aus dem preußischen Erbe heraus. Da stellt sich mir die Frage: Warum ist es diesen Protagonisten so ein Bedürfnis, sich auf dieses Erbe zu beziehen? Was bedeutet das?

Und was bedeutet das im Kontext Berliner Schloss?
Geschichtspolitisch passieren zwei Sachen: Zum einen die Fokussierung auf das preußische Erbe als wesentlicher Bezugspunkt eines Selbstverständnisses. Das Problem ist nicht die Bezugnahme als solche, sondern diese bruch- und distanzlose Art, in der es passiert. Und eben auch, dass hiermit andere historische Sachverhalte überschrieben und verdrängt werden. Die Motivation zum Abriss des Palastes der Republik als Symbol der deutschen Teilung und ostdeutschen Nachkriegsgeschichte war vielleicht sogar der stärkere Treiber in der Angelegenheit. Ich habe das auch immer als Projekt der politischen Eliten verstanden, die vom Mauerbau traumatisiert sind. Also auch ein Generationenprojekt derjenigen, die eine Revanche an der DDR spielen wollen. Auch das ist mir fremd. Ohne Frage war die DDR ein Unrechtsregime, aber der Palast der Republik war ein bedeutendes Bauwerk deutscher Geschichte. Architektonisch mittelmäßig, städtebaulich sehr problematisch, aber ein Ort deutscher Geschichte. Ich hätte es als selbstverständlich erachtet, diesen Ort zu erhalten. Es geht ja bei Denkmälern nicht nur um die Ästhetik, sondern darum, geschichtliche Sachverhalte zu vergegenwärtigen.

Wie hätte es besser laufen können?
Das erste wäre gewesen, zumindest Teile des Palastes in die Neubebauung am Ort einzubeziehen, wie es ja auch die Expertenkommission empfohlen hatte. Und selbst nach dem Abriss hat es noch gute Alternativen gegeben. Es gab im Wettbewerb den Sonderpreis von Kuehn Malvezzi, mit dem ich meinen Frieden geschlossen hätte. Da hätte man gesagt: Das Schloss hatte eine Relevanz für Berlin und die Deutsche Geschichte. Wir wollen uns darauf beziehen, aber machen auch deutlich, dass wir heute eine andere Gesellschaft sind. Das irritierende in diesem Geschichtsverständnis ist, sich ungebrochen auf dieses historische Erbe zu beziehen. Das ist, was mich an dem Vorgang sehr verstört.

Wer hat ein Interesse an so einer ungebrochenen Bezugnahme und derartigen Rekonstruktionsprojekten?
Wie gesagt, ich kam durch die Recherche zur Garnisonkirche darauf. Und bevor der Name Bödecker, als Befürworter des Potsdamer Projekts, beim Schloss auftauchte, bin ich in rechtslastigen Publikationen auch immer wieder auf Bezüge zum Schlossprojekt gestoßen. So hat der NS-Raubkunst-Funktionär Niels von Holst in einer Publikation der geschichtsrevisionistischen »Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft« bereits 1993 für das Schloss geworben. Der Architekturtheoretiker Claus Wolfschlag hat darüber in der »Jungen Freiheit« geschrieben. Auch in den Magazinen der sogenannten Neuen Rechten wie »MUT«, »Cato« und »Compact« tauchte es immer wieder auf. In dieser Hinsicht hat so ein Rekonstruktionsprojekt eine Scharnierfunktion: Einerseits ist es anschlussfähig in die gesellschaftliche Mitte, für Menschen, die das einfach schön oder kulturell relevant finden, damit aber keine politischen Werte verbinden. Und ich würde auch sagen, bei aller Kritik: Die Mehrheit der Schlossspender verbindet damit keine rechtslastigen und antidemokratischen Fantasien. Aber es ist eben auch anschlussfähig für Leute, die sich in Hinblick auf die politischen Werte mit so einem Akt verbinden, identifizieren können.

Welche Art Rekonstruktion ist denn problematisch?
Wenn es darum geht, so zu tun, als ob nie was gewesen wäre. Es ist wichtig, sich darüber klar zu werden, aus welchem Wertegefüge heraus – und das ist eben so, Architektur hat was mit Werten zu tun – mache ich das? Und was folgt daraus? Rekonstruktion ist kein Tabu, aber es ist wichtig, sie mit einem bewussten Geschichtsverständnis zu betrachten. Rekonstruktion hat es in der Architekturgeschichte immer gegeben. Aber es war eine Aneignung der Vergangenheit aus der Gegenwart heraus. Das ging auch gar nicht anders – vor dem Aufkommen der Fotografie gab es gar keine Möglichkeit, Gebäude optisch identisch zu reproduzieren. Es war selbstverständlich, dass die Gegenwart den historischen Sachverhalt interpretiert und mit ihrem Wertegerüst, ihrem Selbstverständnis von Geschichte, umsetzt. Das halte ich für erforderlich und das ist auch, was dem Berliner Schloss fehlt. Ein naiver Betrachter denkt, da steht einfach eine barocke Hütte. Manchmal ist es wichtig, dass es eine Differenz zum Vorgängerbau gibt. Der Wunsch nach Wiederaufbau ist verständlich, aber es ist inakzeptabel, so zu tun, als habe es die Zerstörung nicht gegeben. Ich glaube, wenn man Formen des Wiederaufbaus macht, welche diese Differenzerfahrung möglich machen – dann ist das wahrscheinlich für rechte Kreise relativ schnell uninteressant. Weil es ihnen immer darum geht, diese geschichtlichen Brüche zu überspielen und zu kaschieren.

Was ist insbesondere an der Fassade des Berliner Schlosses kritikwürdig?
Das Schloss selbst hat ein ideologisches Gefälle: Der älteste Teil, der Renaissance-Flügel, war der unproblematischste. Der Schlüterhof, künstlerisch-architektonisch der beste, auch unproblematisch. Aber am zweiten Teil Richtung Westen, dem Eosanderportal, bekommt das Schloss stark imperiale Züge. Beim Zitat des römischen Triumphbogens geht es um das Imperium des Kaisers, die militärische Expansion – darauf beziehen sich die Preußen. Das Portal ist schon eine stark imperiale Geste. Diese wird durch die ein Jahrhundert später ergänzte Kuppel und das Kuppelkreuz noch überhöht. Insofern ist es kein Zufall, dass jemand wie Herr Bödecker für das Eosanderportal spendet: Da ist nicht alles am Schloss gleich, sondern bestimmte Bauteile haben eine stärkere politische Sendung als andere mit eher baukünstlerischer Relevanz.

Das heißt, diese politischen Symbole sind von besonderem Interesse?
Das macht sich besonders fest an Kuppel und Kuppelkreuz. Maren Otto hat es in Andenken an ihren Mann Werner Otto gestiftet. Werner Otto hat dem rechtsradikalen Bundeswehroffizier Max Klaar auch mehrere Millionen für die Potsdamer Garnisonkirche gespendet. Da gibt es dann wieder die Bezüge zueinander. Bei der Kuppel ist unklar, woher das Geld stammt. Das hat Herr Boddien 2013 als anonyme Großspende aus dem Hut gezogen, um den Kuppelbau zu sichern. Ich vermute eine Person mit eindeutigem politischen Motiv. Weil es die politische Sendung dieses Baus radikalisiert: Ein Schloss ohne Kuppel hätte eine andere politische Aussage als ein Schloss mit Kuppel. Das ist vielleicht wichtig für das Verständnis, was da passiert. Und wo die Anschlussfähigkeit nach rechts besonders gut gegeben ist.

Wodurch wurde das ermöglicht?
Der ursprüngliche Bundestagsbeschluss (zur Rekonstruktion, Anm. d. Red.) ist weniger radikal als das, was dann umgesetzt wurde. Der betraf nur die Rekonstruktion der Schlossfassade, nicht die der Kuppel. Bemerkenswerterweise hat Wolfgang Thierse, der gegen den Textentwurf der Wettbewerbsausschreibung agitiert hat, das auf den Weg gebracht. Von den Architekten wurde nun ein Vorschlag für die Rekonstruktion der Kuppel eingefordert. Trotzdem war die Kuppel nur optional, weil nicht finanziert. Die Umsetzung hing von der Finanzierung ab. Erst mit den Spenden konnte die ideologische Radikalisierung durchgesetzt werden. Vermutlich verdanken wir jetzt einem rechtsgesinnten Menschen, dass diese Kuppel nun das Humboldt-Forum als Symbolbau des wiedervereinten Deutschlands krönt.

Gab es eine Kampagne zur Finanzierung in rechten Kreisen oder wie darf man sich das vorstellen?
Was heißt Kampagne. Es gibt den Förderverein. Die politischen Vorstellungen von Herrn Boddien sind mir unbekannt. Man kann ihm nicht vorwerfen, sich rechtslastig geäußert zu haben. Aber er hatte auch keine Berührungsängste. Er ist in Kontexten aufgetreten, in denen auch Rechtsradikale auftreten. Zum Beispiel die »Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft« in Hamburg, die, wie ich finde, schon relativ harter Tobak ist. Er hat auch keine Berührungsängste mit der »Preußischen Allgemeinen«. Und nicht nur das – was er als Rekonstruktion bei dem Schloss einfordert, entspricht dem, was in der »Jungen Freiheit« gefordert wird.

Was wird dort gefordert?
In diesen Kreisen gibt es den Wunsch, die Rekonstruktion weiter zu radikalisieren. Einerseits nach innen – also auch immer mehr Innenräume zu rekonstruieren – aber auch nach außen. Wobei es immer um ein bestimmtes Geschichtsbild geht, nicht um irgendeins. Da geht es um die Versetzung des Neptunbrunnens, die Gestaltung der Freianlagen, die Bebauung rund um den Alexanderplatz. Da wird die Fassadenrekonstruktion des Schlosses eher als Startschuss verstanden, die ganze Berliner Innenstadt umzugestalten. Und das ist eine Position, die in der »Jungen Freiheit« von Dieter Stein und Claus Wolfschlag, auch mit sehr starken politischen Aussagen verknüpft, propagiert wird. Architektonisch wird das von Boddien ebenso vertreten und er sagt auch: Wir sind mit unserer Arbeit noch nicht am Ende – wir werden weitermachen und kämpfen und die Hoffnung stirbt zuletzt.

Wer sind die Spender*innen?
Die Milieus, die da angesprochen werden: Zum einen die sogenannte Neue Rechte. Die »Junge Freiheit« ist ein wichtiger Ort, wo das propagiert wird. Es gibt Personen aus der AfD, die damit in Verbindung stehen. Die AfD unterstützt auch die Radikalisierung der Rekonstruktion mit Anträgen im Bundestag. Die werden zwar immer abgelehnt, sind aber argumentativ auf der gleichen Linie. Dann haben Sie einen Kandidaten der AfD aus Stuttgart als Großspender. Sie haben die Gesellschaft Berliner Schloss, in dessen dreiköpfigem Vorstand ein AfD-Politiker sitzt. Daneben gibt es Burschenschaften und Vertriebenenverbände, die sich darin wiederfinden. Oder Profiteure des Naziregimes, Oetker ist da der prominenteste Fall, aber auch ein Großspender aus dem Kontext des Flick-Imperiums.

Aus welchen Kreisen das Geld stammt, wurde nicht gefragt…
Nicht nur das. Der Förderverein und Herr Boddien haben sich bis heute nicht distanziert. Ich denke, man wusste, wer Herr Bödecker ist. Zumindest im Nachgang hätte man aber sagen müssen: Das tut uns leid, das war ein Fehler. Aber das wird unterlassen. Man will nach rechtsaußen anschlussfähig bleiben. Das ist nicht tolerabel. Die Stiftung Humboldt-Forum müsste die Zusammenarbeit mit dem Förderverein beenden.

Interesse an Rekonstruktionsprojekten aus rechten Kreisen gab es schon vorher – gab es da Veränderungen im Laufe der Zeit?
Die Akteure verschieben sich natürlich. In der SWG war es ein alter Nazi-Kulturfunktionär, der 1993 noch beschrieben hat, warum man eine Schlossrekonstruktion braucht. Diese Menschen sind jetzt verstorben, es gibt einen Generationenwechsel. Argumentativ hat sich wenig geändert, das ist ja auch relativ schlicht. Das betrifft auch den Förderverein. Die Nutzung spielt eigentlich keine Rolle, das interessiert die nicht. Herr Boddien hat sich auch mal für das Schloss als Shoppingcenter eingesetzt. Letztendlich geht es um diese äußere Erscheinung.

Welche Wirkung erzielen rekonstruierte Bauten wie das Schloss?
Zum einen ist es ein Symbolbau – einer preußischen Herrschaftsarchitektur – eines König- und späteren Kaiserreichs. Somit steht es zuerst mal für ein gewisses politisches Erbe. Dann gibt es eine viel allgemeinere und das spielt auch eine Rolle, ist es eine Art Kulturkampf. Die Architektur der Moderne seit 1919 wird abgelehnt. Einen kulturellen Wert habe nur die nicht-moderne, historische Architektur. Man findet diese barocke Steinfassade schön und eben keine zeitgenössische Architektur. Man will keine moderne, sondern eine traditionelle Architektur.

Das heißt, das ist auch ein Feld des »Kulturkampfes von rechts«?
Das ist ein generelles Thema. Da ist gerade ein Buch von Claus Wolfschlag im rechtsradikalen »Ares Verlag« erschienen: »Altes Leben blüht aus den Ruinen«. Es gibt eine extreme ideologische Verhärtung und das ist Absicht. Für Leute wie Herrn Bödecker ist es gar keine Frage, wie rekonstruieren? Es gibt da keine Diskussionsbereitschaft. Es geht nur um die exakte historische Reproduktion. Als hätte es den Zweiten Weltkrieg nicht gegeben. Das sind ja Zerstörungen aus dem Luftkrieg. Und das hat viel damit zu tun: Wie sehr will man daran erinnert werden?

Was müsste anders gemacht werden, um diese Anschlussfähigkeit nach rechts zu nehmen?
Wir müssen sehr kritisch sein mit diesen rechtsradikalen Eintragungen und Einflussnahmen von rechts wie beim Berliner Schloss und vor allem der Potsdamer Garnisonkirche. Unabdingbar ist, dass Rekonstruktionen auch in ihrer äußeren Erscheinung eine Differenz zum Zustand vor der Zerstörung zum Ausdruck bringen. Zugleich würde ich es für extrem problematisch halten, jede Art von Rekonstruktion oder konservativem Baustil als reaktionär und antidemokratisch zu stigmatisieren. Ich bin auch kein großer Fan vom Wiederaufbau der Dresdner Frauenkirche, aber in der Art, wie er gemacht ist, hat er momentan noch diese Spuren durch die Wiederverwendung der alten Steine, die einen Verweis geben auf die Zerstörung. Aber dieses Projekt ist auch nicht aus so einem antidemokratischen Geist entstanden. Das war zivilgesellschaftlich verwurzelt – auch wenn es für viele Rechte ein extrem wichtiger Bezugspunkt ist.

Vielen Dank für das Interview!

#Potsdam

Braunes Denkmal

Mit dem Wiederaufbau des Glockenspiels der einstigen Garnisonkirche haben deutsche Militärs über Jahrzehnte revanchistische Traditionspflege betrieben. Zuerst in der Bundesrepublik und später in der ehemaligen Garnisonsstadt selbst.

von Carsten Linke und Lutz Boede

Die Rekonstruktion des Glockenspiels der Potsdamer Garnisonkirche begann schon, als die Ruine der einstigen Hof- und Garnisonkirche noch stand – allerdings in Westdeutschland. Bei Gründung der Bundeswehr kamen deren Offiziere und Unteroffiziere fast ausnahmslos aus der Wehrmacht – teilweise auch aus der Waffen-SS. 1959 waren 12.360 der 14.900 Offiziere bereits in der Reichswehr oder Wehrmacht ernannt worden, 300 Offiziere entstammten der Waffen-SS. Entsprechend sah die Traditionspflege der Bundeswehr aus. Im Juni 1961 übernahm das Wachbataillon beim Bundesministerium der Verteidigung (BMV) die Traditionen der im »Semper-Talis-Bund« vereinigten Potsdamer Einheiten »1. Garde-Regiment« zu Fuß und »Infanterie-Regiment 9«. Das waren königliche Truppen, die über Jahrhunderte Adel und Militär eng verbanden.

Fast zwei Jahrzehnte später baute der besagte »Semper-Talis-Bund« das Potsdamer Glockenspiel für die Fahnen- und Ehrenhalle des Wachbataillons beim BMV in Bergisch Gladbach nach. Dem folgte vier Jahre später ein über vier Meter großes Modell der Garnisonkirche in der Empfangshalle des Wachbataillons beim BMV in Siegburg, das später mit dem Wachbataillon in die Julius-Leber-Kaserne nach Berlin-Tegel umzog.

Eingravierte Ostgebiete

Nahezu zeitgleich gründete sich die »Traditionsgemeinschaft Potsdamer Glockenspiel e. V.« in Iserlohn. Der Kommandeur des »Fallschirmjägerbataillons 271«, Max Klaar, rief damals in der Zeitschrift »Soldat im Volk« zu Spenden für einen Teilnachbau auf. Bereits im März 1986 wurde das Richtfest für die zweite Aufbaustufe des Glockenspiels in der Bundeswehrkaserne Iserlohn gefeiert. Drei Soldaten präsentierten dabei die unheilvolle Traditionslinie: in der Uniform der alten preußischen Grenadiere, in der Wehrmachtsuniform des Zweiten Weltkriegs und in jener der Bundeswehr.

Am 14. April 1986, zum Jahrestag des britischen Luftangriffs auf Potsdam 1945, gab es dann einen Festakt zur Erweiterung um 15 weitere Glocken. In sieben davon waren die Namen der ehemaligen deutschen Ostgebiete jenseits der Oder-Neiße-Grenze eingearbeitet. Zwei Monate später kamen zur Einweihung hohe Militärs und »Würdenträger«: Generalmajor Christoph-Adolf Fürus, Militärdekan Reinhard Gramm, General a. D. Ulrich de Maizière, Generalleutnant a. D. Gerhard Wessel und der erwähnte Oberstleutnant Klaar mit weiteren Mitgliedern des »Verbandes deutscher Soldaten« (VdS) – eine ehemalige Organisation zur Rehabilitierung von Wehrmachtsangehörigen.

Von Iserlohn nach Potsdam

Nach dem Mauerfall im November 1989 ging Klaar in Potsdam auf Werbetour. Auf Einladung der CDU warb er für den Wiederaufbau der Garnisonkirche. Bei den evangelisch geprägten Potsdamer Bürgerrechtler*innen Saskia Hüneke und Wieland Eschenburg vom »Neuen Forum« traf er auf offene Ohren. Sie träumen von der früheren barocken Innenstadt und schufen als Kulturstadträte die formellen Grundlagen dafür, dass 1991 das Iserlohner Glockenspiel nach Potsdam kam.

Kritisch äußerte sich vor allem der links-alternative Teil der Stadtgesellschaft. Und ausgerechnet Klaar selbst bestätigte deren Vorbehalte durch Rundbriefe an die Stadtverordneten, in denen er von preußischen Tugenden schwadronierte oder gar ein Deutschland in den Grenzen von 1937 forderte.

Mit dem Ministerpräsidenten

Bevor der Potsdamer Oberbürgermeister Dr. Horst Gramlich (SPD) die Schenkungsurkunde annahm und das Glockenspiel auf der Potsdamer Plantage aufgestellt wurde, mussten zwar die Namen der verlorenen Ostgebiete aus den Glocken entfernt werden. Dass neben den zehn Geboten die Namen von Wehrmachtsverbänden, dem VdS und dem »Kyffhäuserbund« in den Glocken verblieben, war für die Stadtspitze offenbar kein Problem.

Im April 1991 konnte Klaar neben Ministerpräsident Stolpe, Prinz Louis Ferdinand von Preußen, Generalsuperintendent Günter Bransch und diversen »Größen« der Zeit mit militärischem Brimborium die Einweihung des rechten Geschenkes feiern. Aus dem ganzen Bundesgebiet kamen Landsmannschaften, Burschenschafter und Monarchisten in Sonderbussen nach Potsdam. Seither lärmte es: »Üb immer Treu und Redlichkeit.«

Die Distanzierung von alten Nazis und ihrem Symbol begann erst Jahre später. In einer Kunstaktion wickelte der Maler Mike Bruckner das Glockenspiel mit Hakenkreuzbanderolen ein. Später brachten es Aktivist*innen mit Bauschaum wochenlang zum Verstummen. 2004 erteilt das Verteidigungsministerium allen Soldat*innen ein Kontaktverbot zum VdS, nachdem deren Vorsitzender Klaar die deutsche Kriegsschuld geleugnet hatte.

Unter Denkmalschutz

Erst vor drei Jahren wurde das Glockenspiel abgeschaltet und ein Gutachten zu seiner Geschichte und Symbolik erstellt. Doch 2021 kam das Geläut unter Denkmalschutz. Damit gilt erstmals ein Symbol der neuen Rechten offiziell als schützenswertes Zeitzeugnis. Umgekehrt verhindert dieser Status, dass die Spuren verwischt werden können, die bezeugen, welche Ideen den Wunsch nach Neuerrichtung der benachbarten Garnisonkirche nährten.

#Cato

Männermagazin der reaktionären Avantgarde

von Andreas Speit

Der Leitungswechsel beim »Magazin für neue Sachlichkeit« verlief geräuschlos. Seit Februar 2022 ist Ingo Langner Chefredakteur von »Cato«. Im Editorial der März-Ausgabe schreibt der ehemalige Theaterkritiker und Filmproduzent aus der Mitte der Gesellschaft, dass Andreas Lombard »anderorts eine neue Aufgabe« gefunden habe. Nicht ohne zu erwähnen, dass der »erste ‹Cato›-Chefredakteur« das 100 Seiten starke Magazin zu einem »Solitär in der deutschsprachigen Medienlandschaft« werden ließ, in dem »das Wahre, Gute und Schöne«, der »Maßstab für die redaktionelle Leitlinie« sei.

Im September 2017 stellte Lombard das Zweimonatsmagazin in der »Bibliothek des Konservatismus« vor. Eine kleine Runde war in den Räumen in der Berliner Fasanenstraße versammelt. Karlheinz Weißmann – der die Wochenzeitung »Junge Freiheit« (JF) mitprägt – sagte, dass sie sich dem »Bewährten« widmen und »das Wirkliche gegen seine ideologische Verzehrung« verteidigen. Hier in den Räumen habe Weißmann die Idee zu dem Magazin schon vor Längerem aufgeworfen, erzählt JF-Chefredakteur Dieter Stein zur Begrüßung und erklärt, dass die JF beim Vertrieb unterstützen werde. Der Ort und die Personen legten nahe, was nun verkündet wurde: »Cato« ist ein Projekt aus dem JF-Milieu. Das alte Netzwerk der »Neuen Rechten« steht. Stein selbst verwies auf das frühere Magazin »Criticón«, das eine Gegenstimme zur 68er-Bewegung und dem vermeintlichen Linksruck der Kirchen bildete. Das Theorieorgan der »Neuen Rechten« war weltanschaulich prägend für einen Teil der heutigen »Alternative für Deutschland« (AfD). Einer der damaligen Autoren: der AfD-Ehrenvorsitzende Alexander Gauland. Ein weiterer: Weißmann.

Elite, Elite, Elite

Die Aufmachung des Magazins, die Sprache der Texte und auch der Einzelpreis von 15,20 Euro spiegeln die Intention der Redaktion: Sie möchte nicht die Masse ansprechen, sie will die Masse führen. Plebs versus Elite. Sie erscheint als reaktionäre Avantgarde. »Was wahr, gut und schön ist, hängt nicht von einem vorläufigen gültigen Zeitgeist ab«, schreibt Langner und stellte sich ins Ewige. Dieser Dreiklang des klassischen Ideals werde jedoch »vielfach verachtet«. Im Rekurs auf den griechischen Philosophen Sokrates definiert er, dass gut ist, »was erstens das richtige Maß hat, das zweitens, was schön und drittens was wahr ist«. Die sokratische Trias sei jedoch letztlich »entsorgt« worden. Ein destruktiver Niedergang. Unausgesprochen wird ausgesprochen, dass das Wahre, Gute und Schöne nicht zu hinterfragen sei. Sie alleine sind die Wissenden – und legen fest; ein Machtanspruch wird formuliert und als Verlust beklagt.

Der Niedergang ist aber der Aufstieg des Hinterfragens alles vermeintlich Gegebenen, Göttlichen und Natürlichen. Die Emanzipation des Einzelnen, die Demokratisierung der Gesellschaft und Liberalisierung des Privaten die in den unterschiedlichen Epochen den herrschenden Eliten abgerungen und erkämpft wurde, erscheinen als widernatürlich, gottlos und dekadent. Der Angriff auf die »Himmelsmusik« eines Beethoven und Wagner bejammert Langner unter dem programmatischen Titel: »Höllenlärm versus Himmelsmusik«. In der Verteidigung verwendet Langner, der ab 2018 Autor und ab 2020 Redaktionsmitglied ist, die gängige Methode des direkten Zitierens zur indirekten Positionierung – klingt auch gleich gebildet. So zitiert er aus Axel Ross' »The Rest is Noise«: »Der kultartige Fanatismus der modernen Kunst- und Musikwelt ist dabei der Politik des Faschismus nicht unverwandt: Beide versuchen die Welt nach utopischem Modell umzugestalten.« Unter Faschismus wird an der Stelle »Hitlers blutiger Barbarismus« verstanden. Die Gleichsetzung dient auch als erhabene Distanzierung zu allen »Extremismen«.

»Ästhetik der Dissonanz«

Das Verschwinden des »Dreiklangs« als Basis der Harmonie habe schon 1875 zart begonnen, ab 1945 sei jedoch eine »Ästhetik der Dissonanz« vorangetrieben worden, weiß Ross. Und Langner wird mit Ross deutlich: Theodor W. Adorno greift dieser als »postmarxistischen Musikkritiker« an. Er sei »wirkungsvoller Geschmackpolitiker«, »dem jedes Mittel recht war, Musik zu verunglimpfen, die er als rückwärts gerichtet empfand«. Die Herren stört, dass der Mitbegründer der Kritischen Theorie im Schatten von Auschwitz das »Wahre, Gute und Schöne« auch in der Musik als mitursächlich für die Barbarei hinterfragt.

Auch Thomas Manns »Doktor Faustus« greift Langner auf: »Seit die Kultur vom Kultus abgefallen ist und aus sich selber einen gemacht hat, ist sie denn auch nichts anderes mehr als ein Abfall.« Die Elite empfindet Massenkultur für eine demokratische Kultur einfach nur als vulgär. Das Himmlische, das Göttliche klingt mit an, wenn den »Mächten der Finsternis« erneut vorgehalten wird, dass ihnen »Töne von Harmonie und Wohlklang« ein »Greul« seien. »Sie hassen das Wahre, sie hassen das Gute und sie hassen das Schöne. Ihr Gegengift sind Lügen, Bosheit und Mißklang« schreibt Langner ohne zu zitieren. Gemeint dürfte nicht bloß Adorno sein. Gemeint sind alle, die das Ewige für nicht ewig halten, sich dem »Natürlichen« nicht unterwerfen und dem Göttlichen nicht ohnmächtig folgen.

»Heiliges Reich«

In der Ausgabe 2/2022 wird David Engel grundsätzlich. Der Professor für Römische Geschichte an der Université libre de Bruxelles und Forschungsprofessor am Institut Zachodni in Posen schreibt regelmäßig für »Cato«. »Per Aspera ad Astra« titelt er in Latein, frei übersetzt: »Durch Schwierigkeiten zu den Sternen.« Teile der »Schwierigkeiten« sind die Demokratie und der linksliberal dominierte Pluralismus. »Machen wir uns nichts vor«, beginnt Engel. »Es wird nicht durch traditionelle demokratische Prozesse sein, daß jene Kraft in Europa eine bestimmende Rolle einnehmen wird, die wir im folgenden mit dem Begriff ‹Hesperialismus› bezeichnen wollen, um den hiermit gemeinten christlich-abendländischen Kulturpatriotismus klar vom herkömmlichen ‹Konservatismus› zu trennen«. Die Kritik an der parlamentarischen Demokratie geht in einen radikalen Konservatismus über. Den Grund führt Engel gleich an: Durch den »formalen Pluralismus« sei ein »umfassender Wahlsieg der ‹Rechten› faktisch unmöglich«. Jede »kulturpatriotische Bewegung« werde »entweder totgeschwiegen, von innen zersetzt, diskreditiert oder ausgemerzt«. Ein »Milliardärsozialismus« beherrsche die Welt. Im Osten sei die Lage nicht ganz so schlimm, denn »Ultraliberalismus, Entchristianisierung, Multikulturalismus und Bildungsverfall« hätten noch nicht einen so hohen »Grad« erreicht. Die Rettung liege in einer »neuen abendländischen Elite«, die Charisma und eine »vorbildhafte Lebensführung« entwickle und verbinde – »wie das mittelalterliche Königstum«. Eine romantisch-reaktionäre Wende. Die eine »homogene, solidarische und politisch gebildete Bürgerschaft« des Hesperialismus vorbereiten müsse – gut vernetzt in »Parteien, Vereinen, Akademien, geistlichen Bruderschaften, Schulen, Selbsthilfeorganisation, kreativen Einrichtungen, Sicherheitsverbänden«. Der Historiker denkt in langen Zeiträumen. Das Ziel sei aber kein Zurück, sondern ein Sehnen nach »einem neuen Sacrum Imperium des 21. Jahrhunderts«. Der Gedanke der Führung durch Auserwählte war schon in der ersten Ausgabe des Magazins präsent. Mit Rückgriff auf Rom schlug Pierre Manent eine führende Elite der Tüchtigen und Tugendhaften als Rettung vor. Keine Überraschung, dass auf »Die Herrschaft der Minderwertigen« von Edgar Julius Jung, den antidemokratischen und eugenischen Klassiker aus dem Spektrum der »Konservativen Revolution«, verwiesen wird. In dem Kontext wundert auch wenig, dass Weißmann dem Hochadel der Hohenzollern in der Debatte um ihre Verantwortung am Aufstieg der NSDAP wenig vorhält, aber betont, dass die Diskussion »gar kein wissenschaftliches Interesse« antreibe, sondern »weltanschauliche Vorgaben«. Bei der Bewertung geht es auch um hohe Rückerstattungen. Und Geld ist bei »Cato« kein Tabu-Thema. Ein »Heiliges Reich« und dessen »Kulturpatriotismus« bräuchte »materielle Mittel«, hebt Engel hervor.

Finanzielle Unterstützung

Ein bekennender Unterstützer von »Cato« ist Thomas R. J. Hoyer. Der Unternehmer aus Hamburg ist immer wieder mit Bild und Zitaten präsent wie: »Die Geschichte hat uns gelehrt, dass sich die Globalisierung und das Bekenntnis zur Nation nicht widersprechen.« 2018 überreichte der Hamburger Oberbürgermeister Peter Tschentscher dem Chairman der Hoyer Group den Gründungspreis für sein Lebenswerk. Der tageszeitung wollte er keine Stellungnahme geben. Die Geschäftsführung eines Modeunternehmens aus Hamburg ebenso nicht. Ihre Anzeige für den »Krawattendackel« war in diskreten Grün-Weiß-Tönen gehalten. »Modische Jagd- und Hundekrawatten, Socken und Einstecktücher sind das perfekte Geschenk zur Kneipe, zum Jagdschein, zum Geburtstag, zu Ostern, für sich selbst und für alle weitere Anlässe«, wirbt das Unternehmen. Der Veranstalter SenfkornReisen wunderte sich über die Anfrage zu ihrer Werbung: »Wir machen keine Politik, sondern organisieren seit Jahren anspruchsvolle Reisen und Begegnungen zu unseren östlichen Nachbarvölkern, mit denen wir vor allem Bildungsbürger ansprechen wollen«, erklärt der Reiseanbieter. Der Unternehmer und »Manuscriptum«-Eigentümer Thomas Hoof sponserte das Magazin mit einer zehn Seiten umfassenden Anzeige für seinen Verlag. In der aktuellen Ausgabe wirbt auch »ME-Fonds-Pergamon« für die Investition in »nachhaltige Zukunftstrends«.

Da fällt das auf der Rückseite beworbene »Richtig auswandern und besser leben« des »Kopp-Verlags« aus dem Rahmen. Nur aus internationaler Solidarität sollten diese Reisenden aufgehalten werden.

Am 4. März 2005 fand in Kiel eine Saalveranstaltung der »Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft« (SWG) mit Karlheinz Weißmann statt.

#Scharnier

Revisionistische Rentner*innen

Die »Staats-und Wirtschaftspolitische Gesellschaft« wird 60 Jahre alt.

von Felix Krebs

Die »Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e.V.« (SWG) feiert in diesem Jahr ihr 60-jähriges Bestehen und ist damit eine der ältesten Institutionen der extremen Rechten. Ihre Mitglieder sind zumeist schon im betagten Alter und momentan ruht die Veranstaltungstätigkeit weitestgehend aufgrund der Pandemie. Ob diese Bildungsgesellschaft zukünftig noch eine Bedeutung spielt, wird sich zeigen. Skandalös ist nicht nur ihre Existenz, sondern auch das Agieren der Hamburger Behörden: Die SWG ist als gemeinnützig anerkannt und der Inlandsgeheimdienst will keine öffentliche Auskunft geben, ob bei der Gesellschaft extrem rechte Funktionär*innen und Referent*innen tätig sind.

Gründung durch Altnazis

Die SWG wurde ursprünglich zur außerparlamentarischen Unterstützung des rechten »Stahlhelmflügels« der Unionsparteien gegründet. Die erste Generation rekrutierte sich zu einem guten Teil aus Funktionär*innen des NS-Staates. So waren der langjährige erste Vorsitzende, Hugo Wellems, Referent im Propaganda-Ministerium von Joseph Goebbels und der erste Kassenwart, Albert Derichsweiler, vor 1945 Bundesführer des NS-Studentenbundes und SS-Obersturmführer. Weitere SWG-Funktionär*innen der 1960er bis 1990er Jahre hatten einen NS-Vorlauf und gehörten nach 1945 meist der Union, der FDP oder den damals noch bedeutenden Organisationen der Vertriebenen an. Heute ist die Organisation eng verbandelt mit der rechtskonservativen, wöchentlich herausgegebenen »Preußischen Allgemeinen Zeitung« (PAZ), dem ehemaligen »Ostpreußenblatt«. 1972 unterstützte die SWG laut dem Magazin Der Spiegel Kampagnen gegen Willy Brandt und seine Ostpolitik mittels Millionen aus der Wirtschaft. Auch sprachen damals noch (Bundes-)Minister und viele hochrangige, ehemalige Diplomaten und Militärs, ebenfalls teils mit NS-Vergangenheit, bei der SWG. Wie zum Beispiel Adolf Heusinger, Mitglied im Generalstab der Wehrmacht, beteiligt am Überfall auf die Sowjetunion und der sogenannten Bandenbekämpfung, nach 1945 Generalinspekteur der Bundeswehr. Oder auch Vizeadmiral der Wehrmacht Hellmuth Heye, beteiligt an medizinischen Versuchen im KZ Sachsenhausen, nach 1945 CDU-Mitglied und später Wehrbeauftragter der Bundeswehr.

Und heute?

Diese Zeiten sind jedoch lange vorbei und die SWG hat nur noch im norddeutschen Raum, speziell in Hamburg, einige Bedeutung. Vor der Pandemie konnte sie zu Vorträgen noch mehrere Dutzend, zu den jährlichen Seminartagen auch wenige hundert Anhänger*innen mobilisieren. Eine eigene Publikation erschien ursprünglich wöchentlich, später monatlich, inzwischen kommt das »Deutschland-Journal« nur noch jährlich heraus. Hier werden meist gehaltene Vorträge abgedruckt und zusätzlich unterhält die SWG seit wenigen Jahren auch eine Homepage und eine Facebookseite. Dort wird allerdings meist auf Fremdbeiträge der Wochenzeitungen »Junge Freiheit«, PAZ, der österreichischen »ZurZeit« sowie der »Burschenschaftlichen Blätter« und anderer rechtskonservativer bis extrem rechter Publikationen zurückgegriffen. Für ihre Vortragsveranstaltungen musste die SWG in den letzten Jahrzehnten aufgrund von antifaschistischen Kampagnen mehrfach die Örtlichkeiten wechseln. Auch eine zeitweise engere Kooperation mit der schlagenden Verbindung »Landsmannschaft Mecklenburgia Rostock« scheiterte letztlich daran.

Das heutige Personal verdeutlicht die Vernetzung mit dem Milieu der »Neuen Rechten«. Aktueller Vorsitzender ist der ehemalige CDU-Ratsherr aus Kiel, Stephan Ehmke. Er geriet 2008 in die Schlagzeilen, weil er Wjatscheslaw Daschitschew als Referent für die SWG einlud: Der Hamburger Verfassungsschutz hatte den russischen Politiker kurz zuvor als »internationale Größe des Rechtsextremismus« bezeichnet. Im aktuellen »Deutschland-Journal« skizziert Ehmke das Konzept eines christlichen »Europas der Vaterländer«, das sich sowohl suprastaatlicher Institutionen wie der EU, des Europäischen Gerichtshofs und des Europäischen Parlaments erwehren müsse wie auch einer »zerstörerischen Massenzuwanderung«. Dabei nimmt er explizit Bezug auf den russischen Faschisten und Einflüsterer Putins, Alexander Dugin. Dugins geopolitisches Konzept eines »Neo-Eurasismus« ist durch den NS-Staatsrechtler Carl Schmitt geprägt, wie Ehmke wohlwollend erklärt. Ehmkes Vison: Eine Stärkung der europäisch-russischen Achse und Zurückdrängung der US-amerikanischen Einflüsse. »Es könnte dann zu der ‹multipolaren Welt› kommen, die Dugin fordert.«

Vize-Vorsitzender der SWG ist der ehemalige Redakteur des Deutschlandfunks, Bernd Kallina. Er begann seine Karriere bei der NPD. In den letzten Jahrzehnten publizierte er in zahlreichen Zeitschriften der extremen Rechten. Als Beisitzer*innen fungieren aktuell unter anderen Miguel Venegas, Mitglied des Bezirksvorstandes der »Alternative für Deutschland« (AfD) in Hamburg-Harburg und Christoph Radl, Referent des AfD-Bundestagsabgeordneten Heiko Wildberg. Radl kommt wie Kallina aus der völkischen »Burschenschaft Danubia München«.

Strategisch positioniert sich die SWG in Beiträgen eher auf dem Flügel der Gegner*innen des ehemaligen AfD-Bundesvorsitzenden Jörg Meuthen. Ansonsten dominiert in den Veröffentlichungen der SWG immer noch Geschichtsrevisionismus, manchmal haarscharf entlang der Grenze zur Holocaustleugnung argumentierend. Verbrechen der Wehrmacht und sogar der Waffen-SS werden relativiert. Nicht nur deshalb bezeichnet der Experte Professor Wolfgang Gessenharter die SWG als »ein wichtiges Scharnier zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus«.

#Vertriebene

Reservoir rechter Politik

Die deutschen »Vertriebenen« haben Einfluss und Massenanhang verloren. Dennoch spielen sie für rechte Politik weiterhin eine Rolle.

von Charles Paresse

Wilhelm von Gottberg beim Deutschlandtreffen der »Landsmannschaft Ostpreußen« im Jahr 2000.

Die Zeiten, als noch Zehntausende zu den Treffen der deutschen »Vertriebenen« pilgerten und die polternden Reden von Kanzlern oder Oppositionsführern der CDU/CSU von den großen Bühnen abends in der Tagesschau über die Bildschirme flimmerten, sind lange vorbei. Der »Bund der Vertriebenen« (BdV) und seine Mitgliedsverbände haben massiv an Einfluss eingebüßt. Die Mitglieder sind verstorben und die Nachfahren haben kaum noch Interesse an dem Thema, der Traditionspflege und den Forderungen der Verbände. Dennoch verfügt der »Bund der Vertriebenen« angeblich noch immer über 1,3 Millionen Mitglieder, doch das glaubt schon lange niemand mehr. Doppelmitgliedschaften und die ungefragte Eingemeindung von Nachfahren oder früheren Mitgliedern dürften Gründe für die hohe Zahl sein.

In zahlreichen Landsmannschaften, Heimatkreisen und Vereinen schlossen sich nach 1945 Menschen zusammen, die im Zuge des Zweiten Weltkrieges vor allem aus den deutschen Ostgebieten geflohen, von den Alliierten umgesiedelt oder teilweise vertrieben worden waren. Der 1957 gegründete BdV maßte sich an, für diese Gruppe in der Bundesrepublik – etwa 15 Millionen Menschen – zu sprechen. Auch die Politik wies dem Dachverband und seinen Bünden diese Rolle zu und förderte deren Aktivitäten Jahr für Jahr mit Millionenbeträgen. Bundesländer übernahmen Patenschaften für einzelne »Volksgruppen«, der Freistaat Bayern ernannte die dort neu angesiedelten »Sudeten« gar zu seinem fünften »Stamm«. Neben der gesellschaftlichen Integration und Vertretung der sozialen Interessen der Umgesiedelten prägten vor allem verklärende Kulturpflege die Arbeit der Verbände sowie politische Forderungen nach Entschädigungen bis hin zu drastischen Gebietsansprüchen gegenüber den Staaten in Ost- und Südosteuropa. Die Organisationen der »Vertriebenen« wurden in der Bundesrepublik Stoßtrupp revanchistischer und konservativer Forderungen, Vorfeld für konservative Politik und Rekrutierungsfeld für rechtsradikale und neonazistische Gruppen. Eine Abgrenzung nach rechts war selten. Die Verbände gehörten für die CDU/CSU zum festen Reservoir an Wähler*innen, das mit Millionensummen für Verbände, Museen oder »Traditionsstuben«, mit Auftritten hochrangiger Politiker*innen, Denkmälern und politischem Entgegenkommen belohnt wurde. Aber auch die SPD pflegte lange ein teils unkritisches – oder zumindest funktionalistisches – Verhältnis zu den Verbänden, im Wissen um den Einfluss auf Wähler*innen und öffentliche Meinung in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik. Mit der Vereinigung Deutschlands 1989 und dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten in Osteuropa verloren die Verbände ihre außenpolitischen und antikommunistischen Funktionen. Zudem war nun der Zugang in die »alte Heimat« wieder offen. Die rechtsradikalen Hardliner*innen in den Verbänden verloren an Einfluss, wenn auch im Umfeld einzelner Verbände bis heute immer wieder revanchistische Forderungen zu hören sind und die ehemalige CDU-Rechtsaußen und heutige AfD-Politikerin Erika Steinbach ihren Posten als BdV-Präsidentin erst 2014 verlor.

Heute vereint der BdV noch immer 20 Landsmannschaften, darunter die wahrscheinlich bekanntesten und auch lange Jahrzehnte am deutlichsten rechts positionierten »Sudetendeutsche Landsmannschaft«, »Landsmannschaft Ostpreußen« oder die »Baltische Gesellschaft«, aber auch unscheinbarere Verbände wie die »Landsmannschaft der Banater Schwaben«. Trotz des Mitgliederschwundes und des inzwischen erlahmten öffentlichen Interesses an der Traditionspflege – mit ihren Verbänden und Forderungen sind sie weiterhin fester Teil von Gesellschaft und Kultur in den Städten und Gemeinden. Es fließen weiterhin hohe Summen in das Milieu der »Vertriebenen«, heute vor allem in Kultureinrichtungen und Museen, und es sitzen wichtige Politiker*innen in den Vorständen der Verbände – der Draht bis direkt in die Bundesregierung ist kurz. So sind beispielsweise im Präsidium des BdV heute aktive oder ehemalige Europa-, Bundestags- und Landtagsabgeordnete von CDU, CSU, SPD und Grünen. Präsident des Verbandes ist Bernd Fabritius, seit 2018 Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten – und auch unter der neuen Regierung aus SPD, Grünen und FDP weiterhin im Amt.

1950 beschlossen die »Vertriebenen« die »Charta der deutschen Heimatvertriebenen«. »Friedensstiftend« sei das Papier, wird gerne betont. Doch die Geschichtsverfälschung steht bereits im ersten Punkt des Papiers. Dort heißt es gegenüber den Staaten Ost- und Südosteuropas: »Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung.« Aber war es nicht Deutschland, das die Welt mit einem Angriffskrieg überzog und die späteren Umsiedlungen und Vertreibungen auslöste? Der angebliche Verzicht auf »Rache und Vergeltung« pflegt die Erzählung von den »Vertreiberstaaten« und den unschuldigen deutschen Opfern und legt so weiterhin die Grundlage für Schuldumkehr und revanchistische Forderungen. Vom Beauftragten der Bundesregierung ist nicht bekannt, dass er sich vom »Grundgesetz« der »Vertriebenen« distanziert hätte.

#Ostpreussen

»Wild, Wald und Pferde«

Das »Ostpreußische Landesmuseum« in Lüneburg gibt sich geläutert, die revanchistischen Wurzeln seien gekappt. Doch das Museum ist weiter fest in der Hand der »Vertriebenen« – und in einem Förderverein haben Rechte das Sagen.

von Ernst Kovahl

»Wild, Wald und Pferde« zeige das Museum, heißt es auf der Website des »Ostpreußischen Landesmuseums« (OLM) in Lüneburg. Mitten in der Innenstadt wird die Geschichte Ostpreußens nachgezeichnet. Die früher deutsche Region gehört heute zu Polen und mit der Oblast Kaliningrad (»Königsberg«) zu Russland. Elche, Bernstein und Immanuel Kant sollen das Bild der Region prägen – alles harmlos, alles unpolitisch.
Nach Diskussionen über ihre Ausrichtung ist die Ausstellung vor wenigen Jahren völlig überarbeitet und von revanchistischen Elementen befreit worden. So waren die Konflikte 2004 und 2005 bundesweit in der Presse, weil der damalige Museumsdirektor Ronny Kabus sich dagegen gewehrt hatte, dass die »Vertriebenen« in den Entscheidungen »die erste Geige« spielten und das Land Niedersachsen und der Bund kaum Einfluss hätten. Kabus wollte das OLM aus der »Vertriebenenecke« herausholen.

Staatliches Geld

Heute gibt es keine Diskussionen mehr. Örtliche Abgeordnete erklären stolz, wie viel Fördergeld sie für die Einrichtung bei Bund und Land eingeworben hätten: Das Museum bewahre »das kulturelle Erbe der Ostpreußen und der Deutschbalten für zukünftige Generationen. Daher finde ich es wichtig, dass der Bund das Museum in dieser wichtigen Funktion fördert«, freute sich beispielsweise die SPD-Landtagsabgeordnete Andrea Schröder-Ehlers und kündigte für 2020 etwa 900.000 Euro aus dem Bundesetat an. Für den Neubau einer Ausstellung über den ostpreußischen Philosophen Immanuel Kant stellte der Bund etwa acht Million Euro zur Verfügung – zum 300. Geburtstag von Kant 2024 soll der Neubau eröffnet werden.

In der Hand der »Vertriebenen«

Seit 1987 wird das Museum auf Grundlage des Bundesvertriebenengesetzes vom Bund und dem Land Niedersachsen gefördert. Die Aufgabe sei »die Bewahrung und Erforschung der Geschichte und Kultur Ostpreußens sowie die museumsgemäße Darstellung seiner vielgestaltigen, über Jahrhunderte währenden Realität«. Die Grundlage des Museums bildete eine 1958 begonnene Sammlung des »Ostpreußischen Jagdmuseums«. Gründer war Ernst Hans Ludwig Loeffke, der nach 1945 ein führender Funktionär der »Landsmannschaft Ostpreußen« (LMO) war. Immer wieder kam es bis in die 1990er Jahre zu revanchistischen Veranstaltungen im Zusammenhang mit dem Museum.
Seit 1992 wird das Museum von der »Ostpreußischen Kulturstiftung« (OKS) betrieben. Obwohl staatlich finanziert, kontrollierten die »Vertriebenen« die Arbeit. Das wird exemplarisch am OKS-Vorsitzenden Rolf-Dieter Carl deutlich. Der 74-Jährige war von 1987 bis 1991 Bundesgeschäftsführer der LMO – also in jenen Jahren, als dort weit stärker als heute revanchistische Positionen vertreten wurden.

Fördervereine

Rund um das Museum existieren mehrere Fördervereine, die auch auf dessen Homepage beworben werden. Stiftungschef Carl ist zugleich Vorsitzender des Vereins »Freunde des Ostpreußischen Landes- und Jagdmuseum e. V.« Hier ist als Vorstandsmitglied auch Jörn Barfod dabei, wissenschaftlicher Kurator des Museums. Politisch interessant wird der Verein durch seinen früheren Vorsitzenden Erik Dorff. Er kommt – wie weitere Familienmitglieder – aus der völkischen Studentenverbindung »Deutsche Gildenschaft«.
Die politische Verortung des »Förderkreis Ostpreußisches Jagdmuseum Hans-Ludwig Loeffke Gedächtnisvereinigung e. V.« ist weitaus einschlägiger, wie aktuelle Unterlagen zeigen: Stellvertretender Vorsitzender ist weiterhin Wilhelm von Gottberg. Das langjährige CDU-Mitglied fiel wiederholt durch rechte Äußerungen auf, unter anderem bezeichnete er den Holocaust als »wirksames Instrument zur Kriminalisierung der Deutschen und ihrer Geschichte«. Von 2017 bis 2021 saß er für die »Alternative für Deutschland« (AfD) im Bundestag. Neben ihm prägt vor allem die Vorsitzende Barbara Loeffke-Eggert als lautstarke Vertreterin der Interessen der »Vertriebenen« das Bild des Vereins. Bis heute hängt ihr die mögliche Nähe zu einem rechtsradikalen Verein nach: 2008 lud ein führendes Mitglied der rassistischen »Artgemeinschaft – Germanische Glaubensgemeinschaft« zu einer Veranstaltung des niedersächsischen Ablegers des »Kulturwerks Österreich – Landesgruppe Kärnten« ein. Loeffke wurde damals in einer handschriftlichen Ergänzung der offiziellen Einladung als Referentin zum Thema »Gedanken über Heimat« benannt. Ob sie tatsächlich vorgetragen hat, ist trotz Recherchen nicht belegbar. Ihr politisches Wirken auf das Museum ist aber so einschlägig, dass die damalige Lüneburger SPD-Vorsitzende Hiltrud Lotze 2008 forderte, dass die Einflussnahme von Loeffke »zurückgedrängt werden« müsse.
Will das steuerfinanzierte Museum sich von seinen revanchistischen Wurzeln trennen, muss es sich auch von dem Rechtsradikalen von Gottberg und dem von ihm geleiteten Verein trennen. Und es muss auch die politische Vergangenheit seiner Vereine aufarbeiten. Bund und Land müssen zudem ihre Förderung daran knüpfen, dass das Museum nicht mehr von den »Vertriebenen« gesteuert werden kann.

#Kirche

»... contra 1789«

Im reaktionären Erfurter »St. Georgs-Orden« kommen evangelische Kirchenfunktionäre, Politik und »Neue Rechte« zusammen. Der Gegner: die Ideale der Französischen Revolution von 1798.

von Ernst Kovahl

»Auf dem Weg zum Gottesdienst durfte nicht gesprochen werden. Wir standen (…) schweigend im fahlen Licht, das flackernde Kerzen über Kirchenbänke und Wände warfen. Dann setzten die feierlichen Klänge von Mozarts ‹Ave verum corpus› ein, und Ordensbrüder im schwarzen Ornat schritten an uns vorbei zum Chor, wo sie betend niederknieten. Kaum zu glauben, schoß es mir durch den Kopf, als ich das silberne Ordensschwert im Kerzenschein blitzen sah, daß ich mich hier in einem protestantischen Gotteshaus mitten in Thüringen befinde, als Gast einer evangelischen Bruderschaft!« Heimo Schwilk, der Autor neu-rechter Werke der frühen 1990er Jahre, war offenbar beeindruckt, als er 2005 in der Zeitung Welt am Sonntag über eine Veranstaltung der »Evangelischen Bruderschaft St. Georgs-Orden« berichtete, die ansonsten eher im Stillen wirkt.

2018 erhielt der Orden – seine Mitglieder ausschließlich Männer - verstärkt Aufmerksamkeit in der bundesweiten Presse. Denn ihr führendes Mitglied Ulrich Schacht – in den 1990er Jahren Autor wichtiger Werke der »Neuen Rechten« – war im September des Jahres verstorben. Die Feuilletons widmeten ihm Nachrufe, da seine Werke auch in seriösen Verlagen, zum Beispiel im Berliner »Aufbau Verlag« oder bei »Matthes & Seitz«, erschienen. Der Literaturbetrieb überhäufte ihn zu Lebzeiten mit Preisen für seine kulturpessimistische Lyrik.

Die »Süddeutsche Zeitung« schrieb in ihrem Nachruf, er sei einst gegen die »Weltverfallenheit« der heutigen Kirche als »Bruder Wismar« in den konservativen »St. Georgs-Orden« »geflüchtet«. Der agiert meist hinter dicken Klostermauern in Erfurt, dort, wo einst Martin Luther tätig war, und druckt seine theologischen und politischen Texte in Büchern religiöser Verlage. In den Institutionen der Evangelischen Kirche Ostdeutschlands hat sich zwischen Kirche, CDU-dominierten Verwaltungen und konservativer Politik ein reaktionäres Netzwerk entwickelt. Dieses stützt sich – abseits der Blicke der Bundespolitik oder kritischer Presse – auf konservative und rechte DDR –Oppositionelle und ist mit dem Argument der erlittenen Verfolgung in der DDR vor öffentlicher Kritik geschützt.

Neu-rechter Star-Autor

1987 war der inhaftierte Oppositionelle Schacht, der in der DDR Theologie studierte, von der Bundesrepublik Deutschland freigekauft worden und fand im Westen schnell Anschluss an konservative Kreise. Er schrieb unter anderem für die Zeitungen Welt und Welt am Sonntag – und später für die neu-rechte »Junge Freiheit« (JF). In der neuen Heimat habe er einen »Zweifrontenkrieg« geführt, schreibt die Süddeutsche Zeitung: Gegen die DDR und gegen »das sich als ‚linksliberal' verstehende Milieu der alten Bundesrepublik«. Diesen Kampf führte er auch in der vom ihm und anderen Personen ostdeutscher Kirchenkreise 1987 gegründeten »Evangelischen Bruderschaft St. Georgs-Orden«, deren Arbeit er als Leiter (»Großkomtur«) entscheidend prägte. Die Organisation hat heute ihren Sitz im Augustinerkloster in Erfurt, das zur Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM) gehört. Dort veranstaltet er Tagungen und publiziert die Vorträge in einer Buchreihe. 2014 erkannte die EKM den Orden mit damals etwa 20 Mitgliedern als »Kommunität« als offiziellen Teil der Kirche an.

Zum Orden gehört der einst in Hagenow und heute in Erfurt registrierte Verein »Bonhoeffer-Haus e.V.«, dessen stellvertretender Vorsitzender der frühere Star-Autor der »Neuen Rechten« Schacht bis zu seinem Tod war. In Schachts Todesanzeige von 2018, die in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« veröffentlicht wurde, fand sich ein Who-is-Who der deutschen Rechten, was seine anhaltende Bedeutung für dieses Spektrum klar macht. Unter den Unterzeichner*innen waren beispielsweise Michael Klonovsyk, Dieter Stein, Günter Zehm, Matthias Mattusek, Heimo Schwilk, Siegmar Faust und Vera Lengsfeld. Auch die Blätter der deutschen Rechten würdigten Schacht als einen der ihren und betonten seine Leistungen für das Spektrum der reaktionären und »Neuen Rechten« – von »Cato« und »Tumult« über die JF bis hin zur »Preußischen Allgemeinen Zeitung«. Schacht hatte im ersten Aufschwung der »Neuen Rechten« in den 1990er Jahren gemeinsam mit Schwilk zwei Standardwerke der Szene herausgegeben: 1994 den Sammelband »Die selbstbewußte Nation« und 1997 dann »Für eine Berliner Republik. Streitschriften, Reden und Essays nach 1989«. Als Kandidat für den »Bund freier Bürger« unterstützte er parteipolitische Versuche, eine Rechtspartei zu etablieren.

Nähe zur radikalen Rechten

In der radikalen Rechten wird die Arbeit des Ordens mit Interesse verfolgt. So berichtete die neu-rechte Online-Publikation »Blaue Narzisse« 2009 über den damaligen Konvent des Ordens und die Wochenzeitung »Junge Freiheit« veröffentlichte im November 2012 anlässlich des 25. Gründungsjubiläums ein ausführliches Porträt und lobte das Ziel des Ordens, das Christentum in der säkularen Gesellschaft und gegenüber einer als links oder linksliberal verstandenen Kirche »entschieden und streitbar« zu leben. Man wollte als »geistig-geistliche Gemeinschaft ritterlicher Tradition« an widerständige Traditionen in der DDR und des »Deutschen Ordens« anknüpfen. Die »Bruderschaft« wolle »missionarisch im intellektuellen Diskurs wirken«, teilte die EKM 2014 nach der Anerkennung der Struktur mit. Die Kirche hoffte, dass sich der Orden »in das Leben unserer Kirche einbringen und es bereichern« werde.

2005 widmete sich das Symposium des Ordens dem rechtsradikalen Philosophen Günter Zehm, der als Dauerkolumnist für die JF schrieb und auch selbst bei der Veranstaltung unter dem Dach der Evangelischen Kirche in Thüringen referierte. Und im Oktober 2020 trat in der Vortragsreihe »Bonhoeffer-Studienkreis« des Ordens Harald Seubert auf, ehemaliger Präsident des rechten »Studienzentrum Weikersheim« und Autor neu-rechter Publikationen. Moderiert wurde die anschließende Diskussion vom Mitglied und »Spiritual« des Ordens Christian Dietrich, Unterzeichner des 2016 von der JF initiieren »Appell für die Pressefreiheit« und bis 2018 Stasi-Beauftragte Thüringens. Weitere Mitglieder der Bruderschaft sind unter anderem der »Ordenskanzler« Axel Große, der – so berichtete die JF – aufgrund »der vornehmlich linken Einstellung« in einer Studentengemeinde mit dem Glauben gebrochen und schließlich über den Orden wieder zurückgefunden habe. Insgesamt lässt sich eine große Nähe zu der neu-rechten Wochenzeitung unter den Mitgliedern feststellen. So unterschrieb auch der »Erste Landkomtur« des Ordens, Jürgen K. Hultenreich, den »Appell für die Pressefreiheit« für die JF, ebenso wie das frühere Vorstandsmitglied des Orden-Trägervereins Dirk Jungnickel. Und das verstorbene Mitglied Werner Pfeiffer war lange Jahre Autor der Zeitung.

Gegen die Französische Revolution

Das Ordens-Mitglied Peter Voß erzählte 2013 der Welt am Sonntag, es gehe der Bruderschaft um das »aristokratische Prinzip« und um die Schaffung einer neuen »Aristokratie des Geistes« in einer Gesellschaft von »geistlichen und geistigen Verwüstungen, die der gottfeindliche Kommunismus und der gottvergessene Kapitalismus angerichtet haben und anrichten« – klassisch reaktionäres Denken also.

2009 berichtete die JF ausführlich über den 36. Ordens-Konvent »Geist und Revolution. Geschichtstheologische Fragen an die gesellschaftlichen Umbrüche von 1789 und 1989«. Dort stellte Schacht die »Deutsche Revolution« von 1989 in den »erklärten Gegensatz zur ‹Französischen Revolution› von 1789« und als deren »monströse Fortsetzung« die russische Revolution von 1917 dar. Während es 1798 um den »neuen Menschen« als »herstellbares Produkt menschlicher Vernunft« gegangen sei, habe man sich 1989 »unter dem Kreuz Christi« gesammelt. Auch der neu-rechte Philosoph Seubert kritisierte einen »antichristlichen Charakter der Französischen Revolution«, wie die JF schrieb. Die Beiträge der Tagung wurden in einem Sammelband »1989 contra 1789« zusammengefasst. Im Vorwort ziehen Schacht und Seidel eine scheinbar direkte Linie von der französischen Revolution über die russische Revolution zum NS-Volksgerichtshof und präsentieren den Mauerfall von 1989 als »friedliche Revolution« gegen die »blutige von 1789«. Freiheit, Gleichheit und Solidarität – also die Ziele der französischen Revolution – werden ganz im Geiste der reaktionären Haltung in ihr Gegenteil umgedeutet. Schacht und Seubert untermauerten mit ihren Beiträgen das offenbare Ziel des Ordens: Die Wiedererrichtung einer ewigen, göttlichen Ordnung durch die Überwindung von 1789.

Einfluss

Zu den Veranstaltungen werden regelmäßig auch prominente Personen eingeladen. So referierten beispielsweise zum 25. Ordensjubiläum der Rektor der Universität Jena Klaus Dicke und 2016 der frühere Bundesverfassungsrichter Udo di Fabio. Den politischen und gesellschaftlichen Einfluss des Ordens kennzeichnet aber auch die Person von Thomas A. Seidel, der seit Jahren an der Seite von Schacht die Organisation führte. Seit 2019 ist er nun Leiter (»Großkomtur«) der Bruderschaft. Der Oberkirchenrat ist eine einflussreiche Person in der Evangelischen Kirche Mitteldeutschlands. Der frühere Beauftragte der Kirche beim Thüringer Landtag und der Landesregierung war 2017/2018 Beauftragter der Landesregierung zur Vorbereitung des prestigeträchtigen Reformationsjubiläums Luther 2017.

Bisher störte sich niemand an der Tätigkeit des Ordens unter dem Dach der Kirche oder an der Person Seidel, der an der Seite des profilierten »Neu-Rechten« und Reaktionärs Schacht tätig war. Aus der Evangelischen Kirche Mitteldeutschlands hört man keine Kritik, der Orden ist bis heute offizieller Teil der Kirche. Geld für die Arbeit der Bruderschaft kam in der Vergangenheit unter anderem von der Sparkasse Mittelthüringen, der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung, vom Landeskirchenrat der EKM oder dem Freistaat Thüringen. Dabei hielt Schacht mit seinen Positionen nie hinterm Berg – sei es durch seine Veranstaltungen, seine Texte oder indem er 2018 die »Gemeinsame Erklärung« gegen »illegale Masseneinwanderung« unterschrieb.

#München

Moderner Opferkult der »Vertriebenen«

Das neue »Sudetendeutsche Museum« in München bietet keine Überraschungen. Eine Analyse der Exponate und ihrer Arrangements offenbart jedoch mehr als die Objektbeschreibungen.

von Lara Schultz

Auf den ersten Blick wirkt die Ende 2020 eröffnete Dauerausstellung in dem 26 Millionen Euro teuren Museumsbau mitten in München modern. Sie ist museumsdidaktisch auf der Höhe der Zeit, dreisprachig beschriftet, barrierefrei, mit Audioangeboten und taktilen Stationen sowie teils einzigartigen Exponaten ausgestattet. Dass die »Sudetendeutsche Stiftung« in Kooperation mit dem Freistaat Bayern als Schirmherrin der »Sudetendeutschen Volksgruppe« für die museale Ausstattung verantwortlich zeichnet, führt aber – inhaltlich äußerst fragwürdig – dazu, dass in der Ausstellung die »Entstehung des Nationalitätenkonflikts zu sehen ist, die schließlich in einer millionenfachen Flucht und Vertreibung einen traurigen Tiefpunkt findet«. Aus der Annexion des Sudetenlands, der Zerschlagung der Tschechoslowakei, dem deutschen Angriffskrieg und der Shoah wird somit eine »Both Sides«-Geschichte, in der die im 19. Jahrhundert entstandene tschechische Nationalbewegung irgendwie ein bisschen mehr Schuld trug und erst in Reaktion zu einer (sudeten-)deutschen Nationalbewegung führte. Dass die Aussiedlung der Deutschen ebenfalls eine Reaktion war, wird dagegen kaum thematisiert. Überhaupt kommen der NS-»Sudetengau«, die Beteiligung der Sudetendeutschen an der Zerschlagung der Tschechoslowakei und an der Shoah, die starke Zustimmung zur Henlein-Partei sowie generell die Zeit der deutschen Okkupation von 1938-1945 nur am Rande vor.

Von der »Heimat!« zur »Heimat?«

Die Ausstellung mag so auch ein Abbild der versuchten, aber noch lange nicht erreichten Modernisierung der »Sudetendeutschen Landsmannschaft« sein. 2015 hatte die Bundesversammlung eine Satzungsänderung beschlossen und die Abschnitte »Wiedergewinnung der Heimat« und »Recht auf Rückgabe des konfiszierten Eigentums« gestrichen. Ein Drittel der Delegierten hatte gegen die Änderungen votiert. In der musealen Umsetzung zeigt sich dieser Dissens an der Überschrift »Heimat« für die gesamte Ausstellung und den beiden Teilüberschriften »Heimat!« bis 1945 und »Heimat?« für die Zeit danach.

Märtyrertum

Ab Ende Mai 1945 bis 1946 mussten die Deutschen in Tschechien ab dem 6. Lebensjahr eine Armbinde oder einen Aufnäher mit einem »N« für Němec (Deutsch) darauf tragen. Vier davon sind im Museum ausgestellt, einer ist mit »N-Aufnäher mit Blutflecken« beschriftet. Im Allgemeinen vermeiden es Museen und Gedenkstätten, menschliche Überreste inklusive Blut zu zeigen. Der »Deutsche Museumsbund« empfiehlt zum Umgang mit menschlichen Überresten in Museen eine besondere Sensibilisierung. Gewaltdarstellungen und menschliche Überreste sind eher in einer anderen Institution Standard: in katholischen Kirchen. Blut soll nicht nur besonders authentisch wirken, sondern stellt auch eine direkte Verbindung zu Reliquien von Heiligen und Märtyrer*innen her. Die Aussage des blutbesprenkelten Aufnähers ist dann: Es klebt Blut daran, das ist der Beweis für die mit der Aussiedlung einhergehenden Gewalttaten und Grausamkeiten. Die sogenannten Vertriebenen bekommen gleichsam einen Märtyrer*innenstatus.

Opfer des NS?

In einer Vitrine wird eine wilde Sammlung an Fotografien, Postkarten, ein Reprint aus dem Eingangsbuch des KZ Dachau und ein Fernglas gezeigt. Das Foto der brennenden Synagoge in Liberec (oder, wie es hier heißt, Reichenberg) lässt nur eine Interpretation zu: In diesem Schaukasten geht es um die Shoah. Ein Hinweis auf die Täterschaft auch der Sudetendeutschen fehlt dabei. Der Blick wandert nach unten und bleibt beim erwähnten Eingangsbuch hängen. Die Beschriftung verrät, dass hier die Namen von 30 Sudetendeutschen verzeichnet sind, »die am 12. und 13. Oktober 1938 im Konzentrationslager Dachau inhaftiert wurden«. Regimegegner*innen, Antifaschist*innen und Sozialdemokrat*innen wurden auch im Sudetenland verfolgt. Sie waren aber die Ausnahme.

Der Blick geht in Leserichtung nach rechts und trifft auf das Exponat »Fernglas mit Futteral«. Dieses Fernglas rekurriert, wie aus der Beschreibung hervorgeht, auf Emil Horwitz, der ein Optikergeschäft betrieb und 1942 in Treblinka ermordet wurde. Die Platzierung innerhalb des Schaukastens in Leserichtung nach rechts stellt einen bewussten Zusammenhang mit den Sudetendeutschen im KZ Dachau her. Beim Betrachten des Schaukastens muss so der Eindruck entstehen, Sudetendeutsche seien seit 1938 in Dachau inhaftiert und später auch in Treblinka ermordet worden. Dass Horwitz Jude war und als solcher deportiert und ermordet wurde, ist der Ausstellung nicht zu entnehmen. Hier wird allein durch das Arrangement innerhalb des Schaukastens vermittelt, »die« Sudetendeutschen seien ebenso verfolgt worden wie Jüdinnen und Juden, somit seien alle Sudetendeutschen potenzielle Opfer gewesen. Die Gleichsetzung mit der Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden erfolgt an keiner Stelle verbal, sondern ausschließlich durch ein entsprechendes Arrangement, das schier unerträglich ist.

#CDU

Ein Mann der Mitte

Im Kulturprogramm von Schloss Ettersburg nördlich von Weimar treten immer wieder Personen aus der »Neuen Rechten« und ihrem Umfeld auf. Kein Wunder, denn ein CDU-Politiker als Veranstalter, der das neu-rechte Blatt »Junge Freiheit« zu »einem anerkannten Medium in der Presselandschaft« zählt, gehörte selbst zu eben diesem Milieu.

von Kai Budler

Nicht erst seit ihrer Wahl von Thomas Kemmerich zum Ministerpräsidenten gemeinsam mit der »Alternative für Deutschland« (AfD) ist das Problem der Thüringer CDU, sich nicht nach rechts außen abzugrenzen, offensichtlich. Bereits vorher war dies an der Personalie Karl-Eckhard Hahn deutlich geworden, der jahrelang an einflussreichen Positionen in der CDU-Landtagsfraktion arbeitete und seit kurzem wieder in der Verwaltung des Parlaments beschäftigt ist. Vorher war er Regierungssprecher des Freistaats Thüringen sowie Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der CDU-Fraktion, obwohl seine Aktivitäten in der neu-rechten Szene längst öffentlich waren (s. drr Nr. 143, 144, 159, 192 online). 2008 verteidigte Hahn seinen Parteikollegen Peter D. Krause, der neben seinen ehemaligen Tätigkeiten als Redakteur und Autor der »Jungen Freiheit« (JF) auch Autor im »Ostpreußenblatt« und im neu-rechten Theorieorgan »Etappe« war. Ihn wollte CDU-Ministerpräsident Dieter Althaus 2008 ausgerechnet am 8. Mai zum Thüringer Kultus- und Bildungsminister ernennen. Auch wenn Althaus die Autorenschaft Krauses für die Blätter der »Neuen Rechten« als »Jugendsünde« bagatellisierte, musste sein Wunschkandidat unter dem öffentlichen Druck zurückrudern und verzichtete auf das Ministeramt.

Rassismus auf der Bühne in Schloss Ettersburg

Der heute 58-jährige Krause, der auch schon Mitarbeiter der damaligen Bundestagsabgeordneten Vera Lengsfeld war, ist bis heute nicht nur Fraktionsvorsitzender der CDU im Weimarer Stadtrat. Als promovierter Literaturwissenschaftler versuche er auch, »Leute, Denker, Intellektuelle, die Diskurse im Moment prägen«, zu präsentieren, lässt er sich zitieren. Wichtig sei, »wo etwas Neues gedacht wird, wo etwas passiert, auch etwas enttabuisiert wird«. Eine solche Präsentation findet seit 2011 jährlich im Rahmen des »Pfingst Festivals« im Schloss Ettersburg in der Nähe von Weimar statt, dessen Direktor praktischerweise Krause ist. Das teils vom Land Thüringen unterstützte Festival wird als »Höhepunkt« der Kulturveranstaltungen beworben, allein 2019 sollen dafür 4.500 Tickets verkauft worden sein. Dabei mauserte sich die Reihe immer mehr zu einer Veranstaltung, auf der Vertreter*innen der »Neuen Rechten« beziehungsweise aus ihrem Umfeld hofiert werden – bekannte Gäste aus diesem Milieu waren Uwe Tellkamp, Rüdiger Safranski, Harald Martenstein, Wolfgang Sobotka oder Simon Strauß. Bei seinem »Festival« konnte Krause auch schon den vielleicht einflussreichsten Publizisten der »Neuen Rechten«, Karlheinz Weißmann, begrüßen sowie Jörg Baberowski, dem der AStA der Uni Bremen unter anderem gerichtsfest vorwarf, er verbreite erschreckend brutale gewaltverherrlichende Thesen, verharmlose das Anzünden und Belagern von Flüchtlingsunterkünften und vertrete rechtsradikale Positionen. Auch der Ernst Jünger Biograf und Mitherausgeber des Sammelbands »Die selbstbewusste Nation«, Heimo Schwilk, durfte im Schloss über die »Krisen der Gegenwart« reden. Neben anderen gehörte Schwilk zu den Initiator*innen des anti-antifaschistischen Berliner Appells, einer neu-rechten politischen Kampagne im Vorfeld der Bundestagswahl 1994. Und wo »auch etwas enttabuisiert wird«, ist Thilo Sarrazin nicht weit, der 2017 unter dem Titel »Zeitalter der Utopien« auf dem Schloss plauderte. Dem damaligen SPD-Mitglied bescheinigte schon 2010 ein Gutachten seine rassistischen, elitären und herabwürdigenden Aussagen.

»Cancel Culture« als rechtes Totschlagargument

Auch in seiner aktuellen Reihe »Ettersburger Gespräch« sucht Krause nach Veranstaltungsgästen – und »die sind möglicherweise im Moment nicht links«, wie er dem Deutschlandfunk verrät. Angekündigt werden Paul Kirchhof, Stichwortgeber der AfD-Steuerpolitik unter Frauke Petry und Alexander Gauland, ebenso wie der Brexit-Verteidiger und Viktor Orbán-Versteher Wolfgang Streeck, der mit dem Vorsitzenden der Thüringer CDU-Landtagsfraktion, Mario Voigt, über das Thema »Zwischen Globalismus und Demokratie« reden soll. Natürlich darf auch Stammgast Harald Martenstein, der erst im Februar 2022 im »Tagesspiegel« das Tragen von Judensternen auf Corona-Demonstrationen als »sicher nicht antisemitisch« bezeichnete und daraufhin im Streit die Zeitung verließ, im aktuellen Programm nicht fehlen. Diese als »Cancel Culture« wahrgenommene Trennung macht Martenstein offenbar zum Experten, weshalb er bei Krauses Veranstaltung über »Cancel Culture. Legende oder Realität?« reden soll. Es sind Referent*innen wie diese, denen Krause auf Schloss Ettersburg unter dem kulturellen Mantel eine Bühne bietet und damit ihre Versuche bestärkt, auf den öffentlichen Diskurs Einfluss zu nehmen. Den Zuhörer*innen scheint es zu gefallen, der Deutschlandfunk bescheinigt dem Publikum des CDU-Veranstalters eine AfD-Affinität.

Von einem linkspolitischen Engagement deutscher Autorinnen und Autoren wie in den 1960er Jahren ist heute wenig zu sehen. Ab und an gibt es einen öffentlichen Protest oder eine kollektive Manifestation. Wer die in den letzten zwei, drei Jahrzehnten erschienenen Bücher betrachtet, kann vergleichsweise wenige politische Bezüge erkennen.

#Literatur

Ideen über Veränderung finden kaum statt

Seit dem 19. Jahrhundert überwogen in der deutschen Belletristik konservative Haltungen, fortschrittliche Literatur blieb die Ausnahme. Entstand in den 1960er Jahren der Eindruck, die Belletristik der alten Bundesrepublik sei linksorientiert, macht in jüngster Zeit hier vor allem das rechte Lager mobil.

von Rolf Schneider

Anlässlich der anstehenden Bundestagswahl im Herbst 1961 veröffentlichte der Rowohlt-Taschenbuch-Verlag ein Bändchen mit dem Titel »Die Alternative oder Brauchen wir eine neue Regierung?«. Herausgeber war der Schriftsteller Martin Walser, der damals der kommunistischen Idee ziemlich nahe stand. Neben ihm äußerten sich zwanzig weitere westdeutsche Autoren, darunter Hans Magnus Enzensberger, Siegfried Lenz, Hans Werner Richter und Günter Grass. Sie alle plädierten für ein Ende der Adenauer-Regierung und der von ihr verfochtenen Restauration und zeigten eine – manchmal gebrochene – Sympathie für die SPD.

Doch die Wahl gewann abermals Adenauers CDU, befördert auch durch den Umstand, dass ein paar Wochen zuvor Walter Ulbricht seiner DDR den Bau der Berliner Mauer verordnet hatte. Vier Jahre später bildete sich auf Betreiben von Grass ein Wahlkontor deutscher Schriftsteller, das sich für einen Sieg der Sozialdemokratie engagierte. Mit einigem Zeitverzug erbrachte dies zunächst den Einzug von Willy Brandt ins Bundeskabinett, ehe dieser Politiker ab 1969 die Bundesregierung bilden konnte.

Die konservative Haltung deutscher Belletristen

Die Vorstellung, ein solches Engagement deutscher Schriftsteller könnte sich heute wieder ereignen, ist irreal. Von den früheren Wahlkontoristen erhob zuletzt bloß noch der inzwischen verstorbene Günter Grass seine Stimme für die SPD. Hinzu kommt: Eine ähnlich charismatische Gestalt wie Willy Brandt hat die deutsche Sozialdemokratie nicht mehr aufbieten können.

Das damals so lautstarke Autoren-Engagement erweckte den Eindruck, die schöngeistige Literatur der alten Bundesrepublik sei durchweg linksorientiert gewesen. Tatsächlich dominierte die von

Hans Werner Richter angeführte und zweifelsfrei linke Gruppe 47 lange Zeit die Schlagzeilen des Feuilletons und vielfach auch den Buchmarkt.

Dabei war erstaunlich, dass sie zu derartiger Dominanz überhaupt hatte gelangen können. Nicht bloß in der Romantik überwogen bei den deutschen Belletristen des bürgerlichen Zeitalters die konservativen Haltungen, Autoren wie Georg Büchner und Heinrich Heine bildeten die Ausnahme. Es gab allerlei Wankelmut und viel Opportunismus. Theodor Fontane, Barrikadenkämpfer von 1848, wurde rasch zum blinden Verfechter des preußischen Adels – um als alter Mann dann doch wieder kritische Einwände gegen eben jene Schicht vorzutragen. Nach Ansätzen im Naturalismus war erst mit dem Expressionismus und der Belletristik der Weimarer Republik progressives Denken maßgeblich. Ab 1933 wurde die schöngeistige Literatur linker Observanz auf den Scheiterhaufen geworfen, ihre Verfasser wurden verfolgt, inhaftiert oder mussten sich in die innere oder die äußere Emigration begeben.

Zweierlei Wege deutscher Literatur

Nach dem Weltkriegsende nahm der Literaturbetrieb in den beiden deutschen Staaten einen unterschiedlichen Verlauf. Ein Großteil der Emigrantinnen und Emigranten begab sich in die sowjetische Besatzungszone und spätere DDR, denn sie bekannten sich zum Kommunismus; die bürgerlichen Flüchtlinge verharrten lieber in ihrem Exil. Die ostdeutsche Belletristik musste danach sämtliche Windungen des DDR-Kulturbetriebes ertragen, von den Autorinnen und Autoren überquerten etliche die deutsch-deutsche Grenze, die übrigen suchten ihr oft kompliziertes Arrangement mit der Staatsmacht, was heimliche oder halböffentliche Systemkritik nicht ausschloss. Als der Staat zusammenbrach, fühlten viele von ihnen sich heimatlos.

In der alten Bundesrepublik gab es entgegen dem öffentlichen Eindruck auch während der 1960er Jahre einen nicht unbeträchtlichen Anteil von rechtskonservativen Autoren. Es gab ihn von Beginn an. Leute wie Walter von Molo, Stefan Andres, Erhart Kästner und Friedrich Sieburg waren unübersehbar vorhanden. Selbst alte Nazis wie Edwin Erich Dwinger konnten weiterhin ihre Bücher vertreiben. Die Trivialliteratur bis hin zu millionenfach verkauften Groschenheftchen lieferte dem Publikum rechtskonservative Inhalte und Überzeugungen. Ernst Jünger mit seiner Nähe zum Hitler-Faschismus fand immerfort viele ergebene Anhänger und gilt inzwischen als Klassiker.

Die Abwesenheit der Ideen über Veränderbarkeit

Von einem linkspolitischen Engagement deutscher Autoren wie in den 1960er Jahren ist heute wenig zu sehen. Ab und an gibt es einen öffentlichen Protest oder eine kollektive Manifestation. Wer die in den letzten zwei, drei Jahrzehnten erschienenen Bücher betrachtet, kann vergleichsweise wenige politische Bezüge erkennen.

Natürlich lässt sich die soziale Wirklichkeit nicht völlig aussperren. Meist bleibt sie Kulisse oder ist ein vorgegebenes Milieu, an dem man gewiss leiden kann, doch Ideen über deren Veränderbarkeit finden kaum statt. Eine literarische Existenz wie Peter Weiss, dessen Alterswerk »Die Ästhetik des Widerstands« ein eindringliches Bekenntnis zum Linkssozialismus liefert, ist heute schwer vorstellbar. Am ehesten politisiert zeigen sich Texte über die untergegangene DDR. Der Zusammenbruch des Realsozialismus in Osteuropa hat der linken Idee erhebliche Blessuren verursacht, mit Auswirkungen auch auf die schöne Literatur.

Das rechte Lager in Deutschland hat dafür deutlich zugelegt. Die Attacken gegen Wokeness, linke Identitätspolitik und vermeintliche Cancel Culture erfolgen gleichermaßen aus bürgerlichen Milieus wie vom äußersten rechten Rand. Die AfD verfügt mit dem »Verlag Antaios« des Publizisten Götz Kubitschek über einen Multiplikator, der auch Belletristik vertreibt. Das Dresdner »BuchHaus Loschwitz« von Susanne Dagen bietet konservativen Belletristen eine wohlige Heimstatt. Einer von ihnen ist Uwe Tellkamp, der durch seinen Romanerfolg »Der Turm« ein breites Publikum erreicht. Martin Mosebach, vor dreißig Jahren noch gering geschätzt als der unverbesserliche Rechtskatholik, der er sei, wird heute vom liberalen Feuilleton gepriesen.

In dem von Martin Walser herausgegebenen Taschenbuch »Die Alternative« warnt der Aufsatz »Wohlstand ohne Konzept?« vor einer Vernachlässigung sozialer Realitäten im Spätkapitalismus. Dort heißt es: »Mit welcher Deutlichkeit und an welcher Stelle rangieren zum Beispiel die Tatsachen, dass die Krebsforschung ungenügend betrieben werden kann, dass unsere Städte verstopfen, dass die Wissenschaft von Almosen lebt, dass unsere Universitäten im Massenbetrieb verflachen, dass unsere Erziehung nicht mehr ausreicht, Wissen über Vorgänge von heute zu vermitteln, dass die Lehrer nicht genügend bezahlt werden, dass die Erziehungschancen noch immer vom Geldbeutel des Vaters abhängen… «.

Dies schrieben Inge Aicher-Scholl, die Schwester von Hans und Sophie Scholl, und ihr Mann, der Designer Ottl Aicher. Ihr Text von 1956 hat unveränderte Gültigkeit für die Situation von 2022. Ein kollektiver Protest von Literatinnen und Literaten blieb allerdings bisher aus.

#Verbindungen

Herren mit Werten von vorgestern

Auch jenseits der »Deutschen Burschenschaft« existieren unter Studentenverbindungen problematische Tendenzen. Im korporierten Milieu konserviert sich bis heute ein reaktionärer und in Teilen vordemokratischer Geist.

von Lucius Teidelbaum

Eine Kritik an Studentenverbindungen verengt sich häufig auf Burschenschaften, beziehungsweise hat die »Deutsche Burschenschaft« (DB) im Fokus. Die übrigen Verbindungen ducken sich gern hinter dem Schild ‹unpolitisch› oder nur ‹wertkonservativ› zu sein weg und verweisen darauf, eben keine Burschenschaft oder wenigstens keine DB-Burschenschaft zu sein. Obwohl es verschiedene Verbindungs-Typen, unter anderem Burschenschaften, Corps, Jagdverbindungen, konfessionelle Verbindungen, Landsmannschaften, Sängerschaften, Turnerschaften und etwa 25 verschiedene Dachverbände gibt, sollten Studentenverbindungen bei aller Differenzierung insgesamt vor allem als konservatives akademisches Milieu analysiert werden. Zum einen teilt man grundlegende Werte, Rituale, Prinzipien und ein eigenes Vokabular. Zum anderen ist man über Kontakte, Freundschaften und Zusammenschlüsse miteinander dauerhaft verbunden.

Zwar gibt es Ausnahmen, aber die Gemeinsamkeiten betreffen oft die Mehrheit. So sind etwa geschätzte 80 bis 90 Prozent aller Studentenverbindungen als Männerbünde organisiert. Gemischte Bünde und so genannte Damenverbindungen werden nach Außen zwar gerne gegen feministische Kritik angeführt, aber intern häufig abgewertet.

Erziehung zum autoritären Charakter

Die meisten Verbindungen schotten sich nach außen stark ab, viele verfügen über ein internes Regelwerk, den »Comment«. In Studentenverbindungen findet laut Stephan Peters eine sekundäre Sozialisation statt. Dabei geht es häufig um die Brechung und Unterwerfung des Individuums zugunsten der Verbindung. Die damit verbundenen Rituale führten immer wieder sogar zu Todesopfern, etwa bei Studentenverbindungen in den USA oder in Belgien.

Sogenannte schlagende Verbindungen nutzen das Initiationsritual des Mensur-Fechtens als Erziehungsmittel – des Mann-Werdens. Fast alle Verbindungen haben zudem eine hierarchisch abgestufte Mitgliedschaft, bei der ein Vollmitglied einem Probe-Mitglied, einem »Fux«, Befehle erteilen kann. Manche Regeln zur Unterwerfung des Individuums werden geheim gehalten oder verschwiegen, andere wie zum Beispiel das Toiletten-Verbot bei Versammlungen nicht.

Reaktionärer Bismarckismus

Neben den Meldungen über extrem rechte Veranstaltungen und Verstrickungen finden sich auch immer wieder Berichte über eine starke korporierte Kaiserreichs- und Bismarck-Nostalgie. Mitte Januar finden sich in Semesterprogrammen häufig die Ankündigungen für eine »Reichsgründungskneipe« oder einen »Reichsgründungskommers«. Damit soll der Ausrufung des Deutschen Kaiserreichs durch die adeligen Eliten 1871 im Spiegelsaal von Versailles gedacht werden.

Diese Veranstaltungen finden nicht nur bei Burschenschaften statt, sondern auch bei Bünden des »Verbands der Vereine Deutscher Studenten« (VVDSt) oder bei den Corps. So feierte beispielsweise laut Ankündigung das »Corps Irminsul« in Hamburg am 15. Januar 2022 eine »Champagnerkneipe anlässlich der Reichsgründung 1871«. Dasselbe Corps enthüllte am 18. Januar 2019 auf seinem Grundstück ein Bismarck-Denkmal.

Alljährlich finden im April zum Geburtstag des »Eisernen Kanzlers« inter-korporierte »Bismarck-Kommerse« statt, etwa in Bielefeld, Bremen oder Lübeck. Hinzu gesellt sich das Andenken an Antidemokraten wie den »Turnervater« Friedrich-Ludwig Jahn oder Ernst-Moritz Arndt.

Es geht aber nicht nur um eine Geschichtsverklärung. Es ist zu fragen wie demokratiefest Verbindungen mit solchen Geschichts- und Gesellschaftsbildern sind. In einem Interview mit dem Regisseur eines Dokumentarfilms über das »Corps Germania München« heißt es: »Bei einer Kneipe ist ein ‹Alter Herr› – ein Verbindungsmitglied im Berufsleben – aufgestanden und hat eine Art Plädoyer gehalten für moderne Formen der Diktatur und ‹gegen den schwachen Politikertypus Merkel›. Niemand hat ihm widersprochen.«

Die Elite von gestern und heute

Schon dem elitär-akademischen Anspruch vieler Korporationen wohnen antidemokratische Elemente inne. Denn wo es Eliten gibt, gibt es auch Massen, die angeleitet und beherrscht werden müssen. Konservative Akademiker, die autoritär sozialisiert wurden und denen vordemokratische Ansichten beigebracht wurden, beziehen über Netzwerke und Seilschaften tatsächlich teilweise wichtige Positionen in der Gesellschaft. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass sich im Milieu der Studentenverbindungen sozialisierte Konservative radikalisieren und verstärkt der extremen Rechten zuwenden. Beispielhaft dafür stehen mehrere (Ex-)Funktionäre der »WerteUnion« in der CDU, sogenannte Alte Herren.

Die sekundäre Sozialisation vieler extremer Rechter in einem reaktionären Männerbund wird allgemein wenig beachtet, dabei sind nach Schätzung des Autors mindestens ein Viertel aller wichtigen Funktionäre und Stichwortgeber der extremen Rechten korporiert und sicher mehr als die Hälfte der Strömung in der »Neuen Rechten«.

Margaret Thatcher.

 # Konkurrenz

Ambivalentes Verhältnis – Neoliberalismus und extreme Rechte

von Gerd Wiegel

Der in den 1980er Jahren begonnene Aufstieg des neoliberalen Kapitalismusmodells ist Begleitumstand und Bedingung für die sich seit 1990 modernisierende extreme Rechte. Dabei ist deren Verhältnis durchaus zwiespältig und doch von Erfolg gekrönt.
Thatcherismus und Reaganomics gelten als Ausgangspunkt des gegenwärtigen neoliberal geprägten Wirtschaftssystems. Die britische Premierministerin Margaret Thatcher und US-Präsident Ronald Reagan waren entscheidende Treiber*innen bei der Ablösung des traditionellen, sogenannten fordistischen Kapitalismus durch seine neue Spielart. Marktradikalismus, Zerschlagung gewerkschaftlicher Gegenmacht, radikale Individualisierung und der Abbau sozialer Sicherungssysteme sind nur einige Effekte davon.

Paralleler Aufstieg

Mit den zunehmenden Wahlerfolgen und der teilweisen Modernisierung von Parteien der extremen Rechten seit dieser Zeit in Europa stellte sich immer mehr die Frage des Verhältnisses dieser Formationen zum Neoliberalismus. Der »Front National« in Frankreich und die »Freiheitliche Partei Österreichs« (FPÖ) waren die ersten dieser Parteien neuen Typs, die Erfolge einfuhren. Vor allem die FPÖ machte sich in den 1990er Jahren einige Elemente zu eigen. Denn die Erfolgsspur dieses Teils der extremen Rechten nahm nicht zufällig ihren Ausgang in der Hochphase des postfordistischen Wandels der Gesellschaft. Vielmehr gab und gibt es zahlreiche ideologische Schnittmengen, die schon 1997 von Herbert Schui, Ralf Ptak und anderen in dem Buch »Wollt ihr den totalen Markt?« unter die Lupe genommen wurden: Ideologien der Ungleichheit, Chauvinismus und Demokratiebeschränkung beziehungsweise -feindschaft.

Die Autor*innen unterschieden damals zwischen einer alten und einer modernen Rechten. Während Erstere in Form von Parteien wie der NPD oder damals noch »Deutsche Volksunion« (DVU) am traditionellen völkischen Antikapitalismus festhielten, fanden sich bei Letzteren programmatische Anleihen beim Neoliberalismus. Gerade die FPÖ, die italienische »Lega Nord« und der »Vlaams Belang« aus Belgien nahmen positiven Bezug auf den marktradikalen Kapitalismus. Doch mit den zunehmenden sozialen Verwerfungen, die durch neoliberale Politik in den europäischen Ländern auftraten, wurde das Verhältnis dieser Rechten zum Neoliberalismus ambivalenter. Das Austarieren zwischen hyperindividuellen und kollektivistischen Politikansätzen lässt sich auch bei der »Alternative für Deutschland« (AfD) nachzeichnen.

Individualistische und völkische Standortfrage

Eine Partei wie die AfD tritt heute verbal einerseits gegen Freihandel, internationale Global Player des Kapitals und Abbau sozialer Sicherungen für Deutsche auf. Andererseits fordert sie parallel dazu Steuererleichterungen für Reiche, die Durchsetzung des deutschen Exportmodells zulasten europäischer Nachbarn und Einsparungen im Sozialhaushalt. Das mag widersprüchlich klingen, doch hat es sich bei Wahlen als populistisches Erfolgsmodell der modernisierten radikalen Rechten erwiesen, keine konsistente Wirtschafts- und Sozialpolitik zu vertreten. Stattdessen werden mit teils gegensätzlichen Positionen ganz unterschiedliche gesellschaftliche Schichten angesprochen.
Völkische und nationalistische Positionen von rechts korrespondieren dabei mit dem Marktparadigma. Die sozialdarwinistische Vorstellung, die stärksten Individuen müssten sich im ständigen Konkurrenzkampf auf dem Markt behaupten, wird von der Rechten mit einer völkischen Komponente ergänzt, bei der nationale und ethnische Zugehörigkeit als Standortvorteile gelten, die gegen Mitbewerber in der internationalen Konkurrenz eingesetzt werden sollen.

»Rohe Bürgerlichkeit«

Die Abwertung und Ausgrenzung von als abweichend oder schwach wahrgenommenen Gruppen und Individuen ist ein weiteres verbindendes Element. Während der Neoliberalismus diese Ausgrenzung über den Markt definiert – wer nicht erfolgreich ist, habe selbst Schuld –, bedient sich die extreme Rechte aus ihrem traditionellen Ideologiereservoir. Ausschlüsse nimmt sie dabei entlang an Ethnie, Geschlecht und Sexualität vor. Was der Sozialwissenschaftler Wilhelm Heitmeyer als »rohe Bürgerlichkeit« beschrieben hat – eine mitleidlose, auf unbedingte Konkurrenz und eigenen Vorteil bedachte Weltsicht –, ist kennzeichnend für die neoliberale und extrem rechte Ausprägung dieses Weltbilds.

Corona-Proteste als Schmelztiegel

In einem aktuellen Beitrag auf den Seiten von »Sozial.Geschichte« beschreibt der italienische Sozialwissenschaftler Sergio Bologna die internationale Bewegung der »Impfverweigerer« als Ausdruck eines radikalen Individualismus, den er als Folge neoliberaler Politik und des Internetkapitalismus der Gegenwart sieht. Für Bologna handelt es sich objektiv um eine rechte, vor allem sozialdarwinistische Bewegung. Diese aktuelle Verquickung in der Coronakrise ist die nächste praktische und ideologische Aktualisierung des Verhältnisses dieser beiden politischen Strömungen.

Follow the

von Lisa Krug

Der vielleicht bemerkenswerteste Widerspruch der rechten Macher besteht darin, sich als Retter und Beschützer des »kleinen Mannes« zu präsentieren und gleichzeitig Reichtümer anzuhäufen und einen elitären Lebensstil zu führen. Ein nahezu aristokratisches Verhältnis. Die exponierten reichen Rechten lassen sich grob zwei Lagern zuordnen. Zum einen das »alte Geld«, das kein Interesse an sozialen Veränderungen oder Fortschritt hat. Politik ist ein Mittel, den Reichtum zu wahren und weiterhin komfortable Verhältnisse für sich und den eigenen Wohlstand zu garantieren. Auf der anderen Seite: erfolgreiche Unternehmer. Der Weg in die rechte Politik verspricht Macht und Anerkennung, jenseits des Chefpostens. Und im Zweifel lässt sich das Vermögen ja auch noch mit den richtigen Kontakten mehren.

Stephen »Steve« Bannon

Der US-amerikanische Publizist und Filmproduzent sollte den meisten eher als Berater des Weißen Hauses unter Donald Trumps Regierung bekannt sein. Der ehemalige Investmentbanker konnte da bereits auf eine Karriere im rechtsradikalen Spektrum zurückblicken. Als Leiter von »Breitbart News« versorgte er Rechtspopulist*innen bis hin zur »Alt-Right«-Bewegung mit Fake News. Nach dem Sturm auf das Kapitol im Januar 2021 musste sich Bannon Ende desselben Jahres vor Gericht verantworten, weil er eine Vorladung des Untersuchungsausschusses zu diesen Vorfällen missachtet hatte und Unterlagen nicht herausgeben wollte. Nachdem er aufgrund Trumps Wahlniederlage nicht mehr im Weißen Haus tätig ist, macht er nun gemeinsam mit Boris Epshteyn, ebenfalls ehemaliger Trump-Berater, die fragwürdige Kryptowährung »Fuck Joe Biden«-Coin.

Peter Thiel

Der Start-Up Unternehmer, Investmentbanker und Trump-Unterstützer zählt zu den Anhängern einer libertären und gleichzeitig auf Monopole aufgebauten Wirtschaftspolitik. Laut Thiel sind Freiheit und Demokratie – ein ohnehin veraltetes System, das durch die Herrschaft von Unternehmerpersönlichkeiten ersetzt werden sollte – nicht vereinbar. Mittlerweile hat Thiel verlautbaren lassen, dass er sich bei den anstehenden Wahlen in den USA zugunsten der »Republikaner« engagieren werde. Es erscheint nur folgerichtig, dass der österreichische Ex-Kanzler Sebastian Kurz als »globaler Stratege« bei Thiel eine neue Wirkungsstätte gefunden hat. Dessen neueste Investition ist die Dating-App »The Right Stuff«, ins Leben gerufen vom ehemaligen Trump-Berater John McEntee, mit der sich »Konservative auf einfache Weise verbinden« können.

Dietrich Mateschitz

Das Forbes Magazin setzt »Didi«, den Red Bull-Mitbegründer, mit einem Vermögen von mehr als 16 Milliarden Euro auf Platz 1 der reichsten Österreicher 2021. Der Produzent von Energy Drinks tritt international als Sponsor von Sport- und Extremsportevents auf. Mehrfach machte der Milliardär aufgrund öffentlicher rechtspopulistischer Äußerungen bereits 2015 Schlagzeilen. Ganz davon abgesehen, dass er Geflüchtete als Betrüger*innen diffamierte, sprach er sich für eine Schließung der Grenzen aus. Sein Internet-Portal »Addendum« wird sogar als Alpen-Variante des US-Fake-News-Kanals »Breitbart News« gehandelt. Auch die aktuelle Corona-Pandemie bleibt von ihm nicht unkommentiert: Auf seinem Fernsehsender Servus TV wurden unter dem Intendanten Ferdinand Wegscheider mehrfach Verschwörungsideologien rund um das Thema Corona verbreitet. Bereits im Oktober 2018 beschrieb die Süddeutsche Zeitung den Sender als »Heimatsender des österreichischen Rechtspopulismus«.

Fritz Küke

Mit der Herstellung von Chlordioxid zur Aufbereitung von Wasser verdient das ehemalige Mitglied der AfD-Fraktion in der Region Hannover sein Geld. Anfang 2020 hat Küke sein Mandat niedergelegt. Vorher hatte er die Räumlichkeiten seines Unternehmens in der Wedemark bei Hannover auch schon mal für Veranstaltungen zur Verfügung gestellt. So wurden Björn Höcke, Stefan Henze oder Stephan Brandner zu Vorträgen oder Klausurtagungen eingeladen. Bereits zu Studentenzeiten war der Chemiker als Mitglied der »Corps Alemannia-Thüringiae« im rechten Spektrum aktiv.

August von Finck junior

Laut Recherchen von Der Spiegel soll der 2021 in London verstorbene, deutsche Milliardär nicht nur Förderer der AfD gewesen sein, sondern bereits eine wichtige Rolle bei der Finanzierung der Parteiengründung gespielt haben. Etwa zehn Jahre zuvor hatte er den »Bürgerkonvent« mit mehreren Millionen Euro unterstützt. Aber auch die FDP und die CSU profitierten von finanziellen Zuwendungen durch Finck junior. Eine besondere Rolle nahm Peter Gauweiler (CSU) ein, er bekam über Jahre ein Millionenhonorar für »Beratungstätigkeit«. Mit seinen unternehmerischen Anfängen der im Familienbesitz befindlichen Privatbank Bankhaus Merck Finck & Co machte Finck junior sein Vermögen über Beteiligungen an der Restaurant- und Hotelgruppe Mövenpick oder dem deutschen Bauunternehmen Hochtief bis hin zum umstrittenen Goldhandel »Degussa« (s. drr Nr. 185).

Money

Jürgen Lindhorst
Der Aufsichtsratsvorsitzende der »familiengeführten Unternehmensgruppe« im Bereich »Land- und Forstwirtschaft, regenerative Energien, Immobilien und Seniorenpflege« tätigen Lindhorst Gruppe hat am Eingang zu seinem Anwesen in Winsen an der Aller – es befindet sich an einer Zufahrt zum ehemaligen Konzentrationslager Bergen-Belsen – einen mit dem Familiennamen und einer nicht zu übersehenden Wolfsangel verzierten Findling aufgestellt. Besucher*innen werden auf dem Weg zum Gedenken von dem Symbol der SS-Untergrundgruppe »Werwolf« begrüßt. Auch sonst äußerte sich Jürgen Lindhorst politisch eindeutig. Er bezeichnet auf dem digitalen Wutbürger-Portal »Hallo Meinung« Geflüchtete als vandalistisch und als »Leute«, die Hilfen »hier schmarotzerhaft erschleichen«. Und im Rahmen eines »politischen Abends« war der thüringische AfD-Chef Björn Höcke als Redner ins heimische Anwesen eingeladen.

Winfried Stöcker
Seit dem Verkauf seines Medizinunternehmens 2017 ist Stöcker Multimillionär. Das ehemalige FDP-Mitglied trat im Zuge der Kemmerich-Affäre im Thüringer Landtag bei den Liberalen aus. Bereits 2014 hatte Stöcker vor einer »Islamisierung Deutschlands« gewarnt, wenig später rief er zum Sturz der damaligen Kanzlerin Angela Merkel auf. Im Zuge der Corona-Pandemie machte der AfD-Spender – für seine Verhältnisse bescheidene 20.000 Euro – und Arzt zuletzt mit dem Spritzen eines selbst entwickelten, nicht zugelassenen Impfstoffes gegen das Corona-Virus Schlagzeilen. Zu einer Impfaktion lud der Medizinprofessor Ende November 2021 in seinen Flughafen in Lübeck ein, bis die Aktion von der Polizei gestoppt wurde.

Folkard Edler
Der aus einer alteingesessenen deutschen Reeder-Familie stammende Kaufmann Folkard Edler ist Unternehmer aus Hamburg und soll seit den 2000er Jahren rechte Projekte unterschiedlicher Art mit etwa fünf Millionen Euro unterstützt haben. 2001 wurde er das erste Mal im Parteispendenbericht des Bundestages als Großspender der »Deutschen Partei« mit 25.000 Mark aufgeführt. In den weiteren Jahren wird er mehrfach als Großspender der AfD aufgeführt. Die Partei profitierte in der Gründungs- und Entwicklungsphase auch von einer Anschubfinanzierung mit einem mehrjährigen Darlehensvertrag. Auch die »Bibliothek des Konservatismus« in Berlin profitierte von Edler, als er die Immobilie, in der der neurechte Thinktank seinen Sitz hat, kaufte. Auch wenn er öffentlich kaum in Erscheinung tritt, ist er doch ein stiller, aber wichtiger Unterstützer der »Neuen Rechten« im Hintergrund.

Karl-Klaus Dittel
Der Stuttgarter Orthopäde ist Sprecher der Freunde des Berliner Schlosses in Baden-Württemberg und organisierte eine Großspende für das Berliner Schloss. Die Spender*innen für das Schloss tummeln sich für gewöhnlich am rechten Rand der Gesellschaft. So auch Dittel, sein Engagement gilt nicht nur der Erhaltung alter Steingebilde, sondern auch der AfD: Er gehört zu den Gründern des »Vereins zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und bürgerlichen Freiheiten«, der die AfD mit mehreren Millionen Euro im Wahlkampf unterstützt hat.

Philip Steinbeck
Nicht erst seit der Ära AfD gibt Steinbeck sein Geld gerne den braunangehauchten Kameraden. 2011 stand der Unternehmer bereits auf der Spendenwerbeliste der NPD. Er besitzt mehrere Immobilien rund um Lübtheen, unter anderem auch das »Volkshaus Lübtheen«; selbstverständlich residiert der Großgrundbesitzer in nichts Geringerem als seinem eigenen Schloss – im Gutshaus in Jessenitz. Er ist einer der Vertreter der rechten Siedlungspolitik, die seit der Wende in den dunklen Ecken Mecklenburg-Vorpommerns vorangetrieben wird: Reiche Neonazis, zumeist aus dem Westen, kaufen für meist sehr wenig Geld große Anwesen im Osten, die sie dann ausbauen und selbst bewohnen oder an gute Freunde weiterverkaufen oder vermieten. In der Lokalpresse lässt sich Steinbeck selbst oft gern als Retter der Gutshäuser und Schlösser ablichten. Mittlerweile ist er als stellvertretender Vorsitzender des AfD-Kreisverband Südwestmecklenburg tätig und auch dort macht er Geschäfte: 2020 soll er Wahlstimmen für die Aufstellung der Landeswahllisten im Wert von 10.000 Euro verkauft haben. Er selbst bestreitet diesen parteiinternen Vorwurf.

#Schweiz

Seit jeher ein Teil der Macht im Land

Schon kurz nach der Gründung des liberal geprägten Bundesstaats 1848 begann in der Schweiz ein reaktionärer Machtapparat zu wirken – angeführt von Teilen der religiösen und wirtschaftlichen Elite. Antiliberalismus, Antisozialismus und Antisemitismus bildeten den gemeinsamen Nenner. Heute spielt die Religion eine untergeordnete Rolle, von seiner Wirkungsmacht hat der reaktionäre Machtblock in der Schweiz aber nichts eingebüßt.

von Jan Jirát

In einem Schützenhaus am Stadtrand von Zürich findet seit mittlerweile 34 Jahren, stets im Januar, der symbolisch wohl wichtigste Anlass der reaktionären Schweiz statt: die »Albisgütli-Tagung«. Im Zentrum steht Jahr für Jahr die Ansprache von Christoph Blocher, dem Übervater der extrem rechten »Schweizerischen Volkspartei« (SVP). Der mittlerweile 81-jährige ehemalige Justizminister (2003-2007) hat sich zwar von sämtlichen politischen Ämtern verabschiedet, doch er bleibt programmatisch und von der Ausstrahlung her die zentrale Figur der SVP – und damit insgesamt des reaktionären Lagers der Schweiz. In seiner aktuellen Rede vom 21. Januar 2022 im Albisgütli stand wieder einmal das reaktionäre Narrativ der autarken, wehrhaften und patriarchal geprägten Eidgenossenschaft im Mittelpunkt – einer Nation, die keine Verbündeten braucht und alles von außen Kommende als Gefahr sieht. Freilich mit einer gewichtigen, bewusst verschwiegenen Ausnahme: dem Kapital. Dafür stehen hier alle Türen offen.

Startschuss

Natürlich durfte der Rückblick auf den größten innenpolitischen Erfolg seiner Partei nicht fehlen: 1992 sprach sich eine Mehrheit der Schweizer Stimmberechtigten gegen einen Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) aus. Blochers SVP setzte sich damals im Alleingang gegen alle anderen Parteien durch und stieg in der Folge endgültig – und bis heute – zur mit Abstand mächtigsten politischen Kraft im Land auf. Blocher, der bei öffentlichen Auftritten gerne seine Verachtung für demokratische Institutionen kundtut, griff in seiner Rede aber auch die aktuelle politische Debatte um die Stromversorgung auf. Weil derzeit kein Stromabkommen mit der EU

Das gern vermarktete neutrale Bild der Schweiz.

besteht und keine rasche Lösung in Sicht ist, werden künftige Engpässe in der Stromversorgung befürchtet. Blochers Vorschlag: »Eine unabhängige und kostengünstige Energieversorgung« und die Einsetzung eines »Strom-Generals«, der bis zum Sommer entsprechende Lösungsvarianten ausarbeitet. Statt einer (nachhaltigen) Lösung für das Problem setzte er das altbekannte Bild der autarken und wehrhaften Eidgenossenschaft – und erntete viel Beifall.

Die Macher

Interessanterweise vereinen sich in Christoph Blochers Biografie die zwei wichtigsten historischen reaktionären Machtblöcke der Schweiz: Er wuchs im Zürcher Weinland unweit der deutschen Grenze bei Schaffhausen, in einer protestantischen Pfarrersfamilie auf. Vor diesem Hintergrund setzte er sich etwa Mitte der 1980er Jahre gegen ein modernes Eherecht ein: »Der Mann ist das Oberhaupt der Familie.« Und in den achtziger Jahren stieg Blocher durch den Kauf des Chemiekonzerns EMS in Graubünden zum Milliardär auf. Wie der Historiker Hans Ulrich Jost in seinem Standardwerk »Die reaktionäre Avantgarde. Die Geburt der neuen Rechten in der Schweiz um 1900« (1992) aufzeigte, entstammten die damaligen reaktionären Akteur*innen einer religiösen, meist katholischen, und einer wirtschaftlichen Elite. Als Beispiel nennt Jost etwa den Berner Journalisten und Politiker Ulrich Dürrenmatt, den Großvater des berühmten Schweizer Schriftstellers Friedrich Dürrenmatt. Er war als glühender Antisemit maßgeblich an der ersten Initiative beteiligt, die 1893 auf eidgenössischer Ebene zur Abstimmung kam: ein Schächtverbot, das fast ausschließlich auf die jüdische Minderheit fokussierte. Am Ende nahmen sechzig Prozent der Schweizer Bürger die antisemitisch motivierte Initiative an. Weitere Beispiele sind der katholische Intellektuelle Gonzague de Reynold, der eine ständisch statt »demokratisch« geprägte Schweiz anstrebte, oder der Winterthurer Unternehmer Eduard Sulzer-Ziegler, der seine Position sozialdarwinistisch begründete und sich als »Wikinger-Natur« bezeichnete.

Insgesamt handelte es sich um eine vielfältige Bewegung, die sich aber auf Antietatismus, Antisozialismus und Antisemitismus als gemeinsamen Nenner einigen konnte. Ein gemeinsamer historischer Referenzpunkt fehlte hingegen, einige Akteur*innen beriefen sich auf das Ancien Régime, andere hielten sich eher an kirchliche Hierarchien, wieder andere verfochten einen mystischen, an die bäuerliche Welt geknüpften Blut-und-Boden-Kult. In einem Punkt ist die Schweiz – verglichen mit ihren Nachbarländern ein Sonderfall: Völkische und faschistische Ideen haben in der Willensnation mit ihren vier Landessprachen und mannigfaltigen kulturellen und ethnischen Hintergründen nie wirklich verfangen. Das Konzept eines Volkskörpers ist in der Schweiz schlicht undenkbar.

Während der religiös geprägte reaktionäre Block um die Jahrhundertwende noch wirkmächtig war, ist er heute eher eine Randerscheinung – und vor allem evangelikal geprägt. Öffentlichkeitswirksam in Erscheinung treten die reaktionären Christ*innen in den letzten Jahren vor allem rund um den sogenannten »Marsch fürs Läbe«, eine jährliche Kundgebung von Abtreibungsgegner*innen, die aber immer wieder auf großen Widerstand aus linken Kreisen stößt.

Im Zweifel für den Rassismus

Das größte politische Vorbild für Blocher und seine Partei ist aber zweifellos der reaktionäre Publizist James Schwarzenbach, der aus einer protestantischen Industriellenfamilie stammt. Dieser lancierte ausgerechnet im Revoltejahr 1968 mit seiner Kleinpartei »Nationale Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat« die »Schwarzenbach-Initiative«, die vorsah, den Anteil der ausländischen Bevölkerung in jedem einzelnen Kanton auf zehn Prozent zu beschränken. »Die Geburtenquote der Italiener liegt bedeutend höher als jene der Schweizer. Der heutige Anfangsbestand an Italienern genügt, um die Schweiz ohne einen Schuss zu erobern«, sagte Schwarzenbach damals. Als Konsequenz hätten um die 350.000 italienische »Fremdarbeiter*innen« von einem Tag auf den anderen die Schweiz verlassen müssen. Schließlich lehnten im Juni 1970 nach einem äußerst hitzigen und langen Abstimmungskampf bloß 54 Prozent der stimmberechtigten Schweizer Männer das rassistische Ansinnen ab. Frauen durften damals noch nicht abstimmen, sie erhielten das Stimm- und Wahlrecht erst 1971, also ein Jahr später. Die Schweiz sei mit der »Schwarzenbach-Initiative« zur »Vorreiterin des Rechtspopulismus« geworden, schreibt der Publizist Roger de Weck in seinem lesenswerten Buch »Die Kraft der Demokratie – Eine Antwort auf die autoritären Reaktionäre« (2020). »Mitten im Studentenaufruhr und zum ersten Mal in Europa setzte eine Partei das Thema der Zuwanderung zuoberst auf die politische Agenda«, schreibt de Weck und sieht Schwarzenbach als ideologische Inspirationsquelle der heutigen extrem rechten Parteien Europas.

Die Ausgrenzung und Diskriminierung der ausländischen Bevölkerung, die James Schwarzenbach Ende der 1960er Jahre erstmals als politisches Machtinstrument einsetzte, hat die SVP spätestens ab den 1990er Jahren erfolgreich weitergeführt und jüngst mit antimuslimischen Initiativen ergänzt. 2009 stimmte eine Mehrheit der Stimmberechtigten der »Minarettverbots-Initiative« zu und letztes Jahr der »Burkaverbots-Initiative«. Dank milliardenschwerer Mitglieder wie Blocher, Emil Frey (Autoimporteur) oder Peter Spuhler (Eisenbahnindustrieller) verfügt die SVP für ihre Kampagnen stets über volle Kassen, und anders als in Deutschland sind der privaten Parteienfinanzierung in der Schweiz kaum Grenzen mit Transparenzvorschriften gesetzt. Hinzu kommt, dass Blocher und andere SVP-nahen Kreise mehrere Zeitungen aufgekauft haben, das bekannteste Beispiel ist die »Weltwoche«.

Zwei Millionen von insgesamt acht Millionen Menschen, die in der Schweiz leben, arbeiten und Steuern zahlen, sind heute von der politischen Mitbestimmung und demokratischen Partizipation ausgeschlossen – jene zwei Millionen, die aufgrund der äußerst rigiden Einbürgerungspolitik der Gemeinden kein Schweizer Bürgerrecht besitzen. Sämtliche progressiven Vorstöße in diesem Bereich sind bisher am vehementen fremdenfeindlichen Widerstand der SVP gescheitert, wobei sie sich zuverlässig auf die Schützenhilfe der zwei größeren bürgerlichen Parteien, der FDP – ihr bekanntester Slogan heißt: »Mehr Freiheit, weniger Staat« – und der Mitte, verlassen kann.

Das nächste Ziel

Der jüngste reaktionäre Angriff der SVP hat bereits begonnen: Schon bald will sie die sogenannte »Halbierungs-Initiative« lancieren und so die Gebühren von aktuell 335 Schweizer Franken pro Jahr und Haushalt für den öffentlichen Rundfunk (SRG) halbieren. In einer stark ausgedünnten Medienlandschaft, die von sehr wenigen Konzernen dominiert wird, und einer international angesehenen »Neuen Züricher Zeitung«, die in ihren Politkommentaren sowie im Feuilleton zunehmend reaktionäre Tendenzen aufweist, wäre die Schwächung der SRG als unabhängiges und von journalistischen Qualitätsstandards geprägtes Medienhaus fatal. Die Chancen der Initiative stehen nicht schlecht, zumal sie die Unterstützung des mächtigen Gewerbeverbandes sowie von Teilen der bürgerlichen Parteien erhalten wird.

#Österreich

Reaktionäres in der Mitte der Gesellschaft

von Frieda Schilling

Als vermeintlich »Neues« wurde also die Rückkehr zum Reaktionären verpackt.

In Österreich erweisen sich konservative Traditionslinien bis heute als robust. Gleichzeitig zeigten gerade die letzten Jahre einen Aufschwung reaktionärer Politiken, die sich wiederum keineswegs auf einen vermeintlich rechten Rand beschränken, sondern sowohl ihren Ursprung als auch ihr Ziel in der »Mitte« der Gesellschaft haben.

Von konservativen Traditionen …

Das konservative »Prinzip der historischen Kontinuität« lässt sich in der politischen Landschaft Österreichs allein schon auf formaler Ebene durch die beständige Regierungsbeteiligung der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) feststellen: Bis heute gab es seit 1945 – mit Ausnahme zwischen 1970 und 1987 – keine Koalition auf Bundesebene, die ohne die ÖVP ausgekommen wäre. Ebenso kontinuierlich blieben innerhalb der Volkspartei bestimmte traditionelle Politikbereiche erhalten, und zwar gerade gegenwärtig mit der strategischen Hoffnung, sich in Zeiten gesellschaftlicher Unbeständigkeiten das zugehörige Wähler*innen-Klientel erhalten zu können.

Die Anerkennung der katholischen Kirche beispielsweise und ihre inoffizielle Verankerung als wertgebende Institution sind im säkularen Österreich bis heute vorhanden. Da trifft man sich auch schon mal zum gemeinsamen Gebetsabend im Parlament oder steuert Redebeiträge auf fundamentalistischen Protestveranstaltungen gegen die Pride-Parade bei – als Engagement für das »Kindeswohl« und entgegen einer vermeintlichen »Genderisierung« der Gesellschaft. Betrachtet man dahingehend die österreichische Geschichte, so mag das nicht verwundern: Im Austrofaschismus der Christlichsozialen Partei als Vorgängerin der ÖVP wurde 1934 die Verfassung »in Gottes Namen« erschaffen.

In der Bildungspolitik wiederum wurde in den letzten Jahren der »Leistungsgedanke« wieder zunehmend forciert, um (Bildungs-)Privilegien zu erhalten – mit der Konsequenz, soziale Mobilität und das Recht auf Bildung für alle zu erschweren. Innerhalb der österreichischen Universitäten wurden höhere Hürden in Form von Zugangsbeschränkungen umgesetzt, ab 2022 müssen Studierende innerhalb der ersten zwei Jahre einen bestimmten Erfolg nachweisen, um nicht für die folgenden zwei Jahre gesperrt zu werden. Die (Wieder-)Einführung der allgemeinen Studiengebühren wird seit Jahren diskutiert, Anstellungsverhältnisse bei wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen sowie Lehrbeauftragten wurden auf maximal acht Jahre befristet.

… zu reaktionären Erneuerungen

Im parteipolitischen Konservatismus zeigt sich somit gegenwärtig ein weitaus offensiverer reaktionärer Richtungswechsel – nicht zuletzt, um von rechts gewinnen zu können. Mit der Modernisierung durch den, mittlerweile ehemaligen, Bundeskanzler Sebastian Kurz ab 2017 wurde der Volkspartei nicht nur ein neues, verjüngtes Image verpasst, sondern ermöglichte ebenfalls einen gewissen Bruch mit manchen verstaubten Traditionslinien.

Als vermeintlich »Neues« wurde also die Rückkehr zum Reaktionären verpackt. Da war die (nach 2007 erneute) Regierungskoalition zwischen der ÖVP und der »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ) von 2017 bis 2019 nur eine logische Konsequenz. Sie verdeutlichte gewisse ideologische Synergien und damit zuweilen nicht nur die opportunistische Wandelbarkeit von Parteipolitik und ihren Inhalten, sondern ebenso die Verschränkungen von klassisch konservativen, reaktionären und rechtsradikalen Politiken.

In ihrer relativ kurzen Amtszeit schafften es die beiden Parteien, auf unterschiedlichen politischen Ebenen Erreichtes schrittweise abzubauen. So wurde mit der Begründung, dass »2015 sich nicht wiederholen dürfe«, vor allem die Asyl- und Migrationspolitik verschärft. Im Zuge der Reform der »Sozialhilfe Neu« wurden etwa der Unterstützungsbetrag für anerkannte Flüchtlinge sowie Asylbeantragende herabgesetzt sowie zusätzlich an die jeweiligen Deutschkenntnisse als Voraussetzung geknüpft. »Pushbacks« und Abschiebungen stehen ebenso nach wie vor auf der Tagesordnung. Die Rechte von Arbeitnehmer*innen erfuhren Einschnitte, so wurde 2018 der 12-Stunden-Arbeitstag wieder eingeführt – 100 Jahre nach seiner Abschaffung. Die Wirtschaft erhielt im Gegenzug unter anderem eine Senkung der Unternehmenssteuer. Das Mietrecht wurde zugunsten von Investor*innen reformiert, im Sozialversicherungssystem kam es zu finanziellen Kürzungen.

Das Geschichtsverständnis zurückdrehen

Die COVID-19-Pandemie beziehungsweise die »Corona-Proteste« offenbarten in Österreich zusätzlich die standhafte Resilienz gegen die Lernfähigkeit über die eigene Geschichte. Tiefsitzender Antisemitismus sowie Relativierungen des Nationalsozialismus wurden nicht nur wieder in breiten Massen sag- und tragbar, sondern eröffneten manchen Politiker*innen und ihren Parteien die rhetorische Basis, nach der man sich schon länger zu sehnen schien.

Der derzeitige Obmann der FPÖ, Herbert Kickl, setzte beispielsweise unlängst in einem Interview mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk Impfgegner*innen mit Verfolgten des Holocausts gleich, um im Nachhinein zu betonen, dass es ihm damit eigentlich »um eine Kritik am Nationalsozialismus« ginge. Kickls Rhetorik ist dabei zum einen Teil der gegenwärtigen Strategie der FPÖ geschuldet, durch die Pandemie, also vor allem im Kampf gegen die Maßnahmen sowie die mittlerweile umgesetzte, landesweite Impfpflicht, wieder Wähler*innenstimmen generieren zu können. Und das scheinbar auch erfolgreich: Nach aktuellen Umfragen liegt die FPÖ derzeit wieder bei 20 Prozent, nachdem sie nach der »Ibiza-Affäre« und darauffolgenden Neuwahlen fast 10 Prozent verloren hatte und dadurch zurück in die Opposition fiel. Zum anderen ist die Forderung nach einem »Zurück zur Freiheit« dabei nicht nur der Ruf nach einer Zeit vor Corona, sondern verspricht nicht zuletzt im Subtext den freiheitlichen Grundkonsens des Reaktionären. Wenngleich sich Teile der Partei mittlerweile vom offenkundigen Bekenntnis zum Deutschnationalismus trennten und auf die Beschwörung eines »österreichischen Patriotismus« setzen, so eint sie in ihren »Einzelfällen« eine beständige Verharmlosung der NS-Geschichte.

Und auch hier beschränkt sich die Verharmlosung der eigenen Täter*innenschaft nicht auf die rechtsradikale Partei, sondern findet sich durchaus in der ÖVP wieder: Der derzeitige Außenminister verglich unlängst die Situation in der Ukraine mit der Österreichs von 1938 mit den Worten: »Wir haben doch 1938 am eigenen Leib erlebt, wie es ist, wenn man allein gelassen wird.« Der mittlerweile wieder abbestellte Leiter des Kärntner Verfassungsschutzes war mit Begrüßungsreden auf einer geschichtsrevisionistischen »Gedenkveranstaltung« zu Gefallenen der Waffen-SS vertreten und in der Gemeinde, wo der amtierende Innenminister zuletzt Bürgermeister war, steht bis heute ein Museum zu Ehren des Austrofaschisten Engelbert Dollfuß.

Reaktionäres aus der Mitte

Und wenn der damalige ÖVP-Obmann und Bundeskanzler Kurz zuweilen in Interviews feststellte, dass seine Forderungen »vor 3 Jahren noch als rechtsradikal abgetan wurden«, dann implizierte er damit nicht nur die Salonfähigkeit von rechten bis extrem rechten Politiken in die Mitte hinein. Es ist ebenso bezeichnend für die Verschärfungen innerhalb eines gesamtgesellschaftlichen Diskurses und des politischen Alltags, nicht länger nur das Bestehende bewahren und »verteidigen« zu wollen, sondern schrittweise das Rad zurückzudrehen. Das passiert nicht zuletzt mit der (nationalistischen) Argumentation, einem »Wir« – also den Privilegierten – die Privilegien zurückzuholen, die ihnen vermeintlich durch »die Anderen« genommen wurden. Mittels strategischer Verdrehungen und der Anrufung von Affekten werden also einerseits spezifische Menschenfeindlichkeiten wieder artikulierbar und schließlich politisch umsetzbar gemacht, andererseits ermöglichen sie insbesondere in Zeiten von akuten Krisen die Nutzung jener sozialen und ökonomischen Unsicherheiten, die in Teilen den Boden für reaktionäre Politiken und ihre gesellschaftliche Akzeptanz darstellen. Dementsprechend ist es notwendig, das reaktionäre Potenzial nicht nur im Rechtsradikalismus zu erkennen, sondern in der Fortsetzung seines Ursprungs – also der gesellschaftlichen »Mitte« und ihrem inhärenten Konservatismus.

Im Austrofaschismus der Christlichsozialen Partei als Vorgängerin der ÖVP wurde 1934 die Verfassung »in Gottes Namen« erschaffen.

#Frankreich

Ein Blumenstrauß an Möglichkeiten

von Bernard Schmid

Im Dezember 2016 verkündete der gescheiterte sozialdemokratische Staatschef François Hollande seinen Verzicht auf eine erneute Bewerbung. Zuvor hatten im November desselben Jahres fast viereinhalb Millionen Personen an der »primaire de droite« (»Vorwahl der Rechten«) teilgenommen, der für Sympathisierende und nicht nur für Mitglieder offen stehenden Urabstimmung über die Präsidentschaftskandidatur der Partei »Les Républicains« (»Die Republikaner«, LR), des Pendants der deutschen CDU/CSU. Als Sieger aus dieser »primaire«, mit zwei Dritteln der Stimmen in der Stichwahlrunde am 27. November jenes Jahres, ging damals der frühere Premierminister, Rechtskatholik, Wirtschaftsliberale und zugleich von Wladimir Putin begeisterte François Fillon hervor. Sein Name, es schien festzustehen, würde der des künftigen Präsidenten sein. Doch dann folgten ab Ende Januar 2017 Presseenthüllungen über sein Finanz- und Geschäftsgebaren. Jahrzehntelang hatte Fillon das französische Parlament um Millionenbeträge betrogen. Aus dem vorab feststehende Wahlsieger wurde eine lahme Ente. Fillon lehnte Forderungen aus den eigenen Reihen nach Rücktritt von der Kandidatur ab und zog seine Wahlkampagne durch, gestützt vor allem durch ein Netzwerk, das zuvor von 2012 bis 2014 gegen die im Mai 2013 beschlossene Öffnung der Ehe für homosexuelle Paare mit mehreren Großdemonstrationen mobil machte. Aber statt Fillon, er erhielt mit 20,1 Prozent trotz allem ein relativ stattliches Ergebnis, zog der junge Wirtschaftsliberale Emmanuel Macron als Gewinner in den Elyséepalast ein. Macron hatte zuvor einen Wahlkampf betrieben, der, auf deutsche Verhältnisse übertragen, eher Inhalte der FDP und der Grünen zusammenmixte; einmal an die Staatsspitze gekommen, verfolgte er eine Politik, die im deutschen Kontext auf einer Mixtur aus FDP und CDU beruhen würde, was wiederum den Spielraum für die bürgerliche Rechte in Gestalt der Partei LR weiter einengte und einen Teil ihres Spitzenpersonals zu Macron herüberzog.

Wahl 2022

Aus der Vorwahl der 140.000 Mitglieder im Dezember 2021 bei den »Les Républicains« ging die jetzige Regionalpräsidentin der Hauptstadtregion Ile-de-France und frühere Ministerin unter dem ehemaligen Präsidenten Nicolas Sarkozy (2007 bis 2021) Valérie Pécresse, hervor. Ganz kurzfristig schien die konservative Präsidentschaftskandidatin durch die Dynamik dieser Vorwahl nach oben gespült zu werden: Vorwahlumfragen schienen ihr im Dezember 2021 zeitweilig einen Einzug in die zweite Runde der Präsidentschaftswahl vom kommenden April gegen Amtsinhaber Macron, ja einen Sieg in der Stichwahl zu versprechen. Diese Hochphase hielt ein paar kurze Wochen hindurch an.

Dann erfolgte der Absturz. Anfang März dieses Jahres stand Pécresse nur noch auf dem fünften Platz unter allen Präsidentschaftskandidatinnen und -kandidaten, hinter Amtsinhaber Macron, den beiden Rechtsradikalen Marine Le Pen und Eric Zemmour sowie erstmals auch hinter dem Linkssozialdemokraten und Linkspopulisten Jean-Luc Mélenchon. Die Konservative vereinigte dabei gut 11 Prozent der Stimmabsichten hinter sich, und damit deutlich weniger als der erheblich stärker polarisierende François Fillon im gleichen Zeitraum fünf Jahre zuvor.

Stolperfallen

Drei Faktoren wirkten dabei zu ihren Ungunsten: Erstens die teilweise Beschlagnahmung des Mitte-Rechts-Spektrums durch Emmanuel Macron, dessen politische Gefolgschaft aus dem rechtssozialdemokratischen und dem moderat konservativen Spektrum eine neue politische Kraft im Zentrum aus Versatzstücken früher dominierender Parteien aufzubauen versucht. Zweitens ihre eigene Persönlichkeit: Pécresse, die auf eine allzu glatte und steile Karriere zurückblickt, ist keine besonders gute Rednerin – ihr Versuch, menschelnd und nahbar rüberzukommen ist im Februar schiefgegangen.

Erfolgreicher dabei war eine andere Kandidatin: Marine Le Pen beendete ihre Veranstaltung in Reims am 5. Februar 2022 mit zehnminütigen, sehr persönlichen Ausführungen, in denen sie auch auf ihre Verletzlichkeiten einging. Dies war Teil ihrer Humanisierungsoffensive, die darauf antwortete, dass seit Herbstanfang 2021 ein ideologisch radikaler auftretender Kandidat, Eric Zemmour, ihr Konkurrenz zu machen anfing. Marine Le Pen reagierte darauf mit dem Bemühen um ein betont geschliffenes und humanes Image, um sich von ihm abzusetzen. Ihr Auftritt hing aber nicht nur damit zusammen. Der »Verrat« ihrer Nichte, der früheren Abgeordneten Marion Maréchal, die jetzt Zemmour unterstützt, hatte sie tatsächlich auch persönlich getroffen. Zusätzlich konnte Marine Le Pen den Bombenanschlag auf das Domizil ihres prominenten Vaters, Jean-Marie Le Pen, im November 1976 publikumswirksam in die Waagschale werfen. Das Bemühen von Valérie Pécresse bei ihrer eigenen Wahlveranstaltung acht Tage später – am 13. Februar in der Pariser Konzerthalle Zénith – diese persönliche Einlage von Marine Le Pen nachzuahmen, ging gründlich schief. Da war einfach nichts tragisch Wirkendes zu erzählen. Ihr Versuch wirkte schlicht unehrlich. Dass Pécresse überdies ihre Rede vom Blatt las, kam auch nicht sonderlich gut an.

Drittens wirkt der Krieg zwischen Russland und der Ukraine gegen die Kandidatur von Pécresse. Zwar griff dieser internationale kriegerische Konflikt die Kandidaturen von Le Pen und Zemmour potenziell noch stärker an – beide versuchen nun bemüht, ihre frühere erklärte Bewunderung für Wladimir Putin vergessen zu machen, im Fall von Marine Le Pen auch frühere Finanzflüsse aus Russland – doch auch Pécresse muss sich Sorgen machen. Nicht nur aufgrund der Putinophilie eines Segments innerhalb ihrer Partei rund um den früheren Kandidaten Fillon. Generell sorgt die Dramatik der internationalen Krise dafür, dass ein Gutteil der öffentlichen Meinung – auch viele Konservative – nach Sicherheit und Orientierung sucht und diese eher beim Amtsinhaber verortet. Selbst dessen Vor-Vorgänger im Amt, Nicolas Sarkozy, zögert mit einer Unterstützung für die Kandidatin Pécresse – dafür traf er Macron.

Präferenzen

Eine wichtige Frage wird lauten, wohin es größere Teile der verbleibenden Erbmasse von LR ziehen könnte, falls ihre Kandidatur erneut scheitert. Nicht auszuschließen ist, dass sich dann die bürgerlich-konservative Rechte spaltet, in einen Teil, den es zu Macron hin bewegt, und in den Flügel, der klar in Richtung extreme Rechte abdriftet. Dort steht Eric Zemmour bereit, um Bündnisangebote zu unterbreiten. Im Unterschied zu Marine Le Pen und dem Führungspersonal des »Rassemblement National« (»Nationale Sammlung«, RN), die in konservativen Kreisen – insbesondere aufgrund ihrer wirtschaftspolitischen »Verantwortungslosigkeit« – als weitgehend bündnisunfähig gelten. Ausschlaggebend dafür ist die starke soziale Demagogie gegen den beim LR verbreiteten Wirtschaftsliberalismus. Zemmour erklärte von Anfang an, er wolle die »künstliche« Spaltung überwinden und den RN – freilich ohne seinen derzeitigen Führungskurs – einerseits und die Konservativen andererseits zu einem Block zusammenschweißen, um die politische Rechte wieder mehrheitsfähig werden zu lassen.

Zwar ist es Zemmour gelungen, politisches Personal sowohl vom RN als auch von LR in seine Kampagnen herüberzuziehen. Allerdings konnte er bis jetzt den derzeit größten Widerspruch zwischen beiden Rechtskräften – RN und Konservative – nicht auflösen, das heißt ihre jedenfalls auf verbaler Ebene stark auseinander strebenden Positionierungen bei der Wirtschafts- und Sozialpolitik zusammenführen. Es ist fraglich, ob er den wirtschaftsliberalen und elitären Diskurs von erheblichen Teilen der konservativ-wirtschaftsliberalen Rechten bei LR mit dem sozial-nationalistisch argumentierenden Teil des RN versöhnen kann.

An Teilen von LR dagegen würde ein Bündnisversuch nicht scheitern. Indikator dafür ist das Stichwahlergebnis der Vorwahl vom Dezember 2021. Auf dem zweiten Platz hinter Pécresse mit 60,5 Prozent landete mit knapp 40 Prozent der Abgeordnete Eric Ciotti aus Nizza. Ciotti, ein Duzfreund von Zemmour, erklärte Anfang Oktober 2021 – ungefragt und ohne konkreten Anlass –, im Falle einer Stichwahlrunde um die Präsidentschaft zwischen Macron und Zemmour würde er für den Rechtsradikalen stimmen, und bezeichnete wiederholt ganz unumwunden Rechtsstaatlichkeit als sträflichen Luxus im erforderlichen umfassenden »Krieg gegen den Islamismus«. Der Einfluss von Ciotti ist vor allem in Süd- und Südostfrankreich erheblich. Bei Pécresse spiegelte er sich darin wider, dass sie in ihrer Pariser Rede vom 13. Februar 2022 einen Passus zum »großen Austausch (der Bevölkerung)« dem »grand remplacement« einbaute, wenn auch mit dem Zusatz versehen, dieser sei nicht unvermeidlich, da man ihm durch entschlossenes politisches Handeln gegensteuern könne. Ciotti und Zemmour benutzen den von dem Schriftsteller Renaud Camus stammenden Begriff als angebliche Zustandsbeschreibung im Hinblick auf Vorgänge rund um die Einwanderung. Marine Le Pen lehnte ihn dagegen in einem Interview von 2014 als zu verschwörungstheoretisch geprägt ab, da der Begriff suggeriere, Eliten wollten bewusst »das Volk austauschen«.

Wegbereiter

Diese Konstellation zeugt von einer erheblichen ideologischen Radikalisierung bei Teilen der französischen Konservativen – ein Prozess, der vor nunmehr gut fünfzehn Jahren eingeleitet wurde. Unter dem Einfluss seines damaligen Beraters Patrick Buisson, welcher heute Eric Zemmour berät, erhöhte der damalige Präsident Sarkozy über mehrere Jahre hinweg die Dosis an Sprüchen, Symbolen und Ideen, die er erkennbar vom Front National (»Nationale Front«, FN) übernommen hatte. Buisson drängte 2020/21 letztendlich Zemmour zur Kandidatur. Auch wenn Sarkozy dabei eher aus Strategie und Machttrieb, denn aus tiefen ideologischen Überzeugungen heraus handelte, trug er maßgeblich dazu bei, eine Saat auszustreuen, die noch Früchte tragen sollte. Die Kandidatur seines früheren Premierministers Fillon löste 2017 einen weiteren Radikalisierungsschub aus, da er viele Kader der oben zitierten Anti-Homosexuellenehe-Vereinigung »Sens commun« (»Gemeinsinn«) in seinen Wahlkampfstab aufnahm. »Sens commun« hat sich inzwischen in »Mouvement conservateur« (»konservative Bewegung«) umbenannt und unterstützt offiziell die Kandidatur von Zemmour.

Ideologisch wäre bei einem nicht geringen Teil der französischen Konservativen die Situation für eine Rechts-Rechts-Kooperation gereift. Ungelöst bleibt dabei jedoch bislang die strategisch bedeutende Frage nach dem Verhältnis zur Wirtschaftspolitik: Primat der Ideologie oder Unterordnung unter die Imperative des Kapitals, die eben auch für den Warenverkehr offene Grenzen und eine Akzeptanz der EU-Integration beinhalten können? Vorzug für eine soziale Demagogie, die der (extremen) Rechten Zutritt zu den sozialen Unterklassen verschafft – Ciotti etwa graust es vor dieser Vorstellung, anders als Le Pen – oder für »Augenmaß« im Sinne des Kapitals? Sollten die Wege getrennt bleiben, gilt es als ausgemacht, dass Macron weiterhin Frankreichs Präsident bleibt.

#EuropaParlament

Reaktionäre unterm Radar

Reaktionäre Realpolitik hat in der technokratischen Welt des Europäischen Parlaments (EP) scheinbar nicht wirklich Platz. Aber das Parlament bietet auch Bühne und Raum für gesellschaftliche Rückwärtsorientierungen, diskursiv wie strategisch. Das sei hier einmal kurz an dem gar nicht so unbedeutenden und doch eher unbekannten Joachim Kuhs von der »Alternative für Deutschland« (AfD), Mitglied der extrem rechten Fraktion »Identity and Democracy« (ID), gezeigt.

von Jan Rettig

Screenshot der Internetseite von Joachim Kuhs mit Selbstdarstellung als Denker.

Graue Maus?

Kuhs, Jahrgang 1956, Rechtspfleger und Rechnungsprüfer, AfD-Mitglied der ersten Stunde, seitdem auch bei den »Christen in der AfD« aktiv, dort seit 2017 Vorsitzender, 2019 in den Gemeinderat von Baden-Baden und ins Europäische Parlament gewählt. Er stimmte zwar 2020 als Teil des AfD-Bundesvorstands zusammen mit seinen europäischen Parlamentskolleg*innen Silvia Limmer und Jörg Meuthen für die Aufhebung der Parteimitgliedschaft von Andreas Kalbitz – ein Herzensprojekt des damaligen Parteivorsitzenden. Dessen Rück- und Austritt Ende Januar 2022 handelte Kuhs dann aber kurz und knackig in einem Facebook-Post ab, der in einem trotzigpflichtbewussten »Ich bleibe!« gipfelt und ansonsten keinerlei Positionierung zur Sache enthält. Ganz passend zu seiner Arbeitsweise in seiner christlichen Mission, er wolle »[s]eine Botschaft verkünden, bleibe aber gerne unter der öffentlichen Aufmerksamkeitsschwelle«. Und das gelingt ihm selbst in seiner Funktion als gewählter Repräsentant in einem der größten, bürokratischsten, aber auch transparentesten Parlamente der Welt. Dort ist er zwar entsprechend seinen beruflichen Kenntnissen in der Hauptsache im Haushalts- und im Haushaltskontrollausschuss tätig, findet aber trotzdem Zeit, sich zu diversen anderen Themen zu äußern: Von der weltweit verbreiteten Christenverfolgung bis zu falschen Corona-Maßnahmen, von der aktuellen Inflationsgefahr bis zum Gender-Fanatismus bedient er viele rechte Topoi, niemals Aufsehen erregend polarisierend, aber immer ideologisch eindeutig. Parteinahmen für Ungarn und Polen, gegen die EU, China, Muslim*innen, Abtreibungen, Migrationspakte und das Asylwesen. Die meisten seiner Positionen finden sich in Parlamentsreden, hin und wieder ist er aber auch Gesprächspartner in einer Art AfD-eigenem Internet-Talkshowformat oder erstellt eigene Videobeiträge.

Wurzeln, Wurzeln, Wurzeln

Anlässlich des diesjährigen Gedenktages für die Opfer des Holocausts veröffentlichte Kuhs eine kurze, pastorale Geschichte über Verfolgung im Nationalsozialismus und vor allem über Widerstand. Für den seien nämlich »Wurzeln, geistige Wurzeln, charakterliche Wurzeln« die zentrale Voraussetzung. Die Grundlagen für das normative, bei Kuhs allerdings objektlose »Nie wieder!« kämen »aus der Erziehung in Elternhaus und Schule, aus der Jugendbewegung, der Liebe zur Heimat und zum Vaterland, aus dem kulturellen Erbe an Musik, Literatur und Geschichtsbewusstsein. Und (...) vor allem aus einem lebendigen, gelebten Glauben.« Dieser Sozial- und Wertkonservatismus knüpft inhaltlich wie sprachlich sicher nicht zufällig an völkische Ideologien des 19. Jahrhunderts an, erscheint aber wegen des postfaschistischen geläuterten »Nie wieder« unverdächtig. Ebenso mögen Kuhs häufige pro-jüdische und pro-israelische Beiträge irritieren, letztlich finden sich diese aber in einem europäisch-abendländischen, »christlich-jüdischen Erbe«, und damit wiederum identitär-essentialistisch eingeordnet. Das ist ideologische Reaktion.

… und ein bisschen Ausblick

Ein eher strategischer Beitrag zur Stärkung reaktionärer Realität ist ein von Kuhs an David Engels beauftragtes Gutachten. Engels, Historiker Alter Geschichte in Belgien und Polen, gelegentlich Autor für die »Junge Freiheit«, Vorsitzender der »Oswald Spengler Society« und dort sowie in gemeinsamer Herausgeberschaft eines Sammelbandes verbunden mit Max Otte. Der Auftrag nun an Engels lautete, die »strategischen Grundlagen einer engeren Zusammenarbeit zwischen der ID- und EKR-Fraktion im Europäischen Parlament unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse zwischen AfD und PiS« herauszuarbeiten. Die polnische Regierungspartei »Prawo i Sprawiedliwość« (PiS) macht sich seit fast sieben Jahren relativ erfolgreich daran, Staat und Gesellschaft Polens nach ihren autoritären, katholisch-fundamentalistischen Prinzipien, kurz: reaktionär, umzubauen. Engels Ergebnisse, was die Gemeinsamkeiten und Unterschiede sowohl zwischen und innerhalb der Fraktionsverbünde als auch zwischen beiden genannten Einzelparteien angeht, stellen keine Neuigkeiten dar und sind von kritischer wie affirmativer Seite hinlänglich benannt worden. Interessant überhaupt ist der akademisierte Versuch einer Vermittlung zwischen der deutschen und polnischen Rechten, historisch ein bekanntermaßen belastetes Verhältnis. Das Gutachten endet mit praktischen Verständigungs- und Vernetzungsvorschlägen, die vor allem in den sich ändernden politischen, sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen zukünftiges Kooperationspotential ausmachen. Dass nun gerade die AfD nicht Teil der letzten rechten Gipfel in Madrid und Warschau war, schmälert Beitrag und Bedeutung dieser ideologischen Sondierungsarbeit aber nicht. Zumal die zwischen PiS und AfD weit auseinander liegenden Positionen zu Russland zum Beispiel gerade eine Lösungsperspektive haben, weil die AfD ganz aktuell, eben angesichts einer veränderten Weltlage, genötigt war, sich gegen die russische Aggression in der Ukraine auszusprechen.

Alle Jahre wieder Magdeburg

Magdeburg. Am 22. Januar 2022 marschierten circa 200 Neonazis aus verschiedenen Parteien und Organisationen in Magdeburg auf. Zum Anlass nahmen sie den 77. Jahrestag der Bombardierung der Stadt während des Zweiten Weltkrieges. Im Fackelschein lauschten die Anwesenden Reden, in denen Nationalismus, Geschichtsrevisionismus und Umsturzfantasien propagiert wurden. So wurde wie auch bei vergangenen Jahrestagen vom holocaustrelativierenden »Bombenholocaust« gesprochen. Angeführt wurde der »Trauermarsch« von einem Block der »Neuen Stärke Partei« (NSP), deren Logo das Bild des Aufmarsches dominierte. Es folgten die »Jungen Nationalisten«, die Jugendorganisaton der NPD, Mitglieder der neonazistischen Bruderschaft »Brigade 8« und der Partei »Die Rechte«. Um den Marsch zum Südfriedhof ungestört von antifaschistischen Protesten begleiten zu können, verlegte die Polizei diesen wie in den vergangenen Jahren. Zudem hinderte die Polizei Journalist*innen daran, sich während der Kundgebung im Polizeispalier aufzuhalten, was die Dokumentation der Reden erschwerte.

»Patriot Front«: Datenleck

USA. Über 400 Gigabyte an internen Daten über Neonazis wurden Ende Januar 2022 der Non-Profit-Medienplattform Unicorn Riot zugespielt und von dieser veröffentlicht. Das Datenleck ermöglicht einen der detailliertesten Einblicke in die Aktivitäten, Ideologie und Strategien der US-amerikanischen extrem rechten »Patriot Front«. Diese wurde im Zuge des »Unite the Right«-Aufmarsches in Charlottesville im Jahr 2017 gegründet, bei dem die Antifaschistin Heather Heyer von einem Neonazi ermordet wurde. Man spaltete sich von »Vanguard America« ab und versuchte, nach außen weniger offen rassistisch und antisemitisch wahrgenommen zu werden. Nun zeigen jedoch die geleakten Daten, dass dies alles nur Schein ist: Auf internen Bildern sind neonazistische Symbole zu sehen und in den Chats wird die antisemitische Gesinnung der »Patriot Front« deutlich. Von einem hervorgehobenen Interesse der Strafverfolgungsbehörden dürften jene Aufnahmen sein, auf denen sich Gruppenmitglieder bei Straftaten fotografiert und gefilmt haben. Neben dem gesamten Inhalt der internen Diskussionsforen sind auch die privaten Nachrichten nun öffentlich zugänglich – ebenso Audioaufnahmen, die die Gruppe von einigen Treffen erstellt hat sowie Fotos und Videos von Wehrsportübungen.

Neonazirapper in Haft

Wien. Seit über einem Jahr sitzt der Neonazi-Rapper Philip H. alias »Mr. Bond«, der sich mit seiner rechten Musik seinen Lebensunterhalt finanziert haben soll, in Untersuchungshaft. Die Staatsanwaltschaft Wien will dem Angeklagten »nationalsozialistische Wiederbetätigung« nachweisen. Bei einer Verurteilung drohen ihm mehrere Jahre Haft. Als Grundlage dienen mehr als 70 Textzeilen, darunter die Passage »Adolf war zu human, das war sein Kapitalfehler«. In den Songs werden der Nationalsozialismus verherrlicht und Gewaltfantasien gegen Schwarze, Homosexuelle sowie Jüdinnen und Juden geäußert. Über mehrere Jahre hatte der 37-Jährige bekannte Lieder zu neonazistischen Hymnen umgedichtet und erhielt insbesonders in der extrem rechten Online-Community großen Zuspruch. Dass die digitale Welt nicht losgelöst von der realen Welt existiert, wurde am 9. Oktober 2019 deutlich. An diesem Tag – Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag – versuchte Stephan B., in eine Synagoge in Halle an der Saale einzudringen. Während des von ihm live gestreamten Attentats spielte er ein Lied von »Mr. Bond« ab.

Haftstrafe für CDU-Mann

Köln. Im Januar 2022 ist der ehemalige CDU-Kommunalpolitiker Hans-Josef Bähner vom Kölner Landgericht zu einer Haftstrafe von drei Jahren und sechs Monaten ohne Bewährung verurteilt worden. Seine Verteidigung hat daraufhin angekündigt, in Revision zu gehen. Der 74-Jährige fühlte sich von vier Personen gestört, die im Dezember 2019 gegen Mitternacht vor seinem Haus Musik gehört, Alkohol getrunken und sich laut unterhalten haben sollen. Im Zuge dessen schoss Bähner aus rassistischer Motivation heraus aus kurzer Distanz auf einen damals 20-Jährigen und verletzte diesen an Schulter und Oberarm. Das Gericht betonte, es sei reiner Zufall gewesen, dass das Opfer nicht getötet wurde. Der Sportschütze Bähner konnte für die bei der Tat verwendete Pistole keine waffenrechtliche Genehmigung vorweisen. Zudem fand die Polizei weitere Waffen und nicht ordnungsgemäß gelagerte Munition bei ihm. Bähner legte alle von ihm bekleideten politischen Ämter nieder.

Rechter Publizist Günther Maschke gestorben

Frankfurt. Am 7. Februar 2022 starb der zuletzt in Frankfurt (Main) lebende Maschke mit 79 Jahren. Maschkes politisches Wirken begann in der KPD, dem »Sozialistischen Deutschen Studentenbund« (SDS) und außerparlamentarischen linken Gruppen, wie der »Subversiven Aktion«. Einer drohenden Inhaftierung wegen seiner konsequenten Kriegs- und Ersatzdienstverweigerung entzog er sich durch die Flucht ins politische Asyl nach Kuba. Die dortigen Zustände hätten in ihm, berichtete Maschke, ein politisches Umdenken bewirkt. Zurück in Deutschland arbeitete er zeitweise für die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) und publizierte in zahlreichen extrem rechten Zeitschriften, darunter »Criticón«, »Staatsbriefe« und bis zuletzt für die »Junge Freiheit«. Besondere Anerkennung innerhalb der »Neuen Rechten« fand Maschke durch seine Arbeiten über den Staatsrechtler und Kronjuristen des NS-Regimes, Carl Schmitt.
Der Historiker Volker Weiß bezeichnete Maschke als den »letzten ernst zu nehmenden Theoriearbeiter der extremen Rechten in Deutschland«. Maschkes Wirken würdigten zahlreiche Autor*innen der »Neuen Rechten« im Rahmen einer Traueranzeige. Darunter Alain de Benoist, Götz Kubitschek sowie weitere zahlreiche Autor*innen aus dem »Institut für Staatspolitik« und dessen Umfeld sowie der »Jungen Freiheit«. Veröffentlicht wurde die Traueranzeige in der FAZ.

F CK
A F D

Antifaschistischer Protest gegen die rechtsradikale AfD geht auch im Jahr 2022 weiter, wie hier in Hannover im März.

Schwarze Internationale

von Ernst Kovahl

Die Zusammenarbeit der CDU und CSU sowie ihrer parteinahen Stiftungen mit konservativen, reaktionären und teils auch rechtsradikalen Parteien und Organisationen auf der internationalen Ebene ist Thema des Buchs »Die schwarze Internationale« des Journalisten Aert van Riel. Er beschreibt weltpolitische Vorgänge, wie zum Beispiel den Putsch in Bolivien gegen Evo Morales 2019 oder die Proteste gegen die Regierung in Bulgarien 2020, in deren Zentrum Parteien und Politiker*innen standen, die enge Verbindungen zu den deutschen Konservativen und ihren Stiftungen pflegten und dabei in ihrem Vorgehen auch gegen demokratische Spielregeln verstießen. Im Kern ging es immer um die Durchsetzung wirtschaftsliberaler Ordnungen in den Ländern, die Schaffung internationaler Machtkonstellationen zur Sicherung deutscher ökonomischer und politischer Interessen sowie die Durchsetzung eines Bündnisses westlich orientierter Staaten – und das ohne den Einsatz von Militär oder offener staatlicher Macht- oder Wirtschaftspolitik. Bevorzugt wurde die Form einer scheinbar nichtstaatlichen Nebenaußenpolitik mit den Mitteln steuerfinanzierter deutscher Organisationen, die als »Stiftungen« firmieren – hier die CDU-nahe »Konrad-Adenauer-Stiftung« (KAS) und die CSU-nahe »Hanns-Seidel-Stiftung« (HSS).
KAS und HSS fördern gezielt politische Parteien und Organisationen im Ausland. Dabei, so van Riel, schrecken sie auch nicht davor zurück, »rechtsradikale Kräfte zu stärken, wenn es ihren Interessen dient«. Als konkrete Beispiele benennt er ausführlich die konservative bulgarische Partei »GERB«, die jahrelang mit Neofaschist*innen regierte, die Rolle rechtsradikaler Kräfte in der Ukraine im Zusammenhang mit dem Sturz der ukrainischen Regierung 2014 oder die Entmachtung des linken Präsidenten von Peru. Riel erinnert in seinem Buch auch daran, dass deutsche und europäische Parteien seit Jahrzehnten immer wieder mit reaktionären und rechtsradikalen Parteien kooperierten oder sie beispielsweise in ihre Europafraktion holten, wie einst die italienische Partei »Forza Italia« von Silvio Berlusconi oder die ungarische »Fidesz« von Viktor Orbán. Das Buch fokussiert zwar vor allem auf die Funktion der konservativen Stiftungen zur Durchsetzung deutscher Interessen. Es ist aber für Antifaschist*innen vor allem in jenen Passagen interessant, in denen die bewussten Kooperationen mit reaktionären, rechtsradikalen oder auch faschistischen Kräften analysiert werden, wenn sie in das Machtkalkül der deutschen Konservativen passen.

Aert van Riel: Die Schwarze Internationale. Wie CDU und CSU Weltpolitik machen. Köln 2021, PapyRossa Verlag, 195 Seiten, 14,90 Euro.

Verschwörungsideologien entgegentreten

von Margarete Schlüter

Seit dem Frühjahr 2020 finden in Deutschland Proteste gegen staatliche Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie statt. Eine Abgrenzung nach rechts findet nur in Einzelfällen statt. Und so geht ein breites Spektrum von Coronaleugner*innen, Impfgegner*innen bis hin zu Neonazis gemeinsam auf die Straße – als ein Bindeglied fungieren Antisemitismus und Verschwörungsmythen. Diese kommen codiert in Symbolen und Aussagen zum Tragen: »So wird oftmals die Schoa relativiert, indem die aktuellen Maßnahmen der Regierung mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt werden und die Angehörigen des Spektrums sich selbst als Opfer eines diktatorischen Regimes ähnlich der Jüdinnen und Juden im Nationalsozialismus inszenieren.«
Diese Haltungen sind auch im eigenen Freundeskreis, in der Familie, der Schule oder auf der Arbeit anzutreffen. Und oftmals steht man diesen hilflos gegenüber, weiß nicht, ob und wie reagiert werden kann. In dieser Situation wenden sich viele Menschen an Beratungsstellen, um Unterstützung im »Umgang mit Verschwörungserzählungen und Antisemitismus und dem dazugehörigen Spektrum« zu bekommen – nicht zuletzt auch, weil sich die »Querdenken«-Szene zusehends radikalisiert und im Zuge dessen Bedrohungen und Gewalt gegen diejenigen richtet, die als Feinde betrachtet werden. Um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken, hat die »Mobile Beratung Niedersachsen gegen Rechtsextremismus und Demokratie« eine Broschüre mit dem Titel »Querverbindungen« herausgebracht. Es werden Einblicke in das »Querdenken«-Spektrum in (Nordwest)Niedersachsen und dessen Strukturen, Strategien, Ideologien und Erscheinungsformen gegeben, die auch über Niedersachsen hinaus relevant sind. Zudem werden Tipps zum Umgang mit Verschwörungserzählungen und Handlungsempfehlungen bei Angriffen und Bedrohungen gegeben. Die Beiträge sind von Journalist*innen, Wissenschaftler*innen, einem Juristen, zivilgesellschaftlichen Initiativen und Beratungsstellen in Niedersachsen verfasst. Die durchaus komplexe Gemengelage wird so aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet. Abschließend werden weiterführende Literaturhinweise und Informationsangebote gegeben.
Die Broschüre ist allen zu empfehlen, die sich im privaten oder beruflichen Kontext mit dem Thema »Querdenken« und Verschwörungsideologien auseinandersetzen möchten oder sogar müssen.

MBT Niedersachsen (Regionalbüro Nord/West): Querverbindungen. Das verschwörungsideologische Spektrum in Niedersachsen. Einschätzungen – Erfahrungen – Handlungsempfehlungen. Verden 2022, 65 Seiten, mbt-niedersachsen.de.

Terrorismus im 21. Jahrhundert

von Kai Budler

Wer sich an den 11. September 2001 »erinnern kann, der wird auch genau wissen, wo er oder sie sich damals aufhielt, als bekannt

wurde, was in New York und wenig später in Washington, D. C., sowie auf einem Feld in Shanksville, Pennsylvania, passiert war«. Das sagt Jana Kärgel, die Herausgeberin von »Terrorismus im 21. Jahrhundert« und verweist damit auf die Chiffre des »9/11« im kollektiven Gedächtnis und seine Zäsur in der Wahrnehmung von Terror. Schließlich war er bis dahin vor allem mit den Anschlägen und Aktionen der Roten Armee Fraktion (RAF) verbunden. Erst rund zehn Jahre nach »9/11« begann mit der Selbstenttarnung des NSU die längst überfällige Auseinandersetzung mit dem Rechtsterrorismus. Diese drei Eckpunkte stehen für die Austeilung des Buches und seiner Beiträge über den wissenschaftlich noch jungen Gegenstand des Terrorismus. Sie beleuchten die Veränderungen des Terrors im 21. Jahrhundert, spüren jedoch auch Kontinuitäten auf, die eine langfristige Annäherung an das Thema ermöglichen. Dafür seien besonders die Beiträge des Kapitels »Alles neu, alles anders? Dimensionen des »Neuen« im Terrorismus des 21. Jahrhunderts« erwähnt, unter anderem von Autor*innen wie Matthias Quent und Barbara Manthe. Ergänzt wird das knapp 500-seitige Buch durch eine sorgfältige Bebilderung, für die ausdrücklich Beate Weingartner zu danken ist. Gleiches gilt auch für die Visualisierung und graphische Aufarbeitung thematischer Aspekte des Terrorismus durch Jonas Cleve und Anika Takagi. Besonders zusammengenommen belegen die Beiträge des Buches, wie starre und überkommene Denkmuster die Betrachtung des Rechtsterrorismus viel zu lange vernachlässigt haben. Wie Frauen als Täterinnen aus dem Blick gerieten, wie die »Einzeltäterthese« das Verstehen von Netzwerken verhinderte und wie die Nutzung neuer Kommunikationsmittel und Digitalisierung neue Formen von Täter*innen und Netzwerke hervorbringt. Der Band »Terrorismus im 21. Jahrhundert« ist ein vielstimmiger Versuch das Phänomen »Terrorismus« zu begreifen und sich neuen Aspekten anzunähern. Analog zu seinem Gegenstand liegt mit dem Sammelband kein abschließendes Werk zum Terrorismus vor. Sein Verdienst liegt vor allem darin, alte und starre Denkmuster aufzubrechen und zu einer produktiven Diskussion über das Thema anzuregen. Damit könnte das Buch bereits jetzt zu einem Standardwerk werden, das Antworten und weitere Diskurse zum Thema provoziert.

Jana Kärgel (Hg): Terrorismus im 21. Jahrhundert Perspektiven. Kontroversen. Blinde Flecken, 488 Seiten, Bonn 2022, Bundeszentrale für politische Bildung / bpb

Anzeige

Im Abo erhältlich
6 x im Jahr

Magazin von und für Antifaschist*innen

Twitter: @derrechterand
Facebook: facebook.com/derrechterand
Instagram: der.rechte.rand

www.der-rechte-rand.de

Photos

Mark Mühlhaus / attenzione (Seiten 1, 9, 14, 16, 27, 28, 36, 39, 40, 49)
wikimedia / Roman Kubanskiy / CC BY 2.0 (Seite 12)
Bundesarchiv, Georg Pahl / CC-BY-SA 3.0 (Seite 19)
Privat (Seite 20)
derrechterand Archiv (Seite 25, 46 (Screenshot)
Lara Schultz (Seite 32)
wikimedia / Iphigenie.E. / CC-BY-SA 4.0 (Seite 33)

Impressum

V.i.S.d.P.: Alexander Hoffmann
der rechte rand
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
redaktion@der-rechte-rand.de

Aboverwaltung:
abo@der-rechte-rand.de

Druck: berger + herrmann GmbH,
Erscheinungsweise: 6x im Jahr

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

ISSN 1619-1404

Stop War

StopPutin

#derrechterand
das antifaschistische Magazin

Wir verachten die AfD und wir bekämpfen Faschist*innen.

Recherche. Analyse. Perspektive. gibt es beim #AntifaMagazin im Abo.